

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



2. Juli 1983
Jg. 4 Nr. 13

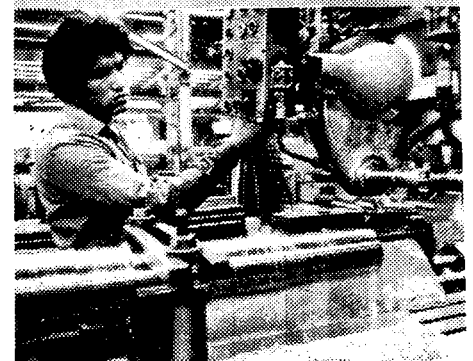
G 7756 D Preis:
2,50



VR Polen: Endlich allein – Staat und Kirche treiben gesellschaftliche Verständigung Seite 8



Chemie: Kapitalisten wollen mehr Zwölf-Stunden-Schichten Seite 9



Ausländische Lohnarbeiter: Ausländerpolitik in der Tradition faschistischer Fremdarbeiterpolitik. Interview mit einem türkischen Arbeiter Seite 13

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

<i>Mittelstreckenraketen:</i> Die Initiative für Volksbefragung wird die Bundesregierung vor neue Probleme bei der Durchsetzung der Stationierung stellen	Seite 3
Dokumente zum Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen	Seite 4
Nachrichten aus dem Innenministerium: Verbotskampagne gegen DKP und andere	Seite 3
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>Gesamtmittel:</i> Metallkapitalisten streben Beseitigung tariflicher Rechte an — nicht nur bei Metall	Seite 7
<i>Belgien:</i> Neue Sondervollmachten, Armee gegen Streikende	Seite 7
<i>VR Polen:</i> Endlich allein — Staat und Kirche treiben gesellschaftliche Verständigung	Seite 8
<i>Chemie:</i> Kapitalisten wollen mehr Zwölf-Stunden-Schichten	Seite 9
<i>Textilindustrie:</i> „Maschinen, die stillstehen, verdienen nichts“	Seite 9
<i>17. Juni:</i> Demonstration gegen die deutsche Wiedervereinigung im NATO-Weltkrieg	Seite 10
<i>EG-Stahlkrach:</i> BRD-Monopole drängen auf Entscheidung	Seite 11
<i>Nordirland:</i> Wahlerfolg für Sinn Fein, weitere Aktionen der IRA	Seite 12
<i>Ausländische Lohnarbeiter:</i> Ausländerpolitik in der Tradition faschistischer Fremdarbeiterpolitik. Interview mit einem türkischen Arbeiter	Seite 13
Ausländische Arbeiter — immer schon Manövriermasse des deutschen Imperialismus	Seite 14
Zimmerman lügt — die Grauen Wölfe gibt es doch	Seite 16
Christlich-abendländisches Beiwerk zur Unterdrückung der mohammedanischen Arbeiter	Seite 17
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>Oberbürgermeisterwahlen Mannheim:</i> CDU und SPD: Gemeinsam gegen die Lohnabhängigen, getrennte Kandidatur	Seite 19
<i>Diakonie:</i> Kaum noch Vertretungsrechte	Seite 19
<i>Parteienfinanzierung:</i> Bosch-Konzern in Baden-Württemberg — führender CDU-Spendenorganisator	Seite 20
<i>Betriebsverfassungsgesetz:</i> CSA will Änderung der Wahlordnung	Seite 21
<i>Kontra Analytik:</i> Höhergruppierung erstritten	Seite 21

Kabelprojekt Ludwigshafen: Krach mit dem Elektrohandwerk und Verstopfung beim „Offenen Kanal“

Änderung des Rundfunkgesetzes: CSU will den BR als Parteisender

Westberlin: Ein Stück der DDR gleich mitgeplant

Faschisten-Treffen: Stahlhelm-Tagung wurde abgebrochen

Eckernförder Bucht: Off-shore Erschließung aus Landesmitteln

Auslieferungen: Deutsch-türkische Zusammenarbeit ...

Bildungsurlaubsgesetz Niedersachsen: Gesetzlicher Anspruch auf Bildungsurlaub — Die Kapitalisten waren schon immer dagegen

Die Lage der Beschäftigten in der Erwachsenenbildung ..

Stichwort: Weiterbildung

Internationale Nachrichten

Chile: Die Front der Gewerkschaften gegen die Junta festigt sich

Brasilien: Streikbewegung im öffentlichen Dienst

Azania: Schwarze Bergarbeiter erkämpfen Tarif

Frankreich: Angriffe der Kapitalisten auf die Sozialversicherung

USA: Sterberate der Kinder der Armen gestiegen

Italien: Krachende Niederlage der Christdemokraten ...

Kaladlit Nunat: Austritt aus der EG — nur wenn die Plünderrechte der EG gewahrt bleiben

Geschichte der dänischen Kolonialisierung Grönlands ..

Aus Kultur und Wissenschaft

H. Vogeler: Vom Liebling der Bourgeoisie zum sozialistischen Kämpfer

Der Befreiungskampf zersetzt die USA

Der Prinz ist tot, es lebe die Prinzessin

Schwarzbuch Strauß, Kohl & Co.

Stefan Heym über den 17. Juni 1953: Widersprüche im Volk und ihre Nutzung durch die Imperialisten

Sachverständigenrat: „Angebotspolitik“ statt „Nachfragepolitik“

Bleistiftskizze

Rentensanierung = Rentnerverelendung / Rentenverteilung

Die Initiative für Volksbefragung wird die Bundesregierung vor neue Probleme bei der Durchsetzung der Stationierung stellen

Gleich im September wird (nach telefonischer Auskunft des Pressesprechers der Fraktion der Grünen) der Bundestag in erster Lesung den von der Fraktion der Grünen noch vor der Sommerpause eingebrachten „Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung einer konsultativen Volksbefragung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in der BRD“ behandeln. Dieser Gesetzentwurf (s. auch Seite 4) stammt bereits vom 28. Mai. Am 5. Juni dann hatte die Bundesversammlung der Grünen die Fraktion beauftragt, die Initiative einzubringen, und am 12. Juni schließlich faßte eine Konferenz zahlreicher Friedensgruppen und politischer Organisationen den Beschluß, eine Kampagne für Volksbefragung gegen Atomwaffen einzuleiten (s. Politische Berichte 12, S. 6).

Kaum, daß die Absicht der Grünen ruchbar geworden war, den Bundestag mit der Forderung nach Volksbefragung gegen die Atomwaffen zu konfrontieren, preschte die SPD ihrerseits mit dem Entschließungsantrag vor, daß der Bundestag im November im Lichte der Genfer Verhandlungsergebnisse über das Ausmaß der „Nachrüstung“ entscheiden solle. Die Motivation dieses Antrags erläuterte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ehmeke in der Bundestagsdebatte am 15. Juni wie folgt: „Gerade diejenigen, die wie Sie (die Koalitionsparteien – Red.) gegenüber den Friedensbewegungen, gegenüber Demonstrationen der Friedensbewegung, gegenüber Sit-ins usw. sagen, diese Frage dürfe nicht ‚auf der Straße‘ entschieden werden, müssen dann aber auch dafür sorgen, daß sie im Parlament entschieden wird. Wo soll sie denn sonst entschieden werden?“ Und der Ex-Juso-Vorsitzende und jetzige SPD-Parlamentarier Voigt führte in seiner Antragsbegründung am 23. Juni aus: „Wer sich in solch wichtigen Fragen nicht zur Pflicht zur parlamentarischen Debatte und Entscheidung bekennt, leistet durch politische Abstinenz im Parlament dem Antiparlamentarismus außerhalb des Parlaments Vorschub.“

Daß die USA, deren Verhandlungslinie übrigens durch eine auf westdeutsche Initiative eingerichtete NATO-Konsultationsgruppe ausgearbeitet wird, die Verhandlungen in Genf nur zu dem Zwecke führen, der Sowjetunion unannehmbare Bedingungen zu stellen und ihr so die „Verantwortung“ für die weitere atomare Aufrüstung zuzuweisen, weiß die Bundes-

tags-SPD als frühere Regierungspartei am allerbesten. Mit den entsprechenden „Verhandlungsergebnissen“ kalkuliert sie. So war ihr Antrag nichts weiter als ein schmutziges Manöver, mit dem Ziel, die Stationierung der Mittelstreckenraketen durch einen eindeutigen Mehrheitsbeschluß parlamentarisch absegnen zu lassen – bei den eindeutigen Stationierungsmehrheiten im Bundestag kann dabei einigen SPD-Linken sogar ein „Nein“ gestattet werden – und die Durchsetzung der Stationierung gegen jeglichen Widerstand zu sanktionieren.

Die Grünen hielten es für nötig, diesem SPD-Antrag – trotz erklärter Vorbehalte – zuzustimmen. Ob sie

Widerspruch nämlich zwischen Belastung und Nutzen – beides können die Grünen im Bundestag für z.B. die sogenannte Friedensbewegung werden.

Was kann, oder zunächst besser: was will die Initiative für Volksbefragung ausrichten? Man kann einwenden, daß dem Worttext des Gesetzentwurfs zufolge die beantragte Volksbefragung *nicht* die „dem Deutschen Bundestag zustehende Entscheidungsfreiheit“ berühren, ihr Ergebnis also nicht bindend sein soll. Davon sollte man sich jedoch nicht allzusehr beeindrucken lassen. Vorteilhaft und ein Fortschritt ist erst einmal, daß die Taktik der Volksbefragung die Verantwortlichen für die Stationierung der



Die „Gewaltdebatte“ in der Friedensbewegung erklärt die Zweckmäßigkeit von Kampfmethoden zur höchstens fünfsträngigen Frage. Tatsächlich wird die „Gewaltdebatte“ von denen diktiert, die bis an die Zähne bewaffnet sind.

das Manöver nicht durchschauten (obwohl's doch verschiedentlich breit ausgetreten wurde)? Ob die „Gefahrengemeinschaft“, in der der die Entscheidung begründende Grüne-Abgeordnete Vogt die „beiden Deutschlands“ sieht, oder die „heißer“ werdende „Blockgrenze“ oder das geäußerte Verständnis für die Anhänger von „Abrüsten durch Aufrüstungsandrohung“ (die Parole von allen Befürwortern des NATO-Aufrüstungsbeschlusses!) bei der Bundestagsfraktion der Grünen die Scheidelinie zwischen Gegnern und Betreibern der „Nachrüstung“ verwischt hat? Wie immer! Zwischen der Unterstützung der SPD-Intrige und der Einbringung des eigenen Gesetzentwurfs für Volksbefragung liegt nur ein kurzer Zeitraum, aber ein erheblicher Widerspruch: der

Mittelstreckenraketen nicht in den USA oder sonst irgendeiner fremden Macht sucht, sondern in der BRD. Vorteilhaft ist weiter, daß sie die Entfaltung des Widerstands gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen erleichtert. Vorteilhaft ist auch, daß diese Taktik durch die Mobilisierung aller vorhandenen, bekanntlich sehr abgestuften Widersprüche zur Politik der Kriegsvorbereitung den politischen Druck auf die bürgerlichen Parteien und die Bundesregierung, die ja ständig mit dem „Mehrheitswillen“ hantiert, und damit ihre ideologischen und politischen Probleme bei der Durchsetzung der Stationierung verstärkt.

Diese Taktik muß sich an den Absichten der Reaktion messen. Die Bundestagsmehrheit von CDU, CSU und FDP hat den SPD-Antrag auf Ent-

scheidung durch das Parlament *abgelehnt* und damit die Kampflinie klar und deutlich gezogen: die Fragen von Krieg und Frieden darf das Parlament vielleicht „erörtern“ – *entscheiden* tut die Regierung. Todenhöfer für die CDU: „Niemand wird die Rechte des Deutschen Bundestages in irgendeiner Weise beschneiden ... Niemand ist andererseits berechtigt, die Rechte der Bundesregierung zu beschränken. Die Bundesregierung hat durch den NATO-Doppelbeschluß ... nicht nur die Fähigkeit, sondern auch das Recht und die Pflicht zum Handeln.“

Nicht, daß die Regierung der SPD-Bundestagsfraktion nun mißtraut. Aber einmal könnte das Beispiel in anderen europäischen NATO-Staaten ja Schule machen, und was wäre, wenn beispielsweise das niederländische Parlament über die Stationierung in den Niederlanden zu befinden hätte – und ablehnte?

Zum anderen und vor allem: Die Regierung will mit jeglicher politischen Opposition gegen die Mittelstreckenraketen und überhaupt gegen die Kriegsvorbereitungen ein für allemal aufräumen. Dies ist wesentlicher Bestandteil

ihrer inneren Kriegsmobilisierung. Deshalb sucht sie die Entscheidung über die Raketenstationierung tatsächlich und buchstäblich „auf der Straße“, durch die Konfrontation der Friedensbewegung mit der ganzen harten Wucht des Staatsapparates. Darüber geben nicht nur die verschiedenen bekanntgewordenen Äußerungen Zimmermanns Aufschluß, der auf Tote spekuliert, sondern praktisch alle Reden, die irgendein Vertreter von CDU, CSU, FDP in den letzten Wochen gehalten hat, so beispielhaft Außenminister Genscher und Familienminister Geißler in der Bundestagsdebatte vom 15.6. über die NATO-Konferenz:

Genscher: „Wer in der Auseinandersetzung über den richtigen Weg zum Frieden das demokratische Mehrheitsprinzip außer Kraft setzen will, wer in der Auseinandersetzung über den richtigen Weg zum Frieden Gewalt an die Stelle von Überzeugung setzen will, legt Axt an die Grundlagen unserer Freiheit.“ – *Geißler* fährt nach Zitierung des Grundgesetzes („Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand ...“) fort:

„Widerstand gilt es gegen diejenigen zu leisten, die ihre Minderheitenmeinung durch eine Beugung der Verfassung der Mehrheit mit Gewalt aufzwingen wollen. Dagegen ist Widerstand zu leisten.“

Der Rechtsstaat also rüstet, die Drohung mit der Verfassung und den Grundlagen unserer Freiheit verspricht den Einsatz aller staatlichen Gewaltmittel. Dabei betont die Bundesregierung als Initiator der „Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union“, am 19. Juni auf dem EG-Gipfel unterzeichnet, gleich auch ihre Verantwortung für die „Grundlagen der Freiheit“ in Europa. Denn mit dieser „Deklaration“ haben die Staats- und Regierungschefs in den EG-Ländern auch beschlossen „ein gemeinsames Vorgehen, um den internationalen Problemen der öffentlichen Ordnung, schweren Gewalttaten ... und allgemein der grenzüberschreitenden Kriminalität zu begegnen“ – ein Passus, der aktuell und ganz offen auf die Friedensbewegungen gemünzt ist.

Der optimale Effekt der Volksbefragungskampagne, auch dann, wenn der Bundestag den Gesetzentwurf erwart-

Dokumente zum Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen

Grüne für Volksbefragung

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung einer konsultativen Volksbefragung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in der BRD

Der Deutsche Bundestag wolle folgendes Gesetz beschließen:

§ 1

Die in diesem Gesetz vorgesehene Volksbefragung soll die Bundesregierung über die Meinung der zum Deutschen Bundestag wahlberechtigten Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der in § 2 formulierten Fragen informieren. Diese konsultative Volksbefragung fällt nicht unter Art. 73 Ziff. 1 des Grundgesetzes.

§ 2

(1) Der zum Deutschen Bundestag wahlberechtigten Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland werden folgende Fragen vorgelegt:

1. Sind Sie mit der Stationierung zusätzlicher atomarer Mittelstreckenraketen der Typen Pershing II und Cruise Missiles einverstanden?
2. Sind Sie damit einverstanden, daß auf dem Boden der Bundesrepublik

Deutschland Abschußvorrichtungen für die in Ziffer 1 genannten atomaren Mittelstreckenraketen angelegt werden?

(2) Jede Frage kann nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden. Zusätze sind unzulässig und machen den Stimmzettel ungültig.

§ 3

Das Ergebnis der Volksbefragung berührt nicht die dem Deutschen Bundestag zustehende Entscheidungsfreiheit, sondern gibt lediglich eine Orientierungshilfe im Sinne von Art. 20 Abs. 2 Satz 1.

§ 4

Abstimmungstag ist Sonntag, der 25. September 1983.

§ 5

(1) Auf die Durchführung der Volksbefragung findet das Bundeswahlgesetz sinngemäß Anwendung.

(2) Zur Durchführung der konsultativen Volksbefragung notwendige Ausführungsvorschriften werden vom Bundesminister der Justiz erlassen.

(3) In Anwendung der §§ 15b und 36 des Bundeswahlgesetzes über Briefwahl ist auch eine Abstimmung durch Brief zulässig.

(4) Für die Durchführung gelten die Grundsätze der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl.

§ 6

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung im Bundesgesetzblatt in Kraft.

Bonn, den 28. Mai 1983

Abg. Beck-Oberdorf, Kelly, Schily und die Fraktion der GRÜNEN

DGB staatstragend

Erklärung des DGB-Vorsitzenden E. Breit vom 7.6.83 (Auszug)

„5. ... erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang auch an gewisse meiner Meinung völlig ungeeignete Vorschläge, im Herbst einen Generalstreik zu organisieren ...

Was die rechtliche Seite betrifft, so steht außer Zweifel, daß ein Streik, würde er mit dem Ziel der Verhinderung der Raketenauflistung geführt, nicht rechtmäßig wäre, weil er ein Ziel verfolgt, das zweifellos außerhalb der in Artikel 9 Abs. 4 Grundgesetz erwähnten Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen liegt ... Die Zielrichtung wäre politischer Natur, weil sie zweifellos auf die Verhinderung bestimmter Maßnahmen der Regierung hinausläuft ...

Politik, die demokratisch gesetztes Recht durch außerparlamentarisches Handeln mißachtet, kann in einer freiheitlichen Demokratie wohl kaum gerechtfertigt sein. Und damit wären wir bei Art. 20 Abs. 4 GG ...

Ein Streik mit politischer Zielrichtung kann also durch Artikel 20 Abs. 4 des Grundgesetzes gerechtfertigt sein. Danach haben alle Deutschen gegen je-

tungsgemäß zurückweisen wird, kann darin bestehen, der Bundesregierung die Legitimation zur Stationierung streitig zu machen. Nicht, daß sie das *unmittelbar* sehr beeindruckt wird – aber ihre Anhangsbildung wird dies zersetzen helfen, und die ideologische Lage für die Niederknüpfung der Friedensbewegung wird dies für die Reaktion auch nicht gerade günstig beeinflussen. Vor allem kann die Volksbefragungskampagne erheblich dazu beitragen, der Offensive des DGB-Vorstandes zu begegnen, der die Gewerkschaftsbewegung an die Leine der Bundesregierung legen möchte (s. Auszug der Erklärung von Breit S. 4). Eine Beschlußkampagne im Vorfeld der verschiedenen Gewerkschaftstage im Herbst und auf die Gewerkschaftstage hin wäre für die politische Entwicklung – auch der sog. Friedensbewegung – sehr günstig und könnte auch die Diskussionen um andere Kampfmaßnahmen gegen die Kriegsvorbereitungen wie Streiks voranbringen.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 13. Sitzung vom 15.6., 16. Sitzung vom 23.6.; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin 65 v. 21.6.

den, der es unternimmt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen, das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Und wir Gewerkschafter betrachten dies nicht nur als unser Recht, sondern als unsere Pflicht. Wir nehmen darauf ausdrücklich Bezug in unserem Grundsatzprogramm.

Ich meine: Aufstellung von neuen Raketen – auch wenn dies von manchen als Erhöhung der Kriegsgefahr beurteilt wird – ist nicht der Anlaß, sich auf das Widerstandsrecht der Verfassung zu berufen. Es wären schließlich konkret ein demokratisch gewähltes Parlament und eine rechtmäßige Regierung, die dieser Aufstellung zustimmen würden, und kein Wähler konnte am 6. März eigentlich Zweifel darüber haben, welche Auffassung die die jetzige Regierung tragenden Parteien in dieser Frage vertreten. Daraus allerdings geradezu eine Art Auftrag zur Aufstellung von Raketen abzuleiten, wäre aber zweifelsohne maßlos übertrieben. Dennoch: An der Frage der Legitimation von gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen ist nicht vorbeizukommen.

7. Das führt mich zu einem weiteren wichtigen – und meine Erklärung abschließenden Punkt: Gewalttätige Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit einer Stationierung von Mittelstreckenraketen dürfen nicht sein.

Nachrichten aus dem Innenministerium: Verbotskampagne gegen DKP und andere

Die Vorbereitung des Innenministeriums auf die Stationierung der Mittelstreckenraketen gibt einigen Anlaß, sich des KPD-Verbots von 1956 zu erinnern. Das mehrjährige Verbotverfahren und schließlich Verbot hatte eben auch zum Zweck, die Widerstandsbewegung gegen die Wiederaufrüstung zu spalten, zu unterdrücken und zu liquidieren – mit Erfolg, wie man weiß. Auch wenn sich die Geschichte nicht einfach wiederholen wird: Neben anderen Maßnahmen gegen die sog. Friedensbewegung bereitet die Bundesregierung auch Organisationsverbote, speziell das Verbot der DKP, vor. Andere Schlußfolgerungen lassen sich aus der Lektüre der „Inneren Sicherheit“, herausgegeben vom Innenminister, nicht ziehen.

Auf einer Arbeitstagung der Polizei-Führungsakademie im März, die eine „lagegerechte Abwehrstrategie“ für den Herbst erarbeiten sollte, befaßte sich Staatssekretär Spranger besonders ausführlich mit der DKP (Nr. 66). „Verfassungswidriges“ oder ähnlich Schwerwiegendes kann er ihr nicht nachweisen und versucht's auch gar nicht. Auch entdeckt er „Gewaltbereitschaft“ und „Nichtachtung oder Hohn für das zum Rechtsstaat gehörende staatliche Gewaltmonopol“ wohl bei „Alternativen, Autonomen oder Grünen“, ausdrücklich aber kaum bei der DKP. Nein, das Muster wird anders gestrickt: Die „Kader der DKP ... haben einen klaren Auftrag von ihren politischen Mentoren in Ost-Berlin und Moskau“. Denn: Sie wollen „die Durchführung des Nachrüstungsteils des NATO-Doppelbeschlusses ... politisch unmöglich ... machen“, ohne daß die SU sich zu irgendwas verpflichten müsse. Eine solche Absicht *muß* ja aus Ost-Berlin und Moskau ferngesteuert sein. – So lächerlich, wie's klingt, ist das Ganze jedoch nicht.

Eine Nummer zuvor nämlich hatte sich die „Innere Sicherheit“ schon ausführlich darüber verbreitet, wie „vollständig kontrolliert und abhängig“ die DKP von der SED, also von der DDR, also vom Gegner ist. Beweis? Sie erhält z.B. jeden Monat aus der DDR 5 Mio. DM. Daß diese Gelder „verdeckt in das Bundesgebiet geschleust werden“ und die „Verbindungen“ sich überhaupt „zum größten Teil verdeckt“ vollziehen, also kaum etwas zu beweisen ist, beweist doch genug.

Die jüngste Ausgabe (Nr. 67) nun befaßt sich ausführlich mit der „linksextremistischen Einflußnahme“ auf die Friedensbewegung. Da gibt's dann: 1. DKP-beeinflußte oder Vorfeld-Organisationen wie die DFU, das Komitee für Frieden und Abrüstung, die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner etc. 2. DKP-nahe Organisationen; 3. „die von der DKP-beeinflußten Deutschen Friedens-Union gesteuerte Initiative „Christen für die Abrüstung““ und andere von DKP-



Evangelischer Kirchentag, Zimmermann zufolge von der DKP gesteuert.

Beeinflussten Gesteuerte; 4. Naive wie die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, die von der DKP „geförderte“ Aktionen „unterstützen“ – und warum? Weil sie auf die Organisation und vor allem die finanziellen Mittel der DKP (DDR!) angewiesen sind; 5. Gruppierungen wie die „autonomen Friedensgruppen“, die der Gewalt nahe-, der DKP eigentlich fernstehen, zu denen die DKP aber „Bindeglieder“ hat.

Die „Beweiskette“ steht somit: Die DKP bekommt Geld und dafür den Auftrag, durch Verhinderung der Stationierung der Raketen die Sicherheit der BRD zu gefährden und damit der UdSSR und der DDR in die Hände zu spielen; mehr noch, sie zieht, um mit Spranger zu reden, die Fäden der „sogenannten Friedensbewegung“ mit Erfolg. Um so übler, daß Leute wie Bahro vom Innenministerium auch noch als Kronzeugen für Behauptungen wie „Agentur einer fremden Macht“, d.h. für den Vorwurf des „Hoch-“ und „Landesverrats“ gegen die DKP angeführt werden können.

Innere Sicherheit Nr. 65 – 67 '83, hrsg. Bundesminister des Innern

„Mißhandlungen und Verschärfung der Isolation“

Am 18. Juni berichteten Verteidiger von Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion (RAF) auf einer Pressekonferenz in Stuttgart, daß die Staatsschutzbehörden insbesondere seit den Festnahmen von Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz und Christian Klar gegen die politischen Gefangenen „gezielte Mißhandlungen und Verschärfung der Isolation“ vornehmen. Der Anwalt Hannfried Matthies berichtete: „Adelheid Schulz wurden während der erkenntnisdienlichen Behandlung unmittelbar nach der Festnahme Arme und Beine nach hinten gerissen, der Kopf auf eine Tischplatte gestoßen und festgepreßt, wobei sie eine Schwellung am Hinterkopf erlitt. Ihre Hände wurden durch einen drahtähnlichen Gegenstand, der zwischen Fingerkuppe und -nägel gedrückt wurde, mißhandelt. Nach Tagen waren die Fingerkuppen noch taub. Bei einer späteren Gegenüberstellung im Dezember

in Köln-Ossendorf wurden ihr von BKA- und Vollzugsbeamten die Arme nach hinten verdreht, und der Kehlkopf so eingedrückt, daß sie kaum mehr Luft bekam. Diese Prozedur wurde an einem Tag insgesamt siebenmal wiederholt und von dem BKA-Beamten Mai mit den Worten kommentiert: „Das läuft so lange, bis wir das haben, was wir wollen.“ Brigitte Mohnhaupt wurde bei der ED-Behandlung (erkennungsdienstliche Behandlung, d. Red.) durch einen unheimlich schmerzhaften Griff an den Schläfen und ebenfalls durch das Pressen eines drahtähnlichen Gegenstandes unter die Fingernägel mißhandelt. Christian Klar wurde im Januar 1983 von BKA-Beamten in Straubing eröffnet, „daß Buback doch wieder in die Anklage aufgenommen wird“ und gefragt, ob er sich äußern wolle. Als er dies verneinte, wurde er unter dem Vorwand der ED-Behandlung (er war unmittelbar nach

seiner Festnahme ED-behandelt worden) über eine halbe Stunde von mehreren BKA-Beamten mißhandelt ... Diese sich häufenden Mißhandlungen zielen nicht allein auf die Erpressung von Aussagen ab, sie zielen vor allem auch auf die Widerstandsfähigkeit der Gefangenen in der Isolation, auf ihren Kampf ums Zusammenkommen in einer Situation, in der die Isolation immer perfekter gemacht werden soll.“ Der jetzt vom Bundesrat eingebrachte und von der Bundesregierung unterstützte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes hebt die bisherige Verpflichtung der Strafvollzugsbehörden, während eines Hungerstreiks bei akuter Lebensgefahr Maßnahmen zu ergreifen, auf. „Die derzeitige Rechtslage ... kann bei dem betroffenen Gefangenen zu einer Fehleinschätzung des von ihm eingegangenen Risikos führen“, heißt es in der Begründung des Entwurfs. Dem Gefangenen bleibt die freie Wahl zwischen Selbstaufgabe oder Hungerstreik bis zum Selbstmord.

Nacharbeit für Frauen wie 1906?

Am 10.6. hat Kohl dem Bundestagspräsidenten einen von CDU-regierten Bundesländern eingebrachten Gesetzentwurf des Bundesrats „zur Beseitigung ausbildungs- und beschäftigungshemmender Vorschriften“ zwecks Behandlung und Verabschiedung im Bundestag übergeben. Die Bundesregierung hat den Entwurf, in dem vor allem Arbeitsschutzvorschriften für Frauen beseitigt werden, begrüßt und will selbst nach weiteren Möglichkeiten suchen. Im Entwurf werden Festlegungen der noch geltenden Arbeitszeitordnung von 1938 ersatzlos gestrichen. So das Überstundenverbot für Schwangere und Stillende, die Begrenzung von Vor- und Abschlußarbeiten für Frauen auf maximal eine Stunde (für Männer zwei Stunden), das Verbot von mehr als acht Arbeitsstunden für Frauen vor Sonn- und Feiertagen (für Männer bis zu 10 Stunden) (§17), eine vorgeschriebene Pause von mindestens 15 Min. Länge für Frauen nach spätestens viereinhalb Arbeitsstunden (§18). Das Nachtarbeitsverbot für weibliche Lohnabhängige soll nicht mehr von 20 bis 6 Uhr, sondern von 22-6 Uhr gelten. Zugleich werden die Ausnahmen erweitert. Kapitalisten, die Frauen in Spei-

sewirtschaften, auf Messen und Ausstellungen, im Zeitungswesen, in Bäckereien und Konditoreien, in der Gebäudereinigung beschäftigen, können sie jetzt grundsätzlich auch nachts arbeiten lassen. Der Bundesrat begründet die Änderungen mit den Profitinteressen der Kapitalisten: „Die unterschiedlichen Regelungen der Höchstarbeitszeit und der Ruhepausen in §§17 und 18 AZO stören den Betriebsablauf, behindern die Einteilung von Arbeitsschichten und sind praxisfremd. Sie behindern insbesondere die Beschäftigung von weiblichen Teilzeitarbeitskräften.“ Der Bundesrat will den Arbeitsschutz auf einen Standard wie vor dem 1. Weltkrieg drücken. Er begründet die Verlängerung der Nacharbeit damit, daß dies schon 1906 gesetzlich so geregelt worden sei.

„Die D-Mark steht gut da“

Ende der sechziger Jahre konnte man von westdeutschen Kapitalisten noch bewegte Klagen über die Milliarden US-Dollar hören, die, zur Finanzierung des Vietnamkrieges gedruckt, nun überall in der Welt „herumvagabundieren“ würden. Gemeint waren die Schuldverschreibungen von US-Kapitalisten auf Dollarbasis, US-Staatsschuldpa-

piere usw., Kreditpapiere also, durch deren Verkauf sich die US-Kapitalisten überall in der Welt Kapital liehen. Kreditpapiere zudem, und das war der eigentliche Grund der Aufregung für die BRD- und andere Kapitalisten, deren Kurs und Zins wesentlich von der US-Notenbank bestimmt wurde. Zum Beispiel: senkte diese die Zinsen, dann sank auch die Zinsschuld der US-Kapitalisten an ihre ausländischen Gläubiger. So manches Kreditgeschäft konnte so von der US-Notenbank gestört werden. Und heute? Heute haben die BRD-Imperialisten längst selber solche Kreditgeschäfte aufgenommen, mit denen sie ihre Expansionsfeldzüge ausweiten können, da die Summe der in jedem Augenblick verfügbaren Kapitalmassen zusätzlich steigt. Bundesbankpräsident Pöhl am 15.6. in der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“: „Der Gesamtbetrag aller auf D-Mark lautenden Titel in der Hand von Gebietsfremden ... belief sich Mitte 1982 auf schätzungsweise 350 Mrd. DM. Darunter befinden sich Anlagen in Höhe von 75 Mrd. DM, die von ausländischen Währungsbehörden gehalten werden. Zu Beginn der siebziger Jahre lag der Bestand der auf D-Mark lautenden Devisenreserven noch unter 3 Mrd. DM ... Die D-Mark steht gut da.“

Vorbeugehaft! Knüppel frei! Strafverschärfung!

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte zum 25. Juni den US-Vizepräsidenten Bush nach Krefeld eingeladen, um mit ihm zusammen den 300. Jahrestag der Auswanderung deutscher Familien nach Amerika und die genauso lange deutsch-amerikanische Freundschaft zu feiern. Beide hatten schon vorher offen erklärt, daß sie einen „Krefelder Apell“ zur Raketenstationierung zwecks Sicherung des Friedens in Freiheit an die westdeutsche Bevölkerung richten wollten. Die große Freude wurde vorübergehend ein wenig dadurch getrübt, daß es einigen Demonstranten, die sich verständlicherweise durch dieses Vorhaben provoziert sahen, gelang, den Wagen des US-Vizepräsidenten mit Steinen zu bewerfen. Kohl wies darauf hin, „daß eine Panne der Polizei habe dem Ansehen der Deutschen im Ausland geschadet. Ohne von irgendjemand dazu aufgefordert zu sein, distanzierte sich der Kundgebungsredner der gleichzeitig stattfindenden Friedensdemonstration, Ex-General Bastian, von diesen Aktionen. Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt es sogar für nötig, sich für die SPD bei Bush mit der Begründung zu entschuldigen, „die Gewalttäter hätten unser Land und die friedlichen Demonstranten in Verruf gebracht“. Die Reaktion erzeugt eine regelrechte Progromstimmung, um das Demonstrationsrecht zu beseitigen: Jeder Innenminister, der sich weigert, bei solchen Gelegenheiten über ganze Städte den Belagerungszustand auszurufen, gilt ab jetzt als „Sicherheitsrisiko“, wie nun der SPD-Innenminister von NRW. Die „Welt“ spricht sich für Vorbeugehaft an namentlich bekannten Demonstranten aus, die „FAZ“ hält die Ausweitung des Straftatbestandes „schwerer Landfriedensbruch“ und seiner Verschärfung für wirkungsvoller. Bundesinnenminister Zimmermann verspricht beides und noch mehr. Wo gewalttätige Auseinandersetzungen nicht durch Demonstrationsverbote und andere Maßnahmen verhindert werden könnten, müßten die Täter festgenommen und verurteilt werden. Dafür werde die Bundesregierung die Strafe für Landfriedensbruch erhöhen. Kohl: „Deutsche Demokratie muß, wenn es nottut, wehrhafte, streitbare Demokratie sein.“

Gesamtmittel

Metallkapitalisten streben Beseitigung tariflicher Rechte an – nicht nur bei Metall

Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung von Gesamtmittel am 17.6. griff der Präsident Thiele die Tarifvertragspolitik der IG Metall an und forderte: „Wir müssen Fehlentwicklungen der Vergangenheit korrigieren und zugleich Lösungen in der Tarifpolitik anstreben, die den unterschiedlichen Situationen der Betriebe ebenso Rechnung tragen wie den gewandelten Bedürfnissen der Arbeitnehmer ... Deshalb müssen wir uns als Tarifparteien auf die ursprüngliche Funktion des Tarifvertrages zurückbesinnen, die Mindestbedingungen festzulegen.“

Erinnert sei an die Vorgeschichte dieses Vorschlages. Als im November

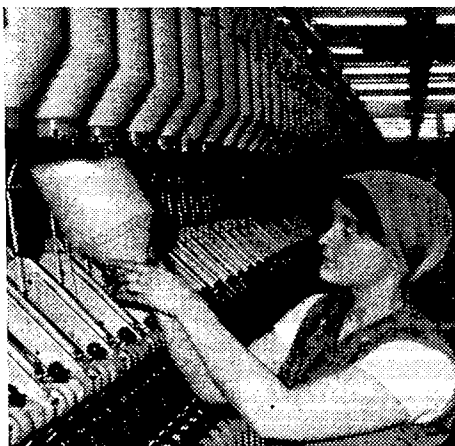
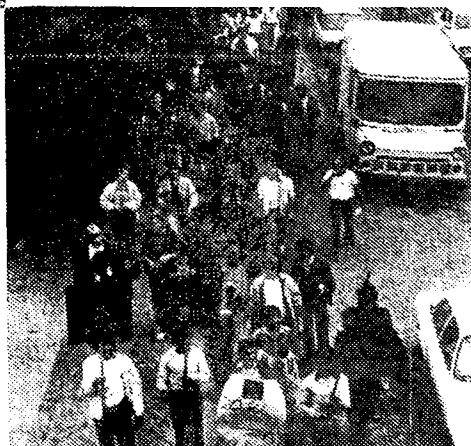
gungen festzulegen. Stattdessen wurde er zu einem Instrument, mit dem die Gewerkschaften nicht ohne Erfolg versuchten, die betrieblichen Leistungen und Zusatzleistungen der prosperierenden Unternehmen als ‚Schrittmacher‘ der Tarifpolitik zu nutzen ... Je mehr der Tarifvertrag als Regelungsinstrument für alles und jedes verstanden wurde, um so weniger wurde er dem wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandel gerecht.“

Die IG Metall hat seit Ende der sechziger Jahre u.a. durchgesetzt: Verdienstsicherung bei Abgruppierung, Kündigungsschutz und Verdienstsicherung für ältere Arbeiter, Absicherung

Herauskommen soll die Durchlöcherung der Tarifverträge, die Durchlöcherung des Normalarbeitstages und wo irgend möglich, die Beseitigung von tariflichen Rechten und ihre Umwandlung in milde Gaben der Kapitalisten. Wie wollen die Kapitalisten ihre Ziele erreichen? Indem sie die Belegschaften der Großbetriebe gegen die der kleinen Betriebe ausspielen und bei ihren Angriffen auf die Tarifverträge für Betriebsvereinbarungen plädieren werden; indem sie Betriebe, in denen die Geschäfte der Kapitalisten gut gehen gegen die stellen werden, wo die Geschäfte schlecht laufen; indem sie die Regionen mit geringerer Arbeitslosenquote gegen die mit höherer ausspielen.

Eins ist wohl sicher: Nach dieser Mitgliederversammlung von Gesamtmittel wird die IG Metall damit rechnen müssen, daß die Metallkapitalisten bei Kündigung von Verträgen anstreben werden, deren weitere Geltung zu verhindern.

Quellenhinweis: Gesamtmittel, Bericht der Geschäftsführung 1.5.1981 – 30.4.1983; Handelsblatt 20.6.1983; Die Weltwirtschaft, Hrsg. Institut für Weltwirtschaft, Kiel, 1982, Heft 2



Angriffe auf tarifliche Arbeitszeiten: Die Textilkapitalisten zweier Nordhorer Betriebe setzten durch Betriebsvereinbarung die Übernahme von Ausgebildeten mit nur 20 Stunden Arbeitszeit pro Woche durch. Düsseldorf: Mannesmann-Lehrlinge demonstrieren gegen Übernahme mit 20-Stundenvertrag.

1982 die Arbed-Stahlkapitalisten die Beschäftigten im Saarland dazu zwingen, die Hälfte des in Form eines 13. Monatsgehalts gezahlten Weihnachtsgeldes an die Firma als Kredit zu zahlen, verbreiteten Teile der Kapitalisten die Forderung nach standortsunterschiedlichen Lohntarifen bei Stahl und brachten einen Saar-Stahlabschlag ins Gespräch. Nicht nur die IG Metall lehnte die Tarifaufspaltung nach Regionen ab. Die Stahlkapitalisten wollten diese Tarifaufspaltung auch selber nicht.

Was schlägt Gesamtmittel jetzt stattdessen vor? Die Beseitigung aller Tarifverträge, die mehr als „Mindestbedingungen“ festlegen, ohne daß Gesamtmittel eine Regionalisierung schroff zurückwies. Gesamtmittel: „In den siebziger Jahren wurde der Tarifvertrag unter dem Druck der Gewerkschaften nahezu vollständig seiner Funktion entkleidet, Mindestbedin-

einer betrieblichen oder lohngruppenbezogenen Leistungszulage für Zeitlöhner, Sicherung einer Urlaubsvergütung von 50% des Lohns, Absicherung eines Teils eines 13. Monatsgehalts.

Das alles wollen die Kapitalisten beseitigt sehen. Ohne Federlesen wollen sie Arbeiter, die bisher ab 55 Jahre und nach bestimmter Zeit der Betriebszugehörigkeit Kündigungsschutz haben, künftig auf die Straße werfen können. Durch Abschaffung der tariflichen Verdienstsicherung wollen sie bei Umsetzungen von heute auf morgen drastisch den Lohn kürzen können. Durch Aufhebung der tariflich gesicherten Leistungszulage wollen die Kapitalisten die Lohnunterschiede zwischen kleinen, mittleren und Großbetrieben weiter verstärken und so die Löhne insgesamt weiter senken können. Statt tariflich auf das 13. Monatsgehalt zu pochen, sollen die Beschäftigten künftig wieder auf die milde Gabe des Fabrikherrn hoffen.

Belgien

Neue Sondervollmachten, Armee gegen Streikende

„Mit den neuen Sondervollmachten will die Regierung in erster Linie das Haushaltsdefizit abbauen ... Weiter sollen ... die kritische Lage auf dem Arbeitsmarkt entschärft sowie das Sozialwesen reformiert werden“. So meldete am 14.6. das „Handelsblatt“ die am Vortag vom belgischen Parlament beschlossenen neuen Sondervollmachten für die Regierung Martens, mit denen diese – ganze sechs Monate nach Ablauf der letzten Vollmachten – diesmal bis Ende März 1984 ohne Zustimmung des Parlaments regieren kann.

Die Regierung selbst hält sich mit ihren Absichten, denen sie mit Hilfe der Sondervollmachten jederzeit Gesetzeskraft geben kann, noch bedeckt. Immerhin hatte sie schon vor Wochen angedeutet, notfalls auch alle Tarifverträge aufzuheben, wenn nur die Kapitalisten nachweisen, daß diese ihrer Konkurrenzverbesserung im Wege stehen.

Die Gewerkschaften erwarten deshalb schwere Angriffe auf das Tarifrecht, möglicherweise schon in den nächsten Wochen eröffnet durch die Aufhebung des Tarifvertrags der Stahlarbeiter zwecks „Sanierung“ des Stahlkonzerns Cockerill-Sambre. Auch ohne Unterstützung durch Sondervollmachten der Regierung haben die General Motors- und Renault-Ka-

pitalisten in den letzten Wochen bereits die Wiedereinführung von Nacht- bzw. Samstagsarbeit in ihren Betrieben erzwungen, die Kapitalisten der Bauindustrie und die Kapitalisten der Nichteisen-Metallindustrie die Verlängerung des Arbeitstages auf zehn Stunden, die Philips-Kapitalisten konnten die Teilzeitarbeit ausweiten. Die Regierung selbst hat Angriffe auf das Tarif- und Streikrecht im öffentlichen Dienst angekündigt.

Mit welcher Brutalität sie dabei vorgehen bereit ist, davon bekamen die 12500 Arbeiter, Angestellten und Beamten der Stadtverwaltung Lüttich in den letzten Wochen einen Vorge-schmack. Am 9. Juni setzte die Regie-

rung gegen ihren Anfang Juni begonnenen Streik, mit dem sie gegen Lohnsenkungspläne der Stadtverwaltung protestieren, mehrere Hundertschaften der paramilitärischen „Reichswacht“ und – erstmalig seit Jahren – auch Einheiten der belgischen Armee ein. Unter dem Vorwand, „gesundheitsgefährdende“ Müllberge beseitigen zu wollen, durchkämmten Einheiten von Reichswacht und Armee zwei Tage lang die Innenstadt von Lüttich. Am 16. Juni demonstrierten 50000 Gewerkschafter in Brüssel gegen die neuen Vollmachten der Regierung.

Quellenhinweis: Grenz-Echo, 10. bis 15.6.; De Morgen, 9. bis 16.6.; Solidair, Zeitung der PvdA, 1.6. bis 22.6.; Handelsblatt, 14. und 16.6.

VR Polen

Endlich allein – Staat und Kirche treiben gesellschaftliche Verständigung

Entgegen den von den westdeutschen Nachrichtenmedien teils bänglich, teils freudig geschürten Erwartungen, daß der Staatsbesuch Johannes Pauls II. in der VR Polen Aufstandshandlungen auslösen werde, sind kraftvolle Demonstrationen der polnischen Arbeiterbewegung ausgeblieben. Viele der Millionen Menschen, die aus dem einen oder anderen Grund an der Heim-suchung teilnahmen, konnten sich davon überzeugen, daß die Kirche ihr Interesse an gesellschaftlichem Fortschritt nicht unterstützt. Diejenigen, die eine Verbesserung der materiellen Lage erhoffen, werden sich vielleicht nicht damit zufriedengeben, den vom Papst empfohlenen Instanzenweg zu beschreiten. Sie sollen Maria bitten, bei Jesus vorstellig zu werden, damit er wie bei der Hochzeit von Kana Getränke und andere Güter zaubert. In Jasna Góra, dem Standort der Schwarzen Madonna, predigte der Papst: „O Maria, die Du in Kana in Galiläa gewußt hast, daß sie keinen Wein haben ... Schließlich weißt Du ja von allem, was uns fehlt. Von allem, was uns schmerzt. Du kennst unser Leiden, unser Verschulden und unser Streben. Du weißt, was die Herzen der Nation bewegt ... Sag es Deinem Sohn! ... In Kana in Galiläa sagtest Du zu den Dienern, als der Wein ausging und Du wiesest auf Christus: ‚Tut alles, was er euch sagt‘. Sprich diese Worte auch zu uns!“ Durch seinen gegenwärtigen Stellvertreter auf Erden läßt Christus den Polen vor allem sagen, sie sollten sich auf die Würde der Arbeit besinnen und zum Nutzen des Gemeinwohls arbeiten.

Die Schwarze Madonna, die nach katholischer Tradition den Polen „gegeben ist zur Verteidigung der

Nation“, mußte auch erhalten für die neue Interpretation des Papstes von gesellschaftlicher Erneuerung. Als grundlegendes Recht der Nation verkündete er „das Recht der moralischen Ordnung“. Er rief jedermann dazu auf, diese moralische Erneuerung zunächst bei sich selber zu vollziehen. Mit Begriffen spielend, in denen die

nische König dem Vatikan meldete „Wir kamen, wir sahen, und Gott hat gesiegt“, verkündete der Papst: „Das Verlangen nach einem Sieg, nach einem edlen Sieg, nach einem mit Mühsal und mit dem Kreuz erkaufen Sieg, gehört zum christlichen Programm eines Menschen. Auch des Lebens einer Nation ... Dennoch muß die Nation vor allem aus eigenen Kräften leben ... Wir alle sind uns dessen bewußt, daß es nicht um einen militärischen Sieg geht wie vor dreihundert Jahren, sondern um einen Sieg moralischer Natur. Dieser ist es eben, der das Wesen der vielfach proklamierten Erneuerung darstellt ... Nur ein moralischer Sieg kann die Gesellschaft aus der Spaltung herausführen und ihr die Einheit wiedergeben. Eine solche Ordnung muß gleichzeitig ein Sieg der Regierten und der Regierenden sein. Man muß sie erreichen auf dem Wege des wechselseitigen Dialogs und der wechselseitigen Verständigung ...“

Der Papst hat dem polnischen Volk wiederholt versichert, daß es auf dem Weg des Leidens weiterschreiten müsse. Nur was etwas koste, sei auch was wert, z.B. Freiheit und Versöhnung. Manchmal seien Opfer notwendig, um alles zu retten. Über diesen Punkt hat er sich ganz gut mit der polnischen Staatsführung verständigt, und zwar fast wörtlich. Während jedoch General



Für einen moralischen Sieg und für einen Sieg Gottes trat der Papst auf seiner achtägigen Reise durch die VR Polen ein.

Arbeiterbewegung Bestrebungen nach Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zusammengefaßt hatte, predigte er im Stadion von Warszawa am 17. Juni über „Sieg“ und „Erneuerung“. Er interpretierte diese Begriffe so, daß sie einem Aufruf zur Unterordnung unter die herrschenden Verhältnisse, die durch die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung gekennzeichnet sind, gleichkommen. Anknüpfend an die Dreihundertjahrfeier des Sieges über die Türken vor Wien, wo der pol-

Jaruzelski mit dieser Formulierung die Verhängung des Kriegsrechts zu rechtfertigen suchte, kam ihm der Papst entgegen, indem er kein Wort darauf verschwendete, die Wiederherstellung der Gewerkschaft „Solidarität“ zu verlangen. Als prominentes Opfer schlachteten sie gemeinsam Lech Wale-sa. Der Papst verlangte von ihm als gehorsamem Sohn der Kirche Enthaltung von politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit. Nicht dementiert wurde der Artikel des stellvertretenden Chefre-

dakteurs der Vatikanzeitung „Osservatore Romano“, Levi, der einen Tag nach Beendigung der Papstreise offen schrieb: „Manchmal ist ein Opfer der unbequemen Personen notwendig, damit daraus ein größeres Gut für die Gemeinschaft erwachsen kann ... Als der Papst ihn zum Gespräch empfing, hat er sein Volk zufriedengestellt. Ihn in aller Stille zu empfangen, hat verhindert, daß seine Person für schädliche Gegensätze und gegen die empfindliche Phase der nationalen Wiederversöhnung dienen könnte.“ Nicht einverstanden war der Vatikan mit der klaren Darlegung seiner Taktik, über die Leiche der „Solidarität“ zur direkten Versöhnung mit dem polnischen Staat zu kommen. Levi trat zurück.

Durch ihre ideologische Einwirkung auf die Arbeiter- und Volksbewegung, die sie auf den Weg der Innerlichkeit und moralischen Wende verweist, hat die katholische Kirche ihre Verhandlungsposition gegenüber dem polnischen Staat gestärkt. Die von der Gewerkschaftsbewegung im Kampf für die am 31. August 1980 abgeschlossenen Vereinbarungen mitgeschleppten Forderungen zur Verbesserung der Stellung der Kirche sind seit der Illegalisierung der Gewerkschaft „Solidarität“ nicht gesichert. Punkt 3. der Forderungen des überbetrieblichen Streikkomitees in Gdansk hatte gelautet: „Beachtung der in der Volksrepublik Polen garantierten Meinungs- und Publikationsfreiheit und somit keine Repressalien gegen unabhängige Veröffentlichungen, Zugang zu den Massenmedien für die Vertreter aller Glaubensgemeinschaften.“

Mittlerweile fühlt sich die Kirche stark genug, weit größere Rechte zu verlangen. Die Unterstützung, die sie in letzter Zeit schon durch den Staatsapparat genossen hat, drückt sich u.a. darin aus, daß sich über 660 Kirchen und Kapellen im Bau befinden und 193 kirchliche Gebäude erweitert werden. Ein Gesetzentwurf, in dem die katholische Kirche als fester Bestandteil Polens garantiert werden soll, ist bereits fertig. Darüber hinaus wünscht der Papst, der in ungewöhnlicher Weise seine Herkunft und die Liebe zu seinem Vaterland ausschaltet, Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen, die der Vatikan 1945 abgebrochen hatte. Zum erstenmal würden damit solche Beziehungen zu einem osteuropäischen Land aufgenommen. Man versteht, warum der Papst schroff und für westdeutsche Imperialisten schmerzlich darauf bestand, daß die Westgebiete der VR Polen, die er dieses Mal besuchte, historisch zum polnischen Staatsgebiet gehören.

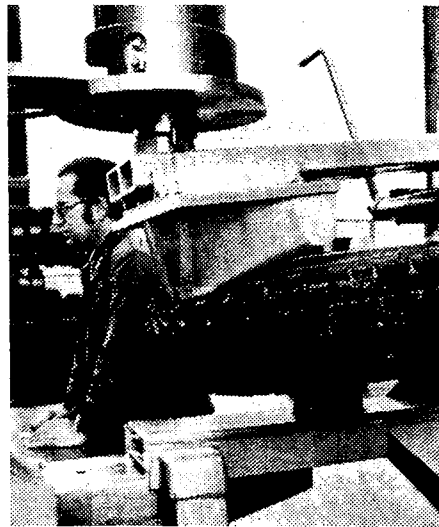
Quellenhinweis: Osservatore Romano vom 24.6. 1983, Wochenausgabe in deutscher Sprache; FAZ vom 27.6. 1983; Trybuna Ludu vom 18./19.6. 1983; The Wall Street Journal vom 22.6. 1983

Chemie

Kapitalisten wollen mehr Zwölf-Stunden-Schichten

Das „Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft“ (RKW) hat jetzt eine Studie „Die Zwölf-Stunden-Schicht“ herausgegeben. Entstanden ist sie „in Zusammenarbeit mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V.“. Die Studie soll den Chemiekapitalisten Material an die Hand geben, das ihnen ermöglicht, die 12-Stunden-Schichtarbeit weiter auszudehnen.

Im Dritten Reich war es den Kapitalisten gelungen, im Rahmen von



Reifenherstellung: Bald auch in 12-Stunden-Schicht?

Kriegsverordnungen in verschiedenen Industrien die 8-Stunden-Schicht auf 12 Stunden auszudehnen. Nach 1945 gelang es ihnen in einigen Chemiegroßbetrieben, die 12 Stunden pro Tag beizubehalten. Begründung dafür war, daß nach der Arbeitszeitverordnung von 1938 in diesen Schichten „regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft“ anfallt. Da nach dem neuen Entwurf der Arbeitszeitordnung dieses Kriterium nicht mehr notwendig ist, werden die Kapitalisten nicht nur in der Chemiebranche, sondern auch in anderen Industriezweigen 12-Stunden-Schichten durchzusetzen versuchen.

Gegenwärtig arbeiten etwa 23000 Chemiearbeiter in 12-Stunden-Schicht, ca. 3,4% der in der Chemie Tätigen. 1977 arbeiteten schon 28,9% von 1,47 Mio. Lohnempfängern im Bereich „Minerale und chemische Industrie“ in Schichten, 13,2% aller Chemiebeschäftigten in vollkontinuierlicher, 14,3% in teilkontinuierlicher Schicht.

Bei der Studie handelt es sich um eine Materialzusammenstellung aus sieben Untersuchungen zwischen 1975 und 1980 zum Thema Schichtarbeit

unter besonderer Berücksichtigung von 12-Stunden-Schichten, im wesentlichen gefördert durch die Bundesregierung oder Landesregierungen. Die Zusammenstellung trägt den Wünschen der Kapitalisten Rechnung. Im wesentlichen sind Befragungsergebnisse dargestellt, in denen sich Schichtarbeiter positiver zur 12-Stunden-Schicht, verglichen mit 8-Stunden-Schicht und nicht etwa mit Normalarbeitszeit, äußern. Nur knapp zitierte und als „erstaunlich“ abgetane Ergebnisse zeigen, daß 12-Stunden-Schichtarbeiter wegen Magen-Darm-Erkrankungen häufiger zum Arzt und ins Krankenhaus müssen.

Eine Studie der IG Chemie, „Projekt Schichtarbeit“, weist nach, daß nicht nur finanzieller Zwang die Arbeiter in die Schichtarbeit treibt, sondern daß wegen drohender Arbeitslosigkeit oder Umstellung im Betrieb von Normal- auf Schichtarbeit gar keine andere Wahl bleibt.

Quellenhinweis: Kaupp, Die Zwölf-Stunden-Schicht, hrsg. vom RKW, Best.Nr. 838, Eschborn 1983; Roth, „Es ist halt so ...“, Reinbek 1982; Entwurf AZO v. 1982

Textilindustrie

„Maschinen, die stillstehen, verdienen nichts“

Kaum haben die Textilkapitalisten die Beschränkungen für die Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft in Schicht- und Akkordarbeit beseitigen können, verlangen sie mehr: Mitte Juni begab sich der Präsident von Gesamttextil Plutte zum Bundeskanzler, um die Forderung der Textilkapitalisten nach Beseitigung aller Hemmnisse in der Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen bei Nacht, an Sonn- und Feiertagen vorzutragen. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Textilindustrie „flankierend“ zu unterstützen, solle die Bundesregierung die Vorschriften in der Gewerbeordnung und der Arbeitszeitordnung ändern, die bislang die Einführung von vollkontinuierlicher Schichtarbeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie einschränken. Diese Vorschriften sind vor allem das Verbot von Nacharbeit für Frauen und Jugendliche (49,6% der Arbeiter in der Textilindustrie sind Frauen) und die Bestimmung der Gewerbeordnung, daß Sonntagsarbeit im wesentlichen nur erlaubt ist, wenn „Arbeiten vorkommen, welche ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Aufschub nicht gestatten“.

Die Natur der Textilproduktion ist – so Plutte – vor allem kapitalintensiv und gestatte demzufolge keine Unterbrechung. Laut FAZ begründete er die Forderungen der Textilkapitalisten so: „Als eine ausgesprochen kapitalintensive Branche strebe die Textilindu-

strie eine bessere Ausnutzung ihres modernen Maschinenparks möglichst durch eine Sieben-Tage-Woche, natürlich durch Schichtarbeit, an. Bei einer Sechs-Tage-Woche ... seien etwa 7488 Jahresstunden erreichbar, bei einer Sieben-Tage-Woche 8736 Stunden. Natürlich komme es dabei zu einer Mehrproduktion, aber auch zu einer größeren internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Textilmaschinen, die stillstehen, sind wie Schiffe, die im Hafen liegen. Sie verdienen nichts.“

Schon jetzt müssen die Arbeiter in der Textilindustrie im Drei- und Zweischichtbetrieb arbeiten. Die durchschnittliche jährliche Maschinenlaufzeit in der westdeutschen Textilindu-

strie betrug 1982 5664 Stunden. Diese Stundenzahl können die Textilkapitalisten nur erreichen, wenn sie bei einer Fünf-Tage-Woche täglich mehr als 16 Stunden arbeiten lassen, oder in einer Sechs-Tage-Woche 16 Stunden täglich und einige Sonderschichten. Eine jährliche Maschinenlaufzeit, wie sie Plutte will, heißt, daß die Maschine gerade 24 Stunden im Jahr stillsteht. Solche Rekordzeiten in Ausbeutung von Arbeitskraft haben die Textilkapitalisten der imperialistischen Staaten nicht einmal in den „Niedriglohnländern“ durchsetzen können: In Indien z.B. betrugen die Maschinenlaufzeiten 1982 „nur“ 8544 Stunden im Jahr.

Quellenhinweis: FAZ v. 24.6.83; BWK Nachrichten, Heft 03, Woche 24/83

hungen (sprich Rationalisierung) nie effektiv genug ausfallen; denen das Streikrecht nur gefällt, wenn es nie zum Streiken „mißbraucht“ wird, wie es dann heißt, wenn gestreikt wird; die schon Dankbarkeit verlangen, wenn ein Lohnarbeiter überhaupt eine Firma findet, die ihn geschäftstüchtig ausnützt.

Eine Versammlung von Heuchlern hat da ihre Staatsfeierstunde abgewickelt: Ein Arbeiteraufstand in Ostberlin dient ihnen als Kronzeuge für die gelungene Ausbeutung und Herrschaft in Westdeutschland, weil dem arbeitenden Volk hier in Aufständischen drüben haargenau jene Ideale vorgeführt werden können, in deren Namen es sich nur auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung lohnen soll, zu schufteten und zu parieren.

2. Einen Ausbruch von Volkssehnsucht nach Deutschlands „Wiedervereinigung“ wollen sie drüben entdeckt haben, die Macher und Herren der westdeutschen Republik, am 17. Juni 1953. Und nichts als Diener dieser Sehnsucht wollen sie sein. Haben sie denn wirklich die Ostberliner Bauarbeiter und die Großmütter aus Magdeburg gefragt, ehe sie den Anspruch auf ein größeres Deutschland ins Bonner Grundgesetz hineingeschrieben haben? Haben sie ernstlich ein gelungenes Familienglück im Sinn, wenn sie ausgerechnet an den „Grenzen von 1937“ festhalten? Oder umgekehrt: Wer unbedingt in Mecklenburg Heimatgefühle pflegen will, macht der sich dann dran, erst einmal einen ganzen Staat aus der Welt zu schaffen?

3. Um die Freiheit soll es den unzufriedenen DDR-Bürgern am 17. Juni 1953 gegangen sein – gar nicht so sehr um mehr Lohn und leichtere Arbeit. Die Freiheit wollen die Macher und Herren der westdeutschen Republik den berühmten „Brüdern und Schwestern drüben“ bringen, so sagen sie.

17. Juni

Demonstration gegen die deutsche Wiedervereinigung im NATO-Weltkrieg

Seit ihrem Antritt entfaltet die Regierung Kohl/Genscher eine großdeutsche Kriegsmobilisierung unter der Parole „Frieden in Freiheit“. „Die deutsche Frage muß offen gehalten werden“, um ein „Deutschland in den Grenzen von 1937“ zu erstreiten: „Wiedervereinigung in Freiheit“! Zahlreiche Veranstaltungen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, der CDU/CSU und faschistischer Organisationen wurden zum 30. Jahrestag des sogenannten Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in Ostberlin durchgeführt.

Unter den Losungen: „Gegen den BRD-Imperialismus! Gegen die gewaltsame deutsche Wiedervereinigung im NATO-Weltkrieg!“ riefen seit Anfang Mai die Marxistische Gruppe (MG) und der BWK zu einer Demonstration am 17. Juni nach Bonn auf. Über 7000 Teilnehmer kamen zur Demonstration. Weitere Organisationen konnten zur Unterstützung der Demonstration nicht gewonnen werden. Aber immerhin konnte die gemeinsame Kampagne von MG und BWK mit darauf Einfluß nehmen, daß bei verschiedenen Organisationen und Initiativen der Gedanke, der zunehmenden Kriegsmobilisierung entgegenzutreten, bestärkt wurde. Zwar konnten nicht all die zahlreichen Veranstaltungen der Reaktionen und Faschisten verhindert werden, aber Veranstaltungen der CDU, der Vertriebenenverbände und anderer blieben nicht ungestört. Faschistische Aufmärsche (siehe Seite 23) wurden bekämpft. Die Bundestagsfraktion der Grünen nahm an der Festveranstaltung des Deutschen Bundestages nicht teil. Stattdessen jedoch führte sie am gleichen Tag eine Fraktionssitzung zum Thema „Deutschlandpolitik der Grünen“ durch.

Im folgenden drucken wir die gemeinsame Rede von BWK und MG ab, die auf der Schlußkundgebung verlesen wurde:

1. Die Bundesrepublik Deutschland begeht als Nationalfeiertag den Anspruch auf ein fremdes Territorium. Im Bundestag drüben haben sich heute die Politiker versammelt und halten eine Feierstunde ab als Repräsentanten eines Volkes ohne den ihm laut Grundgesetz zustehenden Raum.

Mit ernster Musik und gedeckter Kleidung, Festtagswürde im Gesicht, begehen sie die Erinnerung an anderthalb Streiktage von 300000 Arbeitern vor 30 Jahren in der DDR als Staatsfeiertag. Den kurzen und schon am 16. Juni 1953 erfolgreichen Protest gegen Normenerhöhungen ohne Lohnerhöhungen preisen da im Bundestag genau die Figuren, denen hierzulande die Lohnsenkungen nie weit genug gehen; denen hierzulande die Normenerhö-



Über 7000 beteiligten sich an der Demonstration von MG und BWK



Abmarsch am Schlachthof: Teilnehmer des BWK (links). – Schlußkundgebung auf dem Münsterplatz (rechts).

„Freie Wahlen“ zum Beispiel – behaupten genau die Machthaber, die ihren Wählern nichts anderes versprechen, als daß sie der Opferpolitik ihrer Regierung blind vertrauen müssen. Die ganze Bundesländer für „unregierbar“ erklären, wenn die mit Wahlen erfolgte Ermächtigung nicht absolut genug ausgefallen ist. Und die in der ganzen Welt die härtesten Diktaturen unterstützen oder sogar aufmachen und einrichten, wenn ein Volk sie stören könnte.

Die „freie Meinungsäußerung“ wollen sie angeblich nach drüben exportieren; die „Freiheit der Kritik“, für die wir hier dankbar sein sollen – behaupten genau die Gewalthaber, die sich im Namen des zugestandenem Rechts auf Kritik jede wirkliche Kritik verbieten, verbieten und verfolgen. Die gleichen Gewalthaber, die jede Kritik gleich vorsorglich bespitzeln lassen, weil „freie Meinungsäußerung“ so natürlich nicht gemeint ist. Die ihrem NATO-Partner Türkei das Foltern von Staatsgegnern als landesübliche Sitte, wie sie im Ge-

richtsurteil heißt, ohne Bedenken zugehen.

4. Die Freiheit, die die politischen Führer des Westens den Völkern im Osten unbedingt schenken wollen: das ist ihre Freiheit, über die Staaten des heutigen „sozialistischen Lagers“ genau so schrankenlos zu gebieten und zu verfügen wie über ihre Kreaturen in der sogenannten „Dritten Welt“. Die nationale Einheit, die die Rechtsnachfolger Adolf Hitlers unbedingt herstellen wollen: das ist der erklärte Wille, ein ganzes Kriegsergebnis nicht gelten zu lassen. Das ist die feste Zusage, daß die westdeutsche Nation ganz besonders fest einsteht für das NATO-Programm: „Weg mit der Sowjetunion!“ Nicht eher wollen die Macher und Herren der westdeutschen Republik zufrieden sein, als bis ihr Staat zur Chefnation einer neuen Nachkriegsordnung aufgestiegen ist. Einheit und Freiheit: das sind die idealistischen Parolen der gesamtwestlichen und der deutsch-nationalen Kriegsankündigung gegen den Osten!

5. Daß dieses Kampfprogramm „Friedenspolitik“ heißt, wundert uns nicht: das paßt! Denn der Frieden wird damit ja tatsächlich zur Debatte gestellt. Nachgiebigkeit bis zur Selbstaufgabe wird dem sowjetischen Feind abverlangt – als Friedensbedingung. Und damit Moskau die Ernsthaftigkeit dieses westlichen Friedenswunsches begreift, wird die Sowjetunion „totgerüstet“. Frieden heute – das ist der NATO-Weltkrieg in der Phase seiner Vorbereitung. Und deutsche Einheit heute – das ist der besondere Rechtstitel der Bundesrepublik auf seine erfolgreiche Durchführung.

6. Mit dem gediegenen guten Gewissen von Schreibtischtätern feiern die Führer der westdeutschen Nation heute ihren selbstgewählten und verhängten nationalen Kampfauftrag. Wir wollen dafür sorgen, daß ihnen ihre Festtagslaune vergeht!

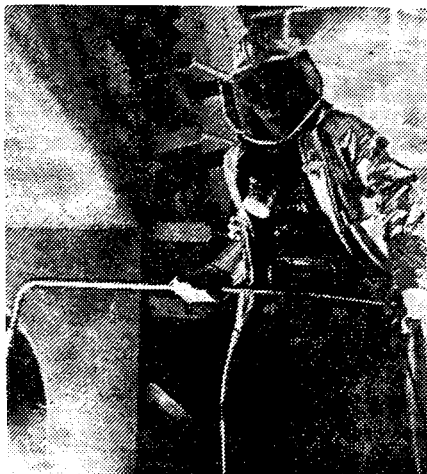
Kampf dem BRD-Imperialismus! Gegen die deutsche Wiedervereinigung im NATO-Weltkrieg!

EG-Stahlkrach BRD-Monopole drängen auf Entscheidung

Kurz vor der EG-Gipfelkonferenz vom 17. bis 19. Juni hatte die Bundesregierung angekündigt, sie werde die Stahlpolitik zu einem Thema machen. Mehr noch, am 10. Juni ließ Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff im Bundestag handfeste Drohungen gegen die EG-„Partner“ verlauten: „Eine Lösung der Stahlfrage ist die Voraussetzung dafür, daß die Bundesregierung eventuellen Beschlüssen über die zukünftige Finanzierung der EG zustimmen kann.“ Dennoch verlor die bürgerliche Presse buchstäblich kein Wort



Politikermasken vorgestellt: Kulturgruppen aus Hamburg und Mannheim



Spethmann kündigte einen weiteren „Abbau“ von 33 000 Stahlarbeitern bis 1985 an. (Bild: Schmelzer)

darüber, was hierzu beraten wurde. Nicht nur dies deutet darauf hin, daß der Stahlkrach innerhalb der EG sich weiter zuspitzen wird.

Zwei Termine sind für die weitere Entwicklung der Konkurrenz der Stahlindustrien der EG-Länder untereinander von großer Bedeutung. Zum einen müssen nach dem 1981 vereinbarten EG-„Subventionskodex“ bis zum 30. Juni alle noch bis zum 31.12. 1985 vorgesehenen staatlichen Subventionen für die Stahlkapitalisten von der EG genehmigt werden. Zum anderen laufen die nach Art. 58 des EGKS-Vertrages eingeführten und seit dem 1.7. 1981 geltenden Produktionsquoten aus. Ursprünglich ebenfalls bis zum 30. Juni begrenzt, wurden die bisher geltenden Quoten auf einer Sitzung der Wirtschaftsminister am 21. Juni vorerst bis zum 25. Juli verlängert.

Entsprechend haben die westdeutschen Stahlmonopole in den letzten Wochen lauthals ihre Ansprüche angemeldet. Thyssen-Chef Spethmann verlangte als Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl eine Aufstockung der westdeutschen Produktionsquoten für Walzstahl um insgesamt 10%, angeblich um „Nachteile“ auszugleichen. Von der Bundesregierung verlangte er staatliche Subventionen für die Umstrukturierung der westdeutschen Stahlindustrie zwischen 4,5 und 6 Mrd. DM. Insgesamt 3 Mrd. DM hat die Bundesregierung in einem Kabinettsbeschluß am 14. Juni bereits bewilligt, sofern die Bundesländer, in denen sich Stahlstandorte befinden, sich zu 50% beteiligen. Weitere 1,2 Mrd. DM wurden „vorsorglich“ bei der EG-Kommission angemeldet. Sie sollen im Rahmen „normaler“ Investitionszulagen für Forschung, Energieeinsparung u.ä. vorgesehen werden.

Tatsächlich ist dies eine offene Kampfansage an die EG-Konkurrenz. Abgesehen davon, daß keineswegs nur die aus der Wirtschaftsvereinigung ausgeschlossene Klöckner AG immer

wieder gegen die festgelegten Quoten verstoßen hat, sondern – wenn auch in geringerem Umfang – zumindest auch Krupp, die Otto Wolff AG und kürzlich erst Hoesch, richtet sich die verlangte Quotenerhöhung vor allem gegen die Stahlindustrie der Benelux-Länder. Schon lange ist der hohe Exportanteil dieser Stahlindustrien den westdeutschen Stahlmonopolen ein Dorn im Auge.

Wie dabei die geplante Umstrukturierung der westdeutschen Stahlindustrie im einzelnen vorangehen wird, ist nach wie vor unklar. Daß vor allem Thyssen hier eine schärfere Gangart einschlagen will, macht die Aufforderung der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl deutlich, die EG-Kommission solle die gegen Klöckner verhängten Geldbußen wegen Quotenüberschreitung von insgesamt 166 Mio. DM endlich eintreiben. Die Klöckner AG hatte zuvor erklärt, dies würde sie in die Zahlungsunfähigkeit treiben. Am Dienstag, 29. Juni, schließlich wurde abends bekannt, daß Arbed-Saarstahl erneut zahlungsunfähig ist, sofern nicht bis zum 10. Juli weitere staatliche Finanzhilfen gewährt werden.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 1–23.6. 1983; Bundestagsprotokoll vom 10.6.83

Nordirland

Wahlerfolg für Sinn Fein, weitere Aktionen der IRA

Verschiedene Hoffnungen in Bezug auf Nordirland mußte die Regierung Thatcher in den letzten Wochen begraben. Die lautstark geäußerte Überzeugung, die 64 000 Stimmen bei der Wahl zur Nordirland-Versammlung im letzten Oktober für Sinn Fein, die Partei, die politisch die IRA unterstützt, seien ein „Strohfeuer“ gewesen, wurde Lügen gestraft. Bei der Unterhauswahl am 9. Juni erhielt Sinn Fein, nach Aussagen der britischen Regierung „der politische Flügel der IRA“, 102 701 Stimmen, das entspricht 13,4% der Gesamtstimmen und etwa 42% der Stimmen der katholisch-irischen Bevölkerung. Die zweite Hoffnung, weniger laut ausgesprochen, war, daß die republikanische Bewegung sich zu einem Wahlverein entwickeln und den bewaffneten Kampf zumindest einschränken würde. Aber in den Wochen vor und nach der Wahl führten IRA-Einheiten erfolgreiche Aktionen durch, z.B. in Belfasts hermetisch abgeriegelter Innenstadt, in der die IRA dennoch drei Bomben in Geschäften nach einer Warnung zünden konnte. Mehrere britische Soldaten wurden bei IRA-Angriffen getötet.

Besonders schmerzlich für Thatcher ist das Wahlergebnis in Belfast. Dort

erhielt Sinn Fein 23 000 Stimmen, die „gemäßigte“ Social Democratic and Labour Party erhielt zum ersten Mal weniger Stimmen (20 000), obwohl sie insgesamt mit 136 000 Stimmen noch den größten Anteil der katholisch-irischen Stimmen hatte. In West Belfast wurde Gerry Adams mit 16 379 Stimmen ins Unterhaus gewählt. Gerry Adams ist einer der Sinn-Fein-Vizepräsidenten und gilt bei den britischen Truppen als „der eigentliche Stabschef der IRA“. Der unterlegene Abgeordnete Gerry Fitt trat als Unabhängiger auf. Er war jahrelang von der britischen Regierung als die „Stimme der gemäßigten Iren“ gepöppelt worden. Fitt erhielt 10 326 Stimmen, nach seinen eigenen Angaben zum größten Teil aus dem protestantisch-unionistischen Lager. Einen zweiten Wahlkreis – Mid-Ulster – verfehlte der dortige Sinn-Fein-Kandidat nur um 78 Stimmen.

Gerry Adams wird seinen Sitz im Londoner Parlament nicht einnehmen. Sinn Fein erkennt die britische Hoheit über Nordirland nicht an. Sofort nach der Wahl allerdings mußte die britische Regierung das Einreiseverbot gegen Adams für das britische Festland aufheben. Vor drei Monaten hatte sie ihm und einer Delegation die Einreise verboten, als er auf Einladung des Londoner Gesamtstadtrates, der von einem linken Labour-Bürgermeister geführt wird, London besuchen und dort „die Bevölkerung über die gerechte republikanische Sache aufklären“ wollte.

Sinn Fein führte den Wahlkampf hauptsächlich gegen die koloniale Beherrschung Nordirlands durch Großbritannien, die Truppenstationierung und die dauernde Belästigung der katholisch-irischen Bevölkerung durch Polizei, Armee und örtliche Hilfspolizei. Zweitens griff die Partei die elende Lebenslage der irisch-katholischen Arbeiter und Arbeitslosen auf, griff örtlich Kapitalisten und ihre britischen Hintermänner an und führte einen ideologisch offensiven Wahlkampf gegen die „Gewaltfreiheit“. „Wir werden entschieden für ein vereintes Irland eintreten, eine demokratische Sozialistische Republik, die frei ist von ausländischer Besetzung“, hieß es in ihrer Zeitung „An Phoblacht – Republican News“ vor der Wahl. „Wir sehen den Sechs-Bezirke-Staat (Nordirland, d. Verf.) als nicht reformierbar an und sind der Ansicht, daß volle Bürgerrechte, ein Ende der Diskriminierung, Arbeitslosigkeit, sozialen Benachteiligung und des Sektierertums nur erreicht werden können, wenn wir unsere nationalen Rechte erlangen – also Unabhängigkeit und Einheit.“

Quellenhinweis: An Phoblacht / Republican News, 2., 9., 16.6. 1983; Observer, 12.6.83; Sunday Times, 12.6.83; BBC-Nachrichten

Ausländerpolitik in der Tradition faschistischer Fremdarbeiterpolitik. Interview mit einem türkischen Arbeiter

„10500 Mark Rückkehrprämie zahlt Bonn Türken, Jugoslawen und Gastarbeitern aus anderen Nicht-EG-Ländern, wenn sie mit ihren Familien bis Ende September 1984 freiwillig in die Heimat zurückkehren ... Bundesarbeitsminister Blüm: „Ich schätze, daß bis zu 85000 Ausländer heimkehren werden“. So faßte am 23.6. die Bild-Zeitung den tags zuvor vom Bundeskabinett beschlossenen „Gesetzentwurf zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern“ zusammen. Noch vor der Sommerpause soll der Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht werden, noch im Herbst soll er in Kraft treten. Doch was da scheinbar harmlos als „Förderung der freiwilligen Rückkehr“ daherkommt, ist in Wirklichkeit die Einleitung von Angriffen auf die ausländischen Lohnarbeiter und ihre Familien in der BRD, die sich mit der faschistischen „Fremdarbeiterpolitik der 30er und 40er Jahre durchaus vergleichen lassen.

So soll schon jetzt einen Anspruch auf „Rückkehrhilfe“ nur haben, wer, aus Jugoslawien, Süd-Korea, Marokko, Portugal, Spanien, Tunesien oder der Türkei rekrutiert, in der Zeit zwischen Herbst dieses Jahres und Ende Juni 1984 wegen Konkurs oder Betriebsstillegung arbeitslos wurde oder seit mindestens einem halben Jahr von den Kapitalisten zu Kurzarbeit gezwungen wurde. Dahinter steckt zum einen die Absicht, den Kapitalisten bei künftigen Stillegungen einen Teil ihrer Sozialplankosten abzunehmen – frei nach der Regel: Wenn die Ausländer schon Rückkehrhilfen bekommen, was

wollen sie da noch Sozialpläne! Vor allem aber rechnet man im Hause Blüm fest damit, daß vor allem ältere, und das heißt: von den Kapitalisten verschlissene, verbrauchte ausländische Lohnarbeiter von der angebotenen „Rückkehrhilfe“ Gebrauch machen werden. Eine Kalkulation, die, so perfide sie ist, dennoch aufgehen könnte. Denn den älteren Arbeitern droht, wenn sie keine Aussicht mehr haben, noch einen westdeutschen Ausbeuter zu finden, sowieso über kurz oder lang die Abschiebung, wenn ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld abgelaufen ist und sie Arbeitslosenhilfe, spätestens aber, wenn sie Sozialhilfe beantragen. Diese alten ausländischen Lohnarbeiter sollen jetzt außer Landes gejagt werden, und zwar rasch: für jeden Monat, den sie nach ihrer Kündigung noch Arbeitslosengeld in Anspruch nehmen, wird die „Rückkehrhilfe“ um 1500 DM gekürzt.

Zudem hat die Regierung sich noch eine besondere Feinheit ausgedacht: die „Rentenabfindung“. Hier hat Blüm ausrechnen lassen, daß, sollten auch nur 55000 der 85000 bis Juni 1984 abzuschiebenden alten ausländischen Lohnarbeiter einer „Abfindung“ ihrer Rentenansprüche zustimmen, dies zwar 680 Mio. DM Kosten machen würde – 13000 DM je „abgefundenem“ Arbeiter. Dafür aber würde man, so Blüm in seiner Pressemitteilung, langfristig runde 2,5 Milliarden DM Rentenzahlungen „sparen“. Macht pro abgefundenem ausländischen Lohnarbeiter einen Reingewinn von 33000 DM nicht mehr auszuzahlen.

lenden Rentenansprüchen! Wenn das keine Perspektiven der „Rentensanierung“ eröffnet! Wenn das kein Anreiz zur „Rückkehrförderung“ ist! Fast bedauernd weist das Ministerium deshalb auch darauf hin, daß solche „Geschäfte“ leider nur mit den ausländischen Lohnabhängigen möglich sind, deren Rentenansprüche nicht durch Sozialversicherungsabkommen ihrer Herkunftsländer mit der BRD gegen solche Gaunereien geschützt sind, und das heißt: im wesentlichen „nur“ mit türkischen und portugiesischen Lohnabhängigen.

Was sind das für ausländische Arbeiter, die jetzt abgeschoben werden sollen oder einer permanenten Abschiebungsdrohung unterworfen werden? Und welchen Angriffen sind die ausländischen Arbeiter, gleich welchen Alters, schon jetzt von Seiten der Kapitalisten und ihrer Staatsorgane ausgesetzt? In der letzten Woche sprachen wir darüber in Köln mit einem türkischen Arbeiter bei Ford und mit mehreren türkischen Jugendlichen.

A. kam 1968 zu Ford nach Köln. Er erinnert sich noch gut daran. In dem Rekrutierungsbüro in der Türkei wurde damals allen Arbeitern einfach gesagt: „Unterschreib!“, dann mußten sie sich in eine Ecke stellen, bis sie irgendwann aufgerufen wurden und ihnen gesagt wurde, in welche Stadt und zu welchem Kapitalisten sie nun gehen sollten. Lediglich A. bestand darauf, vorher zu wissen, mit welchem Kapitalisten er da einen Arbeitsvertrag unterschreiben sollte.



„Es ist unübersehbar, daß aufgrund unserer ... Wirtschafts- und Arbeitsmarktverhältnisse die Ausländerbeschäftigung weitgehend eine strukturelle Notwendigkeit und ein wirtschaftliches Dauerphänomen geworden ist.“ (BDA)

Ausländische Arbeiter – immer schon Manövrier- masse des deutschen Imperialismus

Gängige Argumentation der Reaktion zur Verschärfung der Ausländergesetzgebung ist es, die ausländischen Arbeiter und ihre Familien als solche hinzustellen, die einer besonderen Beaufsichtigung und Strafandrohung durch den Staat bedürfen. Historisch läßt es sich nachweisen, daß es dem Kapital niemals um die besonderen Sitten und Bräuche bzw. um deren Austreibung im allgemeinen geht, sondern, daß das Kapital sich die ausländische Arbeiterbevölkerung als Reservearmee gegenüber der deutschen bzw. westdeutschen Bevölkerung hält, ihre niedrigen Löhne und rechtlose Lage mit den Eigenarten der Ausländer begründet, um die wahren Absichten zu vertuschen. Ihren Zweck als Reservearmee erfüllt diese ausländische Arbeiterbevölkerung nur, wenn die Spaltung zwischen ausländischen Arbeitern und den westdeutschen gelingt und damit ein Druck auf die Löhne und die Rechte der gesamten Arbeiter erzeugt werden kann.

Zu Beginn des deutschen Imperialismus, seit der stürmischen Entwicklung der deutschen Industrie nach 1871, wurden Hunderttausende ausländischer Arbeiter unter härtesten Arbeits- und Lebensbedingungen ausgebeutet. Ein großer Teil arbeitete als Saisonarbeiter in der ostelbischen Landwirtschaft. Mit Beginn der 80er Jahre wurden eine Reihe von Bergwerken und Schwerindustriebetrieben neu gegründet. Die Kapitalisten schickten ihre Werber nach Ostpreußen und in andere Ostgebiete, um dem Arbeitskräftemangel durch polnische Arbeiter abzuweichen. Als in der Landwirtschaft auf den großen Gütern der Großgrundbesitzer zu intensiveren Bearbeitungsmethoden übergegangen wurde und die industrielle Zuckerrübenverwertung begann, wurden wiederum Arbeiter aus Polen herbeigeschafft. 1907 arbeiteten im Deutschen Reich 900 000 ausländische Arbeiter.

Es gab kein spezielles Ausländergesetz, sondern der Zustrom der Ausländer wurde über verschiedene Paragraphen im Paß- und Freizügigkeitsgesetz, in der Gewerbeordnung, im Strafgesetzbuch usw. geregelt. Die Ausländer durften nur während einer gewissen Zeit des Jahres in ausgewählten industriellen Großbetrieben oder in der Landwirtschaft in bestimmten Provinzen beschäftigt werden und mußten nach Ablauf dieser Zeit das Land wieder verlassen. Familienmitglieder durften generell

nicht nachziehen. Das Gesetz „Gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ von 1878 legte fest, daß die Ausweisung von Ausländern wegen Agitation für sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Bestrebungen erfolgen mußte. 1907 wurde verfügt, daß die ausländischen Arbeitskräfte unter Androhung von Ausweisung an einen bestimmten Unternehmer gebunden waren. Zu Beginn des 1. Weltkrieges überschritt die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte erstmals die Millionengrenze, 1914: 1,2 Mio. Vor allem Belgier wurden verschleppt und in der Kriegswirtschaft zwangsbeschäftigt.

Bis zum 1. Weltkrieg organisierten die Kapitalisten und Großgrundbesitzer die Beschaffung der ausländischen Arbeiter selber. Nach dem Krieg, als die Zahl der ausländischen Arbeiter zurückging, weil die Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit genügend billige Arbeiter produzierten, mußten sich die Kapitalisten die Arbeitskräfte vom zuständigen Landesamt für Arbeitsvermittlung genehmigen lassen. 191 200 ausländische Arbeiter durften sich im Reich aufhalten.

Nach der Machtergreifung des Faschismus betrug die Zahl der ausländischen Arbeiter 1934 immer noch weniger als 200 000. Die Wirtschaftskrise machte ein disponibles ausländisches Arbeiterheer unnötig, die Kapitalisten konnten genügend Beschäftigte für Hungerlöhne vom Arbeitsmarkt holen. Die Faschisten änderten an der Gesetzgebung zunächst nur die Zuständigkeit für die Ausländer. Das Reichsinnenministerium erhielt die Aufsicht über sie, die Länder mußten ihre Kompetenzen diesbezüglich abgeben. In den Jahren

1935, '36 und '37, in denen die Arbeitslosigkeit zurückging, stieg auch wieder die Anzahl der ausländischen Beschäftigten: 1937 gab es 350 000 Ausländer im deutschen Reich. Die fremden Arbeiter waren im wesentlichen ungelern, ein Drittel war in der Landwirtschaft beschäftigt, etwa 10% in Haushalten. Mit dem Jahr 1938 trat eine grundlegende Änderung in der Ausländerpolitik der Faschisten ein. Sämtliche deutschen Arbeiter und viele kleine Gewerbetreibende waren durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Nazis, durch die Rüstungsproduktion in Arbeit gepreßt worden. Zur Vorbereitung des Krieges mußte die Produktion gesteigert werden. Zunächst wurden die Bestimmungen aufgehoben, nach denen die verheirateten Frauen nicht arbeiten durften, dann wurden Arbeiter aus Österreich und den „Sudetengebieten“ fürs Reich angeworben. 1939 wurden Massentransporte von Zwangsarbeitern aus der Tschechoslowakei durchgeführt. Eine zentrale Registrierung aller Ausländer wurde eingeführt, alle „Fremdarbeiter“ unter Verfügungsgewalt der SS gestellt. Eine „Ausländerpolizeiverordnung“ trat am 22.8. 1938 in Kraft. Sie erlaubte denjenigen Ausländern den Aufenthalt im Reichsgebiet, die „nach ihrer Persönlichkeit und dem Zweck ihres Aufenthaltes im Reichsgebiet die Gewähr dafür bieten, daß sie der ihnen gewährten Gastfreundschaft würdig sind.“ Eine Liste von Gründen für Aufenthaltsverbot und Abschiebung, ähnlich unseren jetzigen Ausländergesetzen, war darin enthalten: Der Ausländer durfte die Belange des Reiches nicht gefährden, er durfte nicht „arbeits-scheu“ sein und mußte über genügend Mittel zur Bestreitung seines Unterhalts bzw. dem seiner Familie verfügen.

Mit dem Ausbruch des 2. Weltkrieges änderte sich die Lage der aus-



Sowjetische Gefangene in einem Sammellager, 1941

ländischen Arbeiter noch einmal. Ausländer und Kriegsgefangene wurden unter allen nur denkbaren Terrormaßnahmen nach Deutschland verschleppt und mußten dort im Interesse der deutschen Faschisten für ihre jeweiligen Eroberungspläne arbeiten. „Durch die Einberufung zur Wehrmacht ergab sich eine empfindliche Lücke, die durch Einschränkung in nicht kriegswichtigen Arbeiten und durch Mobilisierung zusätzlicher Arbeitskräfte geschlossen werden mußte ... 1941 waren im Reich 2,1 Mio. Ausländer als Arbeiter oder Angestellte tätig“ (Wirtschaft und Statistik, 1942). Sie kamen aus Belgien, Italien, Jugoslawien, den Niederlanden und der CSSR. Dazu kamen 1941 1,5 Mio. Kriegsgefangene, die für die Faschisten arbeiten mußten. Eine andere Gruppe waren die Zwangsarbeiter in den besetzten Gebieten. Nach weniger als drei Wochen Krieg waren bereits 30 Dienststellen des Landesamtes Schlesien auf polnischem Gebiet eingerichtet: „Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitskräfte des gesamten besetzten Gebietes in einem ausgesprochenen Wirtschaftskrieg sowohl zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Grundlagen des besetzten Gebietes als auch zur Stärkung der heimischen Volkswirtschaft zu erfassen und im Gesamtinteresse zweckmäßig einzusetzen sind.“ (Reichsarbeitsblatt, Nr. 29, 1939) Bezüglich der Löhne sah das so aus, daß die Faschisten sogar noch die Hungerlöhne der polnischen Arbeiter, die im Schnitt halb so hoch wie die der deutschen waren, unterteilten, um auch die polnischen Arbeiter untereinander zu spalten.

Der „Fremdarbeiter“ mußte weniger verdienen, damit in seiner Lebensführung der Unterschied zum „deutschen Herrenmenschen“ zum Ausdruck kam. Die niedrigsten Löhne waren gerade so hoch, daß der Hungertod unvermeidlich war. Um zwei Millionen sowjetische Zivilarbeiter im Reich arbeiten zu lassen, haben die Faschisten fünf Millionen aus der Sowjetunion deportiert, drei Millionen sind erschlagen worden oder verhungert. Insgesamt gab es 1944 im Deutschen Reich sieben Millionen ausländische Beschäftigte (Zivilarbeiter und Kriegsgefangene), 14 Millionen waren bis dahin ins Reich verschleppt worden. Das heißt: sieben Millionen waren verhungert, erschlagen, zu Tode geschunden.

Quellenhinweis: Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 6, Akademie-Verlag, Berlin (DDR), 1964; Becker u.a., Fremdarbeiterbeschäftigung im deutschen Kapitalismus, in: Argument 9—10/1971, S. 741 ff.

Er entschied sich für Ford. So kam er nach Köln. 5,25 DM brutto zahlten ihm damals die Ford-Kapitalisten in der ersten Zeit. Sogleich bei der Ankunft eröffneten sie ihm, er könne in den ersten sechs Monaten jederzeit kündigen und woanders hingehen, wenn es ihm nicht gefalle. Später erfuhr er den Grund für diese „Gefälligkeit“. Sämtliche Zulagen wurden nämlich erst nach sechs Monaten gezahlt, wer vorher kündigte, bekam also keinerlei Zulagen – und wurde prompt durch einen neuen Arbeiter aus der



Warnstreik in Stuttgart, 24.3., gegen die Lohnsenkungspläne der Metallkapitalisten. Alle ausländischen Arbeiter beteiligen sich. Die Ausländergesetze sollen das ändern.

Türkei ersetzt. Bis 1973 funktionierte das so bei Ford. A. blieb.

Heute ist er insgesamt sechs Mal innerhalb des Ford-Werkes versetzt worden, hat in der Endmontage gearbeitet, im Motorenbau, als Fahrer usw. Er arbeitet Schicht, wie fast alle Arbeiter bei Ford. Seit nun fünfzehn Jahren. Im Monat verdient er so knapp 2000 DM netto. Davon muß er sich selbst ernähren, seine Frau und seine drei Kinder, die inzwischen alle in Köln wohnen.

Fast zwei Drittel aller Arbeiter bei Ford Köln sind heute, knapp zehn Jahre nach dem „Anwerbestopp“, ausländische Arbeiter. In Zahlen: etwa 13 500 von 22 000 Arbeitern. Hinzukommen noch etwa 7 000 Angestellte. Mehr als die Hälfte der ausländischen Arbeiter sind Türken. 4 000 sind Italiener, 1 500 sind Griechen, und vielleicht 600 bis 1 000 Jugoslawen.

Dieser hohe Anteil von ausländischen Arbeitern ist keineswegs außergewöhnlich für die Automobilkapitalisten. Bei Opel, bei BMW, in vermutlich allen westdeutschen Automobilwerken liegt der Anteil ausländischer Arbeiter heute deutlich über 50%. Die Automobilkapitalisten haben die Rechtlosigkeit dieser ausländischen Arbeiterheere seit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre zu einer beispiellosen Intensivierung der Arbeit genutzt. Vor zehn Jahren, so A., schafften die damals 40 000 Arbeiter bei Ford in

Köln täglich 1 200 Fahrzeuge. Heute stellen sie mit knapp der halben Belegschaft täglich 1 300 Fahrzeuge her. Fast alle schweren, stumpfsinnigen, gefährlichen und schlecht bezahlten Arbeiten werden von ausländischen Arbeitern gemacht. In der Endmontage, an sämtlichen Fließbändern, in der Lackiererei, bei den Bohr- und Fräsarbeiten, an den Pressen: ausländische Arbeiter. In der Polsterei, in der Kantine: ausländische Frauen.

Trotz dieser unerträglichen Arbeits-hetze: der Krankenstand bei Ford in Köln, sonst zwischen 11 und 12 Prozent ist jetzt auf 3,8% gefallen.

Und trotz dieser täglichen brutalen Anspannung ihrer Arbeitskraft: noch heute lebt der größte Teil dieser ausländischen Arbeiter in Wohnungen, in denen irgendeine Erholung von der Arbeit unmöglich ist. A. etwa wohnt mit seiner Frau und seinen drei Kindern in zwei Zimmern. Pro Zimmer zahlen sie 150 DM Miete. Für die ganze Wohnung, die sie sich mit acht weiteren Personen teilen, zahlen sie knapp 1 000 DM Miete. Bad und Toilette teilen sie sich zudem mit den Familien, die im Dachgeschoß wohnen. Kein Wunder bei solchen Wohnverhältnissen, daß die Gesundheitsämter steigende Tuberkuloseerkrankungen unter Ausländern melden.

Diese elenden Löhne, diese elenden Wohnverhältnisse erklären auch, warum immer noch etwa ein Drittel bis 40% der türkischen Arbeiter ihre Frau nicht haben nachholen können, warum immer noch – so schätzt A. – etwa 60% der türkischen Arbeiter eines, wenn nicht alle ihre Kinder noch in der Türkei leben haben. Zumal sie seit zwei Jahren sowieso keine Aussicht mehr haben, einen Antrag auf Familiennachzug vom Ausländeramt bewilligt zu bekommen. Seit zwei Jahren nämlich, so berichten A. und die türkischen Jugendlichen, verlangt das Ausländeramt bei jedem Antrag auf Ehefrauen- oder Kindernachzug die Vorlage des genauen Mietvertrages für die Wohnung und rechnet dann genauestens nach, ob die Kinder auch je 12 qm Wohnfläche haben, ob ein Kinderspielzimmer da ist usw. Und selbst, wenn man das nachweisen könnte: wie soll man dann als nächstes bei 2 000 DM netto im Monat nachweisen, daß man seine Familie auch kleiden und ernähren kann? Wer seine Frau aber nicht „angemessen“ unterbringen kann, nicht angemessen ernähren und kleiden kann, der, so das Ausländeramt, muß sie dann eben in der Türkei lassen.

Hätte A. seine Anträge nicht früher gestellt: noch heute wären seine Frau und seine Kinder in der Türkei. In der Broschüre „Das Ausländerproblem“, im März dieses Jahres von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitge-

Zimmermann lügt – die Grauen Wölfe gibt es doch

Der Terror unter den Ausländern komme nicht von rechts, sondern von links. Die rechtsextremistischen Grauen Wölfe seien in der BRD nicht existent – so Spranger, Staatsminister im Innenministerium. Sie existieren so wenig, daß sie sich eine Veranstaltungsreihe in der BRD gewaltsam von der Polizei schützen lassen mußten und daß der Gewerkschaftsbetrieb Coop seinen Mietvertrag in Dortmund an die Grauen Wölfe von 1980 bis 1983 auflöste, um ihnen jetzt im Juni gleich dasselbe Ladenlokal zu verkaufen.

Jahrelanger Protest gegen die Grauen Wölfe interessierte die Stadtverwaltung überhaupt nicht – die gibt es nicht, hieß es dort immer –; auf einmal SPD-Bundestagsabgeordneter Urbaniak: „Keine Verluste und deshalb Geschäfte auch mit Faschisten – diese Formel lasse ich nicht durchgehen.“ Mal sehen, die Gewerkschaft gerät jedenfalls nach „Neuer Heimat“ und „Heidedorf“ wieder mal arg unter Druck. Es gibt schon viele Resolutionen und Forderungen, wo der Vorsitzende der Cop-Kette Dr. Vehling aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden soll; aber nach Angaben des Innenministeriums muß das nicht sein, denn die Grauen Wölfe gibt es ja nicht.

Jedoch, im neuesten Verfassungsschutzbericht wird die Verbindung zwischen der MHP (Partei der nationalen Bewegung), den Grauen Wölfen und der Türk-Föderation direkt hergestellt. Nach dem Militärputsch in der Türkei wurde die MHP auf dem Papier verboten und gab sich halt einen anderen Namen. Auch lassen sich die Verbindungen der Grauen Wölfe zur NPD, Aktionsfront Nationaler Sozialisten, Wehrsportgruppe Hoffmann, Kampfbund Deutscher Soldaten und anderen westdeutschen faschistischen Organisationen nicht leugnen.

In den Jahren nach dem Militärputsch in der Türkei haben sich die Grauen Wölfe zunächst einmal etwas zurückgehalten und gewinnen jetzt wieder etwas Oberwasser – nicht zuletzt deswegen, weil die CDU/CSU ihnen mehr Flankenschutz bietet als jemals zuvor. Nach dem neuen Verfassungsschutzbericht sollen sich die Zahlen der Mitglieder von 1981 bis 1982 um 5000 auf 18000 verringert

haben – ob die Zahlen wohl gezinkt sind?

In den letzten Wochen führten die Grauen Wölfe eine Veranstaltungsreihe in der BRD durch mit dem Thema „Die Heimat gehört uns“, auf der sie für den ehemaligen Vorsitzenden Serdan Celebi Geld sammelten, der wegen Verdachts der Beteiligung am Papst-Attentat nach Italien ausgeliefert wurde. Ihren Anhang bekommen sie mit Mafia-Methoden.

Hierzu einige Beispiele: Es sind in Dortmund z.B. die Grauen Wölfe und die MSP (Nationale Heilspartei), die zwei Moscheen betreiben. Wer also von den türkischen Moslems beten will, muß in Dortmund zu den Faschisten gehen. Oder wenn z.B. ein Jugendlicher sich mit finanziellen Schwierigkeiten an die Grauen Wölfe wendet, bekommt er Geld, unter



Aufkleber der Volksfront in Dortmund

Auflagen selbstverständlich. Wenn ein Türke sich belästigt fühlt, kann er sich mit einem Hunderter an die Grauen Wölfe wenden, und eine Schlägertruppe, die nur zum Prügeln und Morden von den Grauen Wölfen ausgehalten wird (in Dortmund sind es ca. 15), steht ihm zur Verfügung. Außerdem kann man auch nicht den Mitgliederschwind von 5000 glauben, denn wer einmal dabei ist, ist auf Lebenszeit dabei; wenn nicht, wird er erschossen. Bestätigt durch die neue Regierung, fühlen sich die Grauen Wölfe wieder stark – mehrere Mordandrohungen gegenüber türkischen Genossen per Telefon sind nach dem Hauskauf in Dortmund schon ausgesprochen worden.

berverbände vorgelegt, liest sich diese gewaltsam von den Kapitalisten erzwungene Familienlosigkeit von hunderttausenden ausländischen Lohnarbeitern als hunderttausendfache Einwanderungsdrohung: „Das Nachzugspotential aus den ehemaligen Anwerbeländern, das nach heutigen Regelungen unter dem Gesichtspunkt des Familiennachzugs uneingeschränkt einreisen könnte, beträgt bis zu 900000 (600000 Kinder und 300000 Ehegatten).“

Inzwischen müssen immer mehr türkische Frauen selber einen Ausbeuter suchen. Die schweren Lohnsenkungen, die die Kapitalisten in den letzten Jahren durchgesetzt haben, und die Haushaltsbeschlüsse der letzten drei Jahre haben sie auf den westdeutschen Arbeitsmarkt getrieben. Knapp 30% der türkischen Frauen, schätzt A., arbeiten heute für Kapitalisten. Die meisten davon als Putzfrauen für private Reinigungskapitalisten. Ihr Stundenlohn: vier, fünf, sechs, manchmal sogar sieben Mark. Also etwa soviel, wie A. vor fünfzehn Jahren bekam, als er bei Ford anging.

Das sind die Arbeiter, denen die Bundesregierung jetzt, nachdem sie von den westdeutschen Kapitalisten zehn, fünfzehn Jahre lang geschunden wurden und ihre Gesundheit ruiniert bekamen, „Rückkehrhilfen“ zuteil kommen lassen will. Wie mag wohl der Gesundheitszustand der Abgeschobenen sein? In den westdeutschen Invalidenstatistiken werden diese Arbeiter nicht auftauchen. Der Schriftsteller Jürgen Roth berichtet von einem Fall, wo 230 in die Türkei zurückgekehrte Arbeiter untersucht wurden. 140 von ihnen gaben auf Fragen an, sie seien nach ihrer Rückkehr schwer krank gewesen. 80, das ist mehr als ein Drittel, waren invalid, arbeitsunfähig für den Rest ihres Lebens.

Die gewaltsame Abschiebung dieser alten Ausländer und ihre Ersetzung in den westdeutschen Fabriken durch eine neue Generation jugendlicher Ausländer: das war gemeint, als der CDU-Fraktionsvorsitzende Dregger schon Anfang 1982 vor dem Bundestag von der Wiedereinführung einer „vernünftigen und humanen Rotation“ sprach. Bei Ford in Köln äußert sich diese „vernünftige und humane Rotation“ jetzt darin, daß die Kapitalisten systematisch in sämtlichen Abteilungen herumschnüffeln lassen, wo noch ältere Lohnarbeiter sind, die nicht mehr mitgehalten können. Mehrfach ist es in den letzten Monaten deshalb zu Protestaktionen ganzer Abteilungen gekommen, weil ältere Arbeiter unerträglich drangsaliert und zu schnellerer Arbeit angetrieben wurden.

Kein Zweifel: die Kapitalisten sind wild entschlossen, eine neuerliche drastische Intensivierung der Arbeit

durchzusetzen. Hierzu sollen die „Rückkehrhilfen“ der Bundesregierung für ausländische Lohnarbeiter beitragen. Man soll sich da nicht täuschen lassen durch die auf den ersten Blick gering anmutende Zahl von 85000 Abschiebungen durch diese Maßnahmen. Schon im vergangenen Jahr stieg die Zahl der „Fortzüge“ von ausländischen Lohnarbeitern und Familienangehörigen aus der BRD, ob nun freiwillig oder gewaltsam, auf 433268 gegenüber 366008 noch 1979 und übertraf erstmals seit sechs Jahren wieder die Gesamtzahl der „Zuzüge“ von Ausländern in die BRD. Die durch die „Rückkehrhilfen“ eingeleiteten 85000 Ausreisen sollen da *hinzukommen*. Zudem werden die „Rückkehrhilfen“ schon jetzt ergänzt durch unmißverständliche Drohungen von Regierungsseite, man werde auch ansonsten die polizeiliche Verfolgung und Quälerei der ausländischen Lohnarbeiter noch bedeutend zu verschärfen wis-

sen. Bis Ende des Jahres will Innenminister Zimmermann seinen Gesetzentwurf zur Novellierung des Ausländergesetzes vorlegen. Schon jetzt denkt sein Kollege Blüm öffentlich über den Sinn und Zweck einer Verpflichtung für alle ausländischen Arbeiter nach, wie zu Zeiten der Faschisten ständig ein „Arbeitsbuch“ mit sich herumzutragen. Blüm weiß, wovon er spricht: Laut § 19 des Arbeitsförderungsgesetzes kann der Arbeitsminister schon heute per Rechtsverordnung die Arbeitserlaubnis für jeden ausländischen Lohnarbeiter „auf bestimmte Betriebe, Berufsgruppen, Wirtschaftszweige und Bezirke“ beschränken. Zimmermann hat angekündigt, dies durch die Ermächtigung an die Bundesländer ergänzen zu wollen, jederzeit Zuzugssperren für bestimmte Regionen gegen ausländische Lohnarbeiter verhängen zu können. Zuzugssperren für die einen Gebiete sind bekanntlich Fortzugssperren für die anderen Gebiete. So schafft

man „Ballungen“ von ausländischen Lohnarbeitern genau dahin, wo die Kapitalisten sie brauchen! Die von Zimmermann im Vorjahr eingesetzte „Expertenkommission“ zur Überprüfung der Ausländergesetze, über deren im März veröffentlichten Bericht wir schon in dieser Zeitschrift berichtet haben, hat diese Vorschläge ergänzt durch die Idee, die ausländischen Lohnarbeiter nach dem Vorbild des südafrikanischen Kolonialregimes zu verpflichten, jederzeit ihren Paß bei sich zu tragen. Wenn die Gewerkschaften diese systematische Versklavung der ausländischen Lohnarbeiter hinnehmen: welche Rechtsstellung der westdeutschen Lohnarbeiter gegenüber den Kapitalisten glauben sie im Ernst dann noch verteidigen zu können?

Quellenhinweis: Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Das Ausländerproblem, Köln, März 1983; Bundesminister des Innern, Bericht der Kommission Ausländerpolitik, 2. März 1983; J. Roth, „Es ist halt so...“, Reinbek, April 1982; Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Presseerklärung vom 22.6.1983 betr. „Rückkehrhilfen“, Bonn; Politische Berichte 5/83 und 12/83

Christlich-abendländisches Beiwerk zur Unterdrückung der mohammedanischen Arbeiter

Systematisch entwickeln vor allem die christlichen Parlamentsparteien seit geraumer Zeit Theorien, die ihnen zur Begründung der polizeilichen Unterdrückung der ausländischen Arbeiter in der BRD dienen sollen und die sich vor allem mit der „Andersartigkeit“ und der „kulturellen Unverträglichkeit“ mohammedanischer und anderer nicht in abendländischer Tradition stehender Arbeiter mit der westdeutschen Gesellschaft befassen. So entfaltete auf dem Ausländerkongreß der CDU im Oktober 1982 der Religionswissenschaftler Bouman die Behauptung, der Islam sei im Grunde unvereinbar mit dem Grundgesetz der BRD:

„Angesichts (d. islamischen, d. Verf.) Gott und seiner Offenbarung kann es (im Islam, d. Verf.) keinen Pluralismus geben. Innerhalb der Religion, der islamischen Gemeinde und des islamischen Gesetzes kann es keine davon abweichenden Meinungen geben. Genau das ermöglicht die westliche Demokratie. Mit ihrem Grundrecht für eine der Regierung widersprechende Opposition gibt sie Raum für allerhand pluralistische Meinungen. Diese Gefahr kann die islamische Gemeinde und ihr Gesetz nicht tolerieren...“ Eine Feststellung, die der jetzige Familienminister Geißler sogleich aufgriff, um den passenden fdGo-Zwangsrahmen zu errichten: „Das Grundgesetz garantiert Glaubens- und Religionsfreiheit. Sie findet aber dort ihre Grenzen, wo unter Bezug auf einen religiösen oder

politischen Glauben gegen tragende Prinzipien der rechtsstaatlichen Demokratie verstoßen wird. Jeder, der hier leben will, muß wissen: Nicht der Koran, sondern das Grundgesetz ist und bleibt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.“

Die Drohung ist deutlich. Sie bietet nicht nur Anlaß für die Verfolgung aus den unterschiedlichsten Gründen, sondern kann und soll dazu dienen, der ausländischen Arbeiterbevölkerung ein für allemal einzubleuen: Entweder sie unterwirft sich in allen ihren Lebensäußerungen der christlich-abendländisch-freiheitlich-demokratischen Grundordnung, oder sie muß mit allen jenen Polizeimaßnahmen rechnen, die dem westdeutschen Imperialismus zur Verteidigung seiner Grundordnung zur Verfügung stehen.

Wie verhält sich nun die katholische Kirche, die selbst beansprucht, einer der Haupthüter christlich-abendländischer Traditionen zu sein, gegenüber diesen abendländischen Drohungen an die Adresse der islamischen Arbeiter? Im Juni 1982 wandte sich der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz Höffner mit einer Erklärung an die Bundesregierung, in der er gegen die Familienfeindlichkeit der Nachzugsbeschränkungen für Ausländer auftrat und unter anderem ausführte:

„Etwa zwei Millionen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland kennen sich zum katholischen Glauben. Die innerkirchliche Gemeinschaft und Solidarität ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Kirche



Koranunterricht in Westberlin – Kardinal Höffner wäre die Kommunionvorbereitung lieber.

ihren missionarischen Verkündigungsauftrag in der Gesellschaft wahrnehmen kann... Dabei umfaßt die Diakonie alle Fremden und Bedrängten ohne Ausnahme und Unterschiede von Herkunft und Religion, auch die türkische Bevölkerung...“ Die katholische Kirche wendet sich also keineswegs gegen die polizeiliche Unterdrückung der ausländischen Arbeiter, sondern nimmt ihre Unterdrückung zum Anlaß, die ausländischen Arbeiter katholischer Religion zu beruhigen und sich den mohammedanischen Arbeitern missionarischer zu nähern. Die Bekehrung der Türken zum rechten Glauben, wenn auch vielleicht mit Unterstützung durch westdeutsche Polizeistiefel: ist das vielleicht kein hohes christliches Ziel?

Quellenhinweis: Herder-Korrespondenz, Nr. 7/1982; L'Osservatore Romano, Wochenausgabe in deutscher Sprache v. 16.8. und 19.9. 1980 und 7.7.1982

GTB bereitet Warnstreiks vor

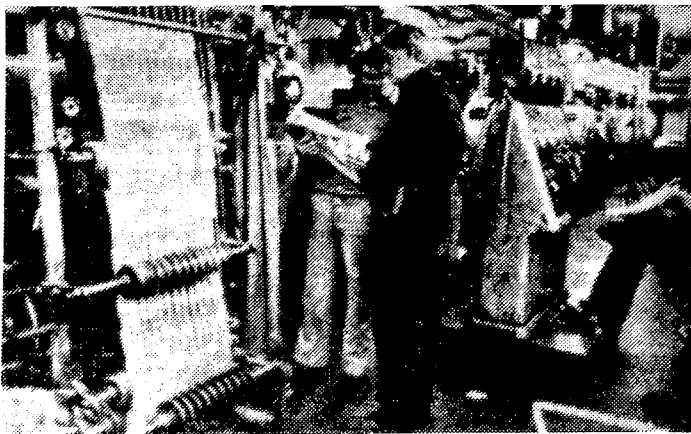
Bielefeld. Am 14.6. hat die Gewerkschaft Textil/Bekleidung (GTB) die Tarifverhandlungen für die 200 000 Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie für gescheitert erklärt bei einem Angebot der Kapitalisten von 3% für 11 Monate bei 12 Monaten Laufzeit. Gefordert war die Sicherung des Reallohns. Zunächst forderte die GTB ultimativ zu regionalen Verhandlungen spätestens ab 24.6. auf; die Kapitalisten reagierten bloß mit der Ankündigung, ab 1. Juni die 3% auszuzahlen. Die GTB bereitet Warnstreiks vor. Am 30.6. wird sie für Westfalen in Spenge eine Demonstration durchführen.

Ablehnung des NA-TO-Doppelbeschlusses

Stuttgart. Die Vertreterversammlung der IG Metall Stuttgart, größte Ortsverwaltung in der BRD, hat am 2.5.83 folgenden Antrag für den 14. Gewerkschaftstag verabschiedet: „Der Vorstand der IGM wird aufgefordert, sich energisch dafür einzusetzen: – daß die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen in der BRD verhindert wird, – daß

Stuttgart. Mit Flugblattaktionen an mehreren Tagen im Bereich der großen Kaufhäuser unterstrich die HBV ihre Forderung nach einem verbesserten Angebot für die Einzelhandelsbeschäftigten durch die Kapitalisten (s. PB 12, S. 18). Den Aktionen folgte am Samstag, 25.6., ein Warnstreik (6.45 bis 10.00 Uhr) fast aller Beschäftigten der Kaufhof-Filiale Stuttgart-Bad Cannstatt mit einem Demonstrationszug der Streikenden zum Marktplatz. Damit wurde das Vorgehen der HBV, wie Scheiternlassen der Tarifrunde, ausdrücklich unterstützt.

keine Neutronenbombe in der BRD stationiert wird, – daß ein endgültiges Verbot und die Vernichtung aller atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen auf dieser Erde erreicht wird. In Veranstaltungen auf Betriebs-, Orts-, und Bezirksebene soll über die wachsende Kriegsgefahr durch die zügellose Hochrüstungspolitik informiert werden und insbesondere deren Zusammenhang mit dem steigenden Sozialabbau und der Vernichtung von Arbeitsplätzen verdeutlicht werden“.



Seit dem 1. Juni streiken 24 Mitglieder der britischen Druckergewerkschaft NGA bei der britischen Wirtschaftszeitung „Financial Times“. Da andere Arbeiter sich weigern, Streikbrecherarbeiten zu leisten, und die FT-Kapitalisten nach den Erfahrungen der „Times“ 1979 den Streikbruch in Frankfurt nicht versuchen wollen, hat der Verlag schon mehr als 30 Mio. DM an Anzeigen- und Verkaufseinnahmen verloren. Die in der NGA organisierten Facharbeiter streiken gegen Versuche der Kapitalisten, das Lohngefüge in der Fleet Street aus den Angeln zu heben. Den Zeitungsherren sind die hohen Löhne der Drucker seit langem ein Dorn im Auge. Bei der FT stimmten sie einer Lohnerhöhung für die Mitglieder der Gewerkschaft SOGAT zu, in der vor allem angelernte Arbeiter sind, so daß diese gleich viel oder mehr als die NGA-Mitglieder verdienen. Bislang hatten sie 87% von deren Löhnen. Im Gegenzug stimmte die SOGAT einer Verringerung der Belegschaftszahlen zu. Die NGA verlangt jetzt ebenfalls Lohnerhöhungen für ihre 24 Mitglieder von 304,22 Pfund in der Woche auf 322 Pfund in der Woche, also von 4980 DM brutto im Monat auf 5270 DM.



Demonstration gegen NPD-Parteitag

Schweinfurt. Am 9. Juli will die NPD in Schweinfurt ihren Landesparteitag in der Stadthalle durchführen. Die Stadtverwaltung mit Oberbürgermeister Petzold (SPD) mußte ihre ursprüngliche Unterschrift unter den Mietvertrag wieder aufkündigen, nachdem es starke Proteste auch aus der SPD gegeben hat. Es seien „Gewalttätigkeiten“ zu befürchten. Die Stadt ließ daraufhin in der Presse verbreiten, daß dieser Parteitag damit nicht in der Stadthalle stattfinden wird. Die NPD hat inzwischen Klage beim Verwaltungsgericht Würzburg eingereicht. Nach bisheriger Rechtsprechung ist damit zu rechnen, daß die NPD die Stadthalle zugesprochen bekommt. Deshalb hat der DGB für den 9. Juli eine Gegendemonstration angemeldet. Die Mobilisierung dafür hat aber bis jetzt hauptsächlich eine Bürgerinitiative geleistet.

Mannesmann-Lehrlinge für volle Übernahme

Düsseldorf. Rund 150 Lehrlinge der Mannesmann-Röhrenwerke Lierenfeld und Rath demonstrierten kürzlich vor die Konzern-Zentrale in Düsseldorf und forderten die volle Übernahme nach der Ausbildung. Der Mannesmann-Vorstand will die Lehrlinge, die in diesem Sommer ihre Ausbildung abschließen, nur mit 20-Stunden-Verträgen weiterbeschäftigen. Dies würde bedeuten, daß die Lehrlinge nach ihrer Ausbildung als Facharbeiter mit rund 920 DM brutto im Monat abgespeist würden. Zu-

dem sollen die 20-Stunden-Verträge nur für ein Jahr befristet abgeschlossen werden. D.h. danach voraussichtlich anstehendes Arbeitslosengeld würde bestenfalls 620 DM betragen. Selbst die von Betriebsrat, Jugendvertretung und IG Metall in Verhandlungen mit dem Mannesmann-Vorstand vorgebrachte Forderung, die Lehrlinge zumindest sechs Monate voll zu übernehmen, um so den dann zustehenden Anspruch auf nach dem vollen Facharbeiterlohn berechnetes Arbeitslosengeld zu sichern, wurde vom Vorstand rundweg abgelehnt. Zu Recht verweist die IG Metall auf den Zusammenhang dieses Vorstoßes mit den Angriffen der Metallkapitalisten auf den Lehrlingslohn und den Angriffen auf den Jugendarbeitsschutz.

Roma und Sinti fordern Akteneinsicht

Der Hamburger Senat verweigert der „Rom und Sinti Union“ Einsicht in die im Staatsarchiv gelagerten „Landfahrerakten“. Mit Hilfe dieser Akten ermordeten die Nazis über 500 000 „Zigeuner“. Die Verfolgung der Roma und Sinti ging auch nach 1945 weiter. Tausende wurden – weil sie nach den Akten als „Kriminelle“ galten – um ihre Wiedergutmachungsansprüche betrogen. 1953 wurde eine Zentralkartei zur lückenlosen Erfassung der „Zigeuner“ angelegt. Offiziell mußten die „Landfahrerakten“ auf Beschluß des Europarats 1970 zwar abgeschafft werden, wurden aber unter der Hand weitergeführt. In Hamburg sind sie erst 1980 von einer Abteilung der Kripo ins Staatsarchiv gewandert.

Oberbürgermeisterwahlen Mannheim

CDU und SPD: Gemeinsam gegen die Lohnabhängigen, getrennte Kandidatur

Mannheim. Durch den plötzlichen Tod des bisherigen Oberbürgermeisters Varnholt (SPD) sind für den 3. Juli Neuwahlen notwendig geworden. Nur in Baden-Württemberg und Bayern werden die Oberbürgermeister direkt gewählt. Dies stellt die bürgerlichen Kommunalpolitiker in Mannheim vor unvorhergesehene Probleme. Gerade haben sie in trauriger Gemeinsamkeit den Haushalt 83/84 über die Bühne gebracht mit Streichungen von 40 Mio. DM, davon 24 Mio. DM allein bei Personalkosten. Gemeinsam haben SPD und CDU den von 35000 Bürgern geforderten Bürgerentscheid abgewürgt. Mit diesem Projekt wird im Interesse der Industrie der Mannheimer Osten erschlossen und das bisherige Marktgelände für ein Technik-Zentrum verplant. Gemeinsam lehnen CDU und SPD die Erhöhung der Gewerbesteuer für die Industrie ab – aber verbilligte Grundstücke, ein großzügiges Straßennetz, eine Schnellbahntrasse nach Stuttgart, Fernwärmeleitungen, kostenloses Grundwasser für die Kapitalisten bewilligen sie.

Hierzu kommt, daß durch den Tod des OB einige Tatsachen ans Licht kamen, die sonst nicht so schnell bekannt geworden wären. Bei der Öffnung seines Diensttresors fand sich ein Gutachten des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt über die Abwassergebühren, in dem drei Tage vor den Etatberatungen festgestellt wurde, daß 1981 ein Überschuß von vier und 1982 von zwölf Mio. DM besteht. Trotzdem hatte der OB eine Erhöhung von erst 8,3%, dann 6% für 1983 gefordert. Nun darf aber nach dem Gesetz bei den Gebühren der Stadt kein Gewinn erzielt werden. Obwohl mindestens zwei weitere Bürgermeister von der Sache gewußt haben und die CDU „Wind davon bekommen“ hatte, war Varnholt sich sicher, auch diese Erhöhung durchzubekommen. Die CDU wollte sich Möglichkeiten offenhalten und verlangte den üblichen Untersuchungsausschuß im Gemeinderat. Die Staatsanwaltschaft bestätigte inzwischen den beiden Bürgermeistern, es handle sich bei ihrem Schweigen nicht um Betrug.

Der Gemeinderat war gerade dabei, seine Beschlüsse gegen die arbeitende Bevölkerung in die Tat umzusetzen. Nun müssen sich CDU und SPD vor dem Wähler voneinander abgrenzen. Das geht nur auf einer wenig politischen Ebene. Da ist der eine der richtigen und echtere Mannheimer, dem an-

deren sollen „Radsausen“, Kaffeekränzchen und kostenlose Schiffsfahrten die Stimmen bringen.

In den letzten beiden Jahren haben gewerkschaftliche Gremien, die Stadträte der Grünen und DKP, Komitees und Initiativen, Veröffentlichungen des BWK, gemeinsame Veranstaltungen und Demonstrationen die letzten fünf dicht aufeinander gefolgt städtischen Gebührenerhöhungen angegriffen und Senkung der Haushaltstarife gefordert. Das scheint nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. So hatte sich der DGB noch vor den Haushaltsberatungen für den Erhalt der städtischen Arbeitsplätze, gegen Großbauprojekte und überzogene Gebührenerhöhungen ausgesprochen.

Auf einer öffentlichen Veranstaltung des DGB wurden Widder (SPD) und Hartung (CDU) jetzt u.a. zu den Sondertarifverträgen für die Industrie auf Kosten der Haushalte von den Kandidaten der DKP und des grün-liberalen Bündnisses sowie aus dem Zuhörerkreis unter Beschuß genommen. Bei den umstrittenen Abwassergebühren z.B. kommt von der Industrie $\frac{2}{3}$ der Abwassermenge in die städtische Kläranlage, die Industrie zahlt aber nur $\frac{1}{3}$ der Kosten. Jegliches Risiko der Einleitung übernimmt die Stadt, sie rechnet 1984 allein an Strafgeldern für überhöhte Verschmutzung nach der Klärung mit 2,5 Mio. DM.

Widder und Hartung bestehen auf Sondertarifen, Wirtschaftsförderung aus Steuergeldern und Ablehnung der Gewerbesteuererhöhung. Sie machen unverbindliche Zusagen gegen Giftgaslagerung, sind für Beibehaltung der



März 1983: Demonstration von zwölf Initiativen und Organisationen gegen städtische Gebührenplünderung und Leistungskürzungen.

Lehrstellen im Öffentlichen Dienst und Wiederbesetzung der offenen Stellen dort, „sofern möglich“. Sicher ist schon jetzt, daß zusätzliche Gewerbesteuererfälle von ca. 20 Mio. DM anstehen, daß bei den Gebühren 19 Mio. weniger als veranschlagt eingenommen werden und die 24 Mio. Personalkostenkürzungen nicht durchsetzbar sind. Ein neues „Haushaltsloch“ von 50 Mio. DM tut sich bereits auf. Doch von einem Nachtragshaushalt nach der Wahl und wie sie diesen strukturieren wollen schweigen Hartung und Widder tunlichst.

Den oppositionellen Kräften gelang es nicht, die begonnene Zusammenarbeit gegen die Haushaltspolitik des Stadtrates mit einer gemeinsamen Kandidatur fortzusetzen. Der größte Widerstand kam von den Grünen, die zusammen mit den Demokratischen Liberalen den parteilosen Kandidaten A. Kostarellos aufstellten, weil sie sich grundsätzlich von Kommunisten abzugrenzen wünschen, trotz gemeinsamer kommunalpolitischer Forderungen. Für die DKP kandidiert Walter Ebert, seit 1978 im Gemeinderat. Erzielt keiner der OB-Kandidaten die absolute Mehrheit, muß ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden, bei dem die einfache Mehrheit für die Wahl genügt.

Diakonie

Kaum noch Vertretungsrechte

Bielefeld. Bekanntlich verweigern die Kirchen mit der Verfassung und höchstgerichtlichen Urteilen im Rücken den bei ihren Einrichtungen Beschäftigten grundlegende gewerkschaftliche Rechte, vor allem das Tarifrecht. Für die Vertretungsrechte sind nicht die Personalvertretungsgesetze maßgebend, sondern spezielle kirchliche Ordnungen. Ab 1. April hat jetzt das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) die schon bescheidenen Vertretungsrechte durch Änderung der Mitarbeitervertretungsordnung weiter beschnitten. Dies nach Vorarbeiten ihrer Arbeitsrechtlichen Kommission und Beschlüssen der Diakonischen Konferenz und des Diakonischen Rates. Geradezu stolz mutet der ausdrückliche Hinweis in der neuen Ordnung auf das Recht der Kirchen an, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln.

Wichtigste Änderung ist die Beseitigung der Mitbestimmung ausgerechnet bei ordentlichen Kündigungen. Die Mitarbeitervertretung muß lediglich angehört werden. Verbunden damit gilt in Personalangelegenheiten wie Einstellungen, Eingruppierungen, Kündigungen u.a. die Schweigepflicht

jetzt auch gegenüber dem Betroffenen. Damit ist hier eine wesentliche Grundlage der Arbeitsmöglichkeiten der Vertretungen zerstört, nämlich die Beratung mit den Betroffenen. Gewünschtes Ergebnis dürfte eine zunehmende Isolierung der Vertretungen von den Beschäftigten sowie eine stärkere Anbindung an den Dienstherrn sein. So wieso haben die Vertretungen mit darauf zu achten, daß „... jede Betätigung in der Einrichtung unterbleibt, die der Aufgabe der Einrichtung oder der Dienstgemeinschaft abträglich ist.“ Bessere Arbeitsbedingungen und entsprechende Bezahlung sind heute schnell darunter gefaßt. Dazu paßt, daß jetzt nur noch Mitglieder anerkannter christlicher Kirchen überhaupt gewählt werden können. Offenbar wollen die Kirchenoberen gänzlich freie Hand haben, um sich jetzt scha-

renweise dienstbare Opferlämmer zu Niedrigstlöhnen heranzuziehen.

Da wohl schärfere Auseinandersetzungen zwischen Beschäftigten und Dienstherrn und damit verbunden Rücktritte von ganzen Mitarbeitervertretungen zwecks Durchführung von Neuwahlen befürchtet werden, sind in Zukunft Neuwahlen nur bei einstimmigem Rücktritt fällig. Die Amtszeit ist von drei auf vier Jahre verlängert.

Durch diese Änderungen scheinen die Kirchenherren zu hoffen, eine schärfere Gangart gegen die Interessen der Beschäftigten durchsetzen zu können, ohne gleich von ihrem nach wie vor bestehenden Recht Gebrauch machen zu müssen, die Mitarbeitervertretung jederzeit wegen „groben Mißbrauchs ihrer Befugnisse“ oder Verletzung ihrer Pflichten auflösen zu können.

det in der GFW ein Kuratorium, in dem auch Hans L. Merkle sitzt. Ein Teil des Geldes aus der GFW ist nicht direkt an CDU oder FDP gegangen, sondern über eine andere Tarnorganisation: den „Verband der Wirtschaft Baden-Württembergs zur Bildung neuen Eigentums“. Dieser hat von 1973 bis 1979 2,5 Millionen DM an die CDU überwiesen. Stellvertretender Vorsitzender dieses Verbandes ist ein Esslinger Kapitalist namens Mahler. Dieser Herr Mahler saß auch im Kuratorium der GFW, ist Bezirksvorsitzender der CDU und war unter Filbinger Mitglied der CDU-Landesregierung Baden-Württemberg.

Die Summierung der Spenden ergibt: Die Landes-CDU hat ca. 25% ihrer Spendeneinnahmen aus GFW-Mitteln bezogen. Die Steuerersparnis der spendablen Kapitalisten betrug ca. 5 Millionen DM. Diese Praktiken werden ziemlich weitgehend gedeckt vom baden-württembergischen Finanzministerium. Dieses läßt zu, daß Berufsverbände wie die GFW bis zu 25% ihrer Einnahmen an Parteien weitergeben dürfen. Dabei beruft sich der Finanzminister Palm auf ein Gutachten des Bundesfinanzhofs aus dem Jahr 1952. Dies läßt Steuervergünstigungen dann zu, wenn sie einen unerheblichen Teil der Einnahmen der Berufsverbände ausmachen. Nach den bekannten Zahlen muß die GFW dieses Limit offensichtlich überschritten haben. Und dies, obwohl die Finanzbeamten alle drei Jahre regelmäßige Prüfungen vornehmen. Abgesehen von allen anderen Vorteilen hat es Bosch-Chef Merkle verstanden, mittels seiner Spendierfreudigkeit direkte persönliche Kontakte und Abhängigkeiten zu Leuten in wichtigen politischen Entscheidungsgremien zu schaffen. Einige Beispiele: Klaus Rösch, FDP, kam 1980 in den Bundestag und dort in den Verteidigungsausschuß, nachdem ihm Bosch für den Fall seiner Nichtwahl einen Beratervertrag mit 10000 DM monatlich garantiert hatte.

Parteienfinanzierung

Bosch-Konzern in Baden-Württemberg – führender CDU-Spendenorganisator

Stuttgart. Die Erhöhung der Wahlkampfkostenpauschale für die im jeweiligen Parlament vertretenen Parteien von 3,50 DM pro Stimme auf 5.-DM aus der Staatskasse ist der eine Bestandteil der jetzt forcierten Reform der Parteienfinanzierung. Der andere ist, daß in Zukunft größere Summen an Spendengeldern steuerlich in Abzug gebracht werden können als bisher. In der Presse ist auch die Rede von einer „Amnestie für noch laufende Spendenaffären“. Die „Flick-Affäre“ ist eine davon.

Im baden-württembergischen Landtag ist im Moment, auf Initiative der Grünen und unterstützt von der SPD, ebenfalls ein Untersuchungsausschuß mit der Aufhellung bislang ungesetzlicher Spenden von Unternehmen an FDP und CDU befaßt. Der Ausschuß hat bisher nichts aufhellen können. Die geladenen Zeugen packen nicht aus. Die Ministerialbeamten berufen sich auf das Steuergeheimnis, die bisher geladenen Kapitalisten auf ihr Aussageverweigerungsrecht als Betroffene. In vorderster Front dieser Betroffenen steht der Chef des Hauses Bosch, Hans Lutz Merkle, Manager des Jahres 1983.

Bereits im Jahre 1982 hatten Bonner Staatsanwälte im Rahmen einer Fahndung nach Steuerhinterziehung in Stuttgart die Büros von Merkle und von Gerhard Prinz, Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz, untersucht. Der Grund für die Untersuchung war, festzustellen, welche Geldzuwendungen die „Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württembergs“ (GFW) von den jeweiligen Unterneh-

men erhalten hatte. Diese GFW ist 1952 auf Initiative von Hans L. Merkle in Stuttgart gegründet worden. Die Ziele wurden 1953 so formuliert: „Die Verteidigung der unternehmerischen Position, die nur durch einen Zusammenschluß auf politischer Ebene erfolgen“ könne. Denn ausschließlich auf diese Weise könne „die Industrie den gegenwirkenden Kräften eines unerbittlichen Gegners erfolgreich begegnen“.

In diesem Sinn zahlen Unternehmen, die Mitglied in der GFW sind, einen „Mitgliedsbeitrag“. Dieser geht natürlich vom zu versteuernden Gewinn ab. Die GFW leitet die „Beiträge“ weiter. An die CDU wurden zwischen 1969 und 1981 7,4 Millionen DM überwiesen, an die FDP von 1978 bis 1981 immerhin 1,2 Millionen DM.

Wohin die Gelder fließen, entschei-



Der Gemanagte (Späth)



Der Manager

Wolfgang Weng, FDP, kam 1983 in den Bundestag und dort in den Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen als stellvertretender Vorsitzender, nachdem der Bosch-Konzern seinen Wahlkampf direkt mitfinanziert hatte. Persönlichen Kontakt zur baden-württembergischen Landesregierung hält Merkle über Annemarie Griesinger, Sozialministerin, deren Ehemann Heinz bei Bosch Führungskräfte schult.

Die Kommunalpolitik in Stuttgart, wo Bosch seinen Sitz hat, wird etwas direkter kontrolliert. Vorsitzender der CDU-Gemeinderatsfraktion ist J.F. Lutz, Direktor bei Bosch, und wegen seines Sparwillens in bezug auf kommunale Sozialausgaben so berüchtigt, daß er auch von Leuten seiner Fraktion als „Zuchtmeister“ bezeichnet wird.

Bosch-Chef Merkle muß es jedenfalls ziemlich unangenehm werden bei dem Gedanken, was vielleicht noch alles herauskommen kann, wenn die Grünen auf ihrer Strafanzeige wegen Steuerhinterziehung bestehen und ihre Absicht wahr machen, eine Verfassungsbeschwerde gegen die Praxis der Parteienfinanzierung einzureichen.

Betriebsverfassungsgesetz CSA will Änderung der Wahlordnung

München. Weil Mitglieder christlicher Gewerkschaftsfraktionen in Betriebsratsgremien zu wenig Posten hätten, liegt für den MdB Peter Keller (CSU) die „Betriebsdemokratie schief“. In Hinblick auf die Betriebsratswahlen im Frühjahr 1984 fordert er in seiner Funktion als „Vorsitzender der Kommission der Christlich-Sozialen Arbeitnehmererschaft (CSA) zur Änderung des Wahlrechts im Betriebsverfassungsgesetz“ Minderheitenschutz für alle im Betriebsrat vertretenen Gewerkschaften bei der Besetzung von Wahlvorstand, Betriebsratsausschüssen und Freigestelltenposten.

Zur Begründung führt er die Praxis in verschiedenen Großbetrieben an: „Bei der Firma MAN in München erlangte der CMV (Christlicher Metallarbeiterverband) 27,3 Prozent der Stimmen, das waren neun christliche Betriebsräte von 33. Von zwölf freigestellten Betriebsräten hat der CMV keinen einzigen Sitz erhalten... Hier (Fa. Kugelfischer in Schweinfurt) stellt der Christliche Metallarbeiterverband acht von 33 Betriebsräten. Trotz der 27 Prozent der Mandate wurde kein Betriebsrat der CMV freigestellt, und bei der Besetzung der wichtigen Ausschüsse

wurden sie übergangen.“ (Bayernkurier, 18.6.1983)

Bei gut organisierter Betriebsratsstätigkeit dienen Ausschüsse der Vorbereitung und Durchführung von Betriebsratsbeschlüssen, freigestellte Betriebsräte haben ebenfalls auf Grundlage von Beschlüssen die laufende Tätigkeit zu erfüllen. Daher ist es nur sinnvoll, Mehrheitsbeschlüsse auch von Befürwortern der eingeschlagenen Politik ausführen zu lassen. Insofern bestehen bereits jetzt in vielen Betrieben Probleme aufgrund eines „Minderheitenschutzes“, wie er hinsichtlich der Gruppen Arbeiter/Angestellte im bestehenden Betriebsverfassungsgesetz festgeschrieben ist. Danach ist bei den Freistellungen die Minderheitengruppe zu berücksichtigen (§ 38 Betriebsverfassungsgesetz), ebenso bei der Besetzung von Ausschüssen (§§ 27, 28 Betr.VG).

Der Vorstoß der CSA, der in dieser Legislaturperiode in Gesetzesform gegossen werden soll, wird durch einen CSU-Parteitagbeschluss aus dem Jahre 1981 gestützt. Er ist im Zusammenhang mit den Überlegungen der CSU zu sehen, den DGB direkt organisatorisch zu spalten.

Im berüchtigten Stoiber-Papier von 1979 wird dabei als Haupthindernis angesehen, daß eine Spalterorganisation nur dann mit großem Zulauf rechnen kann, wenn sie auf Ebene des Betriebs und der Branche handlungsfähig ist, also z.B. Tarifverträge schließen kann. In gleicher Weise überlegt Keller: „Man wählt als Arbeitnehmer nur ungern einen Vertreter, der später aufgrund des geltenden Rechts weniger oder kaum Einfluß hat.“ Gesetzlich garantierte Spaltertätigkeit in der Betriebsratsarbeit erscheint als Basis für den Ausbau gelber Gewerkschaften verlockend.

Kontra Analytik Höhergruppierung erstritten

Bad Salzdetfurth/Hildesheim. Ende der sechziger Jahre wurden bei fuba (Elektroindustrie) die Arbeitsplätze im Prüfungsbereich nach der analytischen Methode bewertet. Diese Ergebnisse galten bis dato. Im Herbst letzten Jahres einigten sich Betriebsrat (BR) und Geschäftsleitung, die Neubewertung dieser Plätze bis Mitte 1983 abgeschlossen zu haben. Anfang April konnten die Auseinandersetzungen um die analytische Arbeitsplatzbewertung für BR und Belegschaft erfolgreich beendet werden.

Wesentlicher Streitpunkt in der Frage der Arbeitsplatzbewertung war die ablehnende Haltung des BR gegenüber



Im Kapitalismus wird technischer Fortschritt für die Schaffer der gesellschaftlichen Reichtümer zur Qual.

der analytischen Methode, die Arbeitsanforderungen getrennt faßt. Der BR bestand darauf, die Lohngruppenbestimmung der Arbeitsplätze nach der summarischen Methode vorzunehmen, die sich deutlicher an der für die Arbeitsausführung erforderlichen Ausbildung orientiert. Es ging vor allem um Richtbeispiele für die Lohngruppen sieben, acht und neun in den Endprüfungen, um Facharbeitertätigkeiten. Der BR bestand auf Höherbewertung der erforderlichen Berufspraxis (Erfahrung) für Facharbeiten an zum Teil selbstzuprogrammierenden Prüf- und Reparaturplätzen. Außerdem müßten Reparaturarbeiten an komplizierten Geräten und komplexen Anlagen stärker berücksichtigt werden, ebenso häufig auftretende Umrüst- und Anlernarbeiten.

Im Lohnrahmentarifvertrag der niedersächsischen Metallindustrie wird die Ecklohngruppe sieben mit Facharbeiterausbildung, Spezialkenntnissen oder -fähigkeiten beschrieben. Es bedarf also keiner abgeschlossenen Fachausbildung. Das machte der BR zur Grundlage seiner Verhandlungsposition. Von den über 40 zu beurteilenden Arbeitsplätzen einigten sich BR und Geschäftsleitung nach mehrmaligen Verhandlungen auf drei Richtbeispiele für die Lohngruppen sieben, acht und neun.

Ergebnis: Von 22 Arbeitsplätzen, bisher in Lohngruppe sieben eingestuft, wurden zwölf als Lohngruppe acht bewertet. Vier von 14 LG-acht-Plätzen sind nach LG neun zu entlohnen. Ab Juni 1983 erhalten 14 Facharbeiter LG acht (vorher LG sieben) und vier LG neun (vorher LG acht). Leistungszulagen dürfen nicht angerechnet oder gekürzt werden. Im Herbst finden Neubewertungen der Fertigungsarbeitsplätze statt. fuba will abgruppieren.

Kabelpilotprojekt Ludwigshafen

Krach mit dem Elektrohandwerk und Verstopfung beim „Offenen Kanal“

Ludwigshafen. In einem halben Jahr soll am 1.1.1984 die „Anstalt für Kabelkommunikation“ (AKK), Trägerin des Kabelpilotprojektes Ludwigshafen, ihren Sendebetrieb aufnehmen. Bundespostminister Schwarz-Schilling und die rheinland-pfälzische Landesregierung treiben das Projekt energisch voran, um den Kapitalisten einen möglichst großen, gemischt großstädtisch ländlichen Erprobungsrahmen für die neuen Medien zu beschaffen. Das „Landesgesetz über einen Versuch mit Breitband-Kabel“ vom 4.12.1980 legt fest: „In den Versuch sollen mindestens 30 000 Haushalte einbezogen werden“ (§ 2,2). Mittlerweile hat die Landesregierung beschlossen, 150 000 Kabelanschlußmöglichkeiten im Raum Ludwigshafen-Maikammer-Bad Dürkheim-Frankenthal einrichten zu lassen.

Das Interesse der Kapitalisten an dem Breitbandversuch hat in dem Gesetz seinen ausdrücklichen Niederschlag gefunden: § 3,2: „Daneben (neben den Haushaltsanschlüssen, Red.) sollen Betriebe und Einrichtungen, bei denen die Nutzung neuer Kommunika-

tionstechniken für Zwecke der Rationalisierung oder wegen ihrer besonderen Aufgabe zu erwarten ist ... einbezogen werden.“ Ein Heimarbeitskräftemarkt kann eben erst entstehen, wenn möglichst viele Haushalte am Kabel hängen.

Die fünffach höher als ursprünglich angestrebte Zahl von Hausanschlüssen weist allerdings auch auf ein Problem der Betreiber des Projekts hin: „Man (geht) in der Landeshauptstadt offenbar davon aus“, schreibt der Mannheimer Morgen, „daß nur so die für den Versuch und seine wissenschaftliche Begleitung erforderliche Zahl von Anschlüssen zustande kommt“. (2.1.83) Man macht sich also „in der Landeshauptstadt“ keinerlei Illusionen über die „Akzeptanz“ des Projekts, d.h. über die Bereitschaft der Bevölkerung, sich durch den zudem teuren Anschluß an das Kabelnetz zu beteiligen. Das Versprechen der „Programmvielfalt“ löst offensichtlich keine massenhaften Hoffnungen aus, obwohl die offizielle Propaganda auch den Ludwigshafener Kabelversuch als großartiges Unter-

nehmen für „mehr Unterhaltung und Information“ erscheinen läßt.

Ein wesentliches Argument der Bundes- und Landesregierung zur Steigerung der Akzeptanz „vor Ort“ ist das Versprechen, durch die Verkabelung Arbeitsplätze zu schaffen. Gleich nach seinem Amtsantritt im Oktober 1982 ließ Postminister Schwarz-Schilling verlauten: „Der erhoffte Investitionsstoß von jährlich einer Milliarde DM (für die Verlegung von Kupfer-Koaxialkabel bundesweit; Red.) werde besonders den mittelständisch strukturierten Kabelunternehmen, dem Bauhandwerk und dem Elektrohandwerk zugute kommen“ (FAZ 23.10.82). Das vorderpfälzische Elektrohandwerk hatte sich zu diesem Zeitpunkt freilich schon veranlaßt gesehen, sich zu einer „Kabelbau- und Kabelbetriebsgesellschaft Vorderpfalz“ zusammenzuschließen, um „die Interessen des ortsansässigen Handwerks“ gegen Benachteiligung bei bundesweiter Ausschreibung der Verkabelungsaufträge besser vertreten zu können, und um gleichzeitig gegen die Netzträgerschaft der Bundespost ein „politisches Moment“ zu errichten. Große Hoffnungen setzten die Handwerker auf die Ablösung Matthöfers durch Schwarz-Schilling, der zuvor medienpolitischer Sprecher des Zentralverbandes des deutschen Handwerks (und der CDU) war.

Änderung des Rundfunkgesetzes: CSU will den BR als Parteisender

München. Obwohl nach Verfassung und Rundfunkgesetz bis ins Einzelne auf die freiheitlich demokratische Grundordnung festgelegt und zu diesem Zweck bespickt mit einer Menge Direktoren von der Sorte der treuesten Staatsdiener, – dennoch muß sich der Bayerische Rundfunk (BR) regelmäßig Schimpf aus der Staatskanzlei gefallen lassen. Was sich im BR abspiele, das ist nach Staatssekretär Stoiber ein „Dauerskandal“, „linke Meinungsmache“ und „politische Diffamierung“ seines Vorsitzenden Strauß. Diesen, der ja schon immer auch geistiger Führer der Nation ist und daher auch das richtige Urteil über „Kultur“ und „entartete Kultur“ oder „Afterkultur“ hat, deswegen des „Nazijargons“ zu bezichtigen – das sei eine „ungeheuerliche Entgleisung“ eines Rundfunkkommentators. Oder da gilt es der CSU als „Infamie“, wenn vor den Hörern die harmlose Frage gestellt wird: „Wo bleiben die Proteste derer, die heute von Mord an der DDR-Grenze sprechen, gegen die staatlichen argentinischen Terrorkomman-

dos?“ Was ist das für eine Anstalt, in der ungerügt in einer Sendung „eine absurde Parallele zwischen den Todesfällen in Drewitz und in Gauting hergestellt wird“, fragt Stoiber. Und völlig unerträglich wird es für den Wachmann, wenn „das Lob auf die DDR den Tenor des gesamten Beitrags bestimmte“, dessen „Einseitigkeit“ in der Feststellung zu den DDR-Grenzkontrollen gipfelte: „Eigentlich ging es besser als an vielen anderen Grenzen.“

Anlässe also genug für die CSU, zur besseren „Einhaltung der Programmverantwortung“ das Rundfunkgesetz zu ändern. Der Rundfunkrat, zusammengesetzt aus Vertretern der Staatsregierung, des Senats, des Landtags und „gesellschaftlich relevanter Gruppen“, soll das Recht starker Programmkontrolle erhalten, indem er seine Beschlüsse zu beanstandeten Sendungen über die hauseigenen Nachrichtensendungen hinaus „in entsprechender Form weitergeben soll“. Paßt also z.B. ein Kommentar zur DDR nicht, dann setzt man „in entsprechender Form“ eine weitere Hetzsendung als „Richtigstellung“ durch den Rundfunkrat ins

Programm. Ferner soll durch Gesetzesänderung umfassende Kontrolle der Personal- und Sachausgaben des BR mit Hilfe des Obersten Bayerischen Rechnungshofes durchgesetzt werden.

War die CSU 1972 durch einen eingeleiteten „Volksentscheid für Rundfunkfreiheit“ noch teilweise gescheitert, mehr direkten Parteieinfluß auf den Sender nehmen zu können, so will sie das jetzt nachholen.



Mittlerweile ist auch mit ihm der Krach perfekt. Schwarz-Schilling wird als „Mittelstandskiller“ gescholten, das Elektrohandwerk beklagt, keine Aufträge bekommen zu haben und in „unwürdiger Weise“ unter der Vormundschaft des „staatlichen Monopolisten“ stehen zu müssen. Derweil drängt AKK-Geschäftsführer Claus Detjen (ehemals Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Zeitungsverleger), ihm lägen Verkabelungsangebote von drei leistungsstarken Unternehmen vor, darunter Nixdorf und die Warner-Beteiligung Kabel-Signal. Der Postminister hat nun entschieden, dem Handwerk die Arbeiten innerhalb der Häuser zu überlassen.

Gänzlich in den Sternen scheint das Schicksal des „Offenen Kanals“ zu stehen – ein vordergründiges Zuckerbrot für oppositionelle Kräfte. Bei näherer Betrachtung des Gesetzes über das Kabelpilotprojekt Ludwigshafen, das die AKK verpflichtet, „mindestens einen offenen Kanal zur Verfügung zu halten“ (§ 20), wird klar, daß gegen oppositionelle oder gar „systemkritische“ Kabelnutzung Barrikaden errichtet sind. Die Erteilung der Einzelgenehmigung für eine Sendung über den offenen Kanal hat der Vorstand der AKK zu erteilen. Er besteht aus drei Mitgliedern: Dieter Fertsch-Röver (Kapitalist, FDP), Ulrich Lohmar (MdB SPD) und Peter Boenisch (mittlerweile Regierungssprecher) als Vorsitzender. § 20 setzt voraus, daß der Einzelbeitrag „insbesondere“ den Charakter eines herkömmlichen Leserbriefes hat: „programmliche Anregungen und Wünsche sowie Kritik an Programmen der Veranstalter“. Er muß „die gesetzlichen Vorschriften, die Satzungsbestimmungen und die Richtlinien nach Maßgabe dieses Gesetzes beachten“ (§ 14,3.3). Hierzu gehört § 17: „Die Programme ... dürfen sich nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung, insbesondere nicht gegen die Grundsätze des demokratischen und sozialen Rechtsstaates und gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten“.

Wie sieht es mit den materiellen Voraussetzungen für die Benutzung des Offenen Kanals aus? Eine Schlüsselstellung sollte die Volkshochschule Ludwigshafen übernehmen. Sie beschaffte Aufnahme- und Schneidegeräte im Wert von 75000 DM und stellte Räumlichkeiten für eigene und für Amateurproduktionen zur Verfügung. Aber „die gediegene Einrichtung der VHS garantiert offenbar dennoch nicht den Einstieg ins Programm des sogenannten Offenen Kanals“ (Mannheimer Morgen, 1.3.83). Den Kulturdezernenten schrecken „Horrorzahlen“ über die Produktionskosten (Kommerzielle veranschlagen für ihr

Programm 1000 DM je Sendeminute). „Wir sind davon abhängig, was die Sendeanstalt im Offenen Kanal macht“, resümiert der Dezernent. Der Unterschied zwischen dem Projekt des Ministerpräsidenten Vogel und den Plänen seines Partei- und Amtskollegen Späth, der ausdrücklich gegen einen Offenen Kanal votierte, scheint in der Praxis Null zu sein.

Westberlin Ein Stück der DDR gleich mitgeplant

Westberlin. Der neue FDP-Senator für Stadtentwicklung Vetter hat einen Bericht für „räumliche Ordnung im zentralen Bereich“ vorgelegt. Als „zentral“ wird die Gegend am äußersten Rand der Stadt um das Reichstagsgebäude bis hinunter zum Potsdamer Platz dabei bezeichnet! Daß der „zentrale Bereich“ tatsächlich so gemeint ist, wie es sich gehört, in der Mitte gelegen, zeigt auch ein Blick auf die zum Bericht dazugehörige Planungsskizze. Auf ihr wird ein großer Teil der Hauptstadt der DDR gleich zur Planung mitverinnahmt. Das wieder zum festen Regierungsprogramm erhobene Ziel „Großdeutschland“ findet hier seinen handfesten Niederschlag auf der Ebene der ausführenden Verwaltungsakte.

Die Debatte über den Bericht im parlamentarischen Ausschuß für Stadtentwicklung illustrierte die Absichten der Planer noch deutlicher. So wurde der Spreebogen nördlich vom Platz der Republik gleich „Vorposten“ getauft. Brandenburger Tor und Potsdamer Platz fanden sich auf einmal in „Scharniere für die Wiedervereinigung“ umbenannt vor. Im Bericht selbst heißt es, daß der Bereich zwischen Kemperplatz und DDR-Grenze am Potsdamer Platz ein „Torraum“ sei, der „Erinnerungen wachhält, Menschen warten und hoffen läßt“.

Zur 750-Jahr-Feier im Jahr 1987 soll wohl der Anspruch der westdeutschen Imperialisten auf die ganze Stadt, und sowieso eigentlich auf die ganze DDR und Teile Polens und der Sowjetunion noch dazu, besonders publikumswirksam herausgeputzt werden. In dem Senatsbericht ist zu diesem Zweck in puncto Stadtentwicklung vorgesehen, die einstige Aufmarschachse zwischen Großem Stern und Brandenburger Tor zu begrünen und damit ein „Pendant zur Straße Unter den Linden“ in Berlin, Hauptstadt der DDR, zu schaffen. Im Zusammenhang damit versucht der Senat auch auf anderen Gebieten eine 750-Jahrfeier zu organisieren, die die „Teilung der Stadt überwindet“, indem er der Regierung der DDR „Gemeinsamkeit“ diktieren will.



Von Protest gegen diese chauvinistische Anmaßung Veters und seines Planungsstabes gegenüber der DDR hat man in dem parlamentarischen Ausschuß nichts gehört: von der SPD nicht und von der Alternativen Liste (AL) auch nicht. Von der SPD war es auch kaum zu erwarten, die aggressiven „Wiedervereinigungs“-Pläne werden von ihr seit der maßgeblich von ihr mitbetriebenen Spaltung Deutschlands mitgetragen. Aber auch die AL sprach von „Schritten in die richtige Richtung“. „Blockübergreifendes“ Sendungsbewußtsein landet hier direkt Schulter an Schulter mit der CDU beim Marsch „in die richtige Richtung“: Aggression und Krieg gegen die Staaten des RGW.

Faschisten-Treffen Stahlhelm-Tagung wurde abgebrochen

Celle. Ein wiedervereinigtes Deutschland von Kufstein bis Salurn und von der Etsch bis an den Belt – dafür wollte der „Stahlhelm – Kampfbund für Europa“ auf seiner diesjährigen Bundestagung am 18./19. Juni in Celle werben. Nach massiven Protesten, insbesondere einer sich über Stunden erstreckenden Belagerung der Versammlungsräume durch etwa 300 Antifaschisten, fand die Tagung ein verfrühtes Ende. Die 250 Stahlhelmer verließen die Stadt, ohne ihren geplanten Marsch zur Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal durchzuführen.

Obwohl der Stahlhelm offen „rechtsextremistisches, insbesondere rassistisches und antisemitisches Gedankengut“ vertritt und „enge Kontakte zu NPD und zu neonazistischen Gruppen“ bestehen, hatte die konser-

vative Ratsmehrheit keinen Grund gesehen, dem Revanchistenverband die Nutzung der städtischen Räume zu versagen. In intensiv geführten öffentlichen Diskussionen um die Bewertung des Stahlhelm hatten sich u.a. DGB, SPD, Grüne, Alternative Grüne Liste, BWK, DKP sowie Friedens- und antifaschistische Gruppen gegen die Tagung ausgesprochen. Erst unter dem Eindruck einer von 700 Teilnehmern besuchten DGB-Protestveranstaltung am 17. Juni hielt CDU-Oberbürgermeister Hörstmann es für geboten, auf die beabsichtigte offizielle Begrüßung der Stahlhelm-Mitglieder zu verzichten.

Nachdem am Samstagmittag eine Demonstration in der Innenstadt, zu der die Celler Friedensinitiative aufgerufen hatte, mit etwa 600 Teilnehmern ohne Zwischenfälle zu Ende gegangen war, zog über die Hälfte der Demonstranten weiter zum Ort des Geschehens, um die Eingänge des Tagungsorts zu blockieren. (SPD, Jusos und DKP-Spektrum waren gegen diese Aktionen).

Schon früh wurde durch ein riesiges Polizeiaufgebot (etwa 700 Beamte) mit Schlagstock und Wasserwerfereinsatz die Straße geräumt. Ohne ersichtlichen Grund knüppelten die Ordnungshüter die Herumstehenden in die Flucht. Zwei Antifaschisten kamen mit Kopfverletzungen ins Krankenhaus, sechs wurden kurzzeitig festgenommen. Die Demonstranten, die sich trotz des massiven Polizeiaufgebots immer wieder vor dem Versammlungsort sammelten, empfingen die im Laufe des Nachmittags eintreffenden Stahlhelmer mit lautstarken Parolen; ein Bus mit belgischen Faschisten konnte sich nur mühsam vor einem Steinhagel in Sicherheit bringen. Dieser praktische Widerstand vor Ort ließ die Stahlhelmer schließlich resignierend ihre Fahnen einrollen. Die SPD fordert inzwischen den Rücktritt von OB Hörstmann.

Eckernförder Bucht Off-shore Erschließung aus Landesmitteln

Schleswig. Ende 1984 soll 3,5 km vor dem Kurzentrum Damp 2000 das erste Off-shore Gebiet der BRD Öl liefern. Die Gesamtinvestitionen für die Erschließung werden von dem Wintershall-Exaco-Konsortium mit 370 Mio. DM angegeben. Die Landesregierung hat das Konsortium mit knapp 400 Mio. DM geködert – in Form von Verzicht auf 30% Förderzinsabgaben.

Warum die Landesregierung auf die Erschließung so erpicht ist:

1.) Die neuartige Entwicklung der Ölplattform. Sie wird von Land aus

ohne Personal betrieben. Die Sockel haben Warnsender gegen Sabotage und Beschuß. Die Plattform hat gepanzerte Decks, da sie am Rand des U-Boot-Übungs- und Schießgebiets steht; sie ist arktisfest und somit die erste in dieser Form gebaute Plattform.

2.) Die Texaco AG in Heide hat im Dezember 1982 eine neue Raffinerie in Betrieb genommen, womit nun auch westdeutsches Öl in Westdeutschland verarbeitet werden kann (gleichzeitig wird die Condea-Chemie Brunsbüttel daraus mit Äthylen und Wasserstoff versorgt). Das Öl wird von der Landstation bei Waabs, die mit nur 25 Mann betrieben wird, direkt per Pipeline nach Heide gepumpt.

3.) Das Ölfeld steht nicht unter Druck und kann so auch als Lagerstätte benutzt werden. Gleichzeitig wäre es natürlich auch möglich, die Plattform mit Betriebsstoffen für die Kriegsflotte in der Ostsee direkt aus Heide zu versorgen.

4.) 2,5 Mio. Tonnen Öl werden vermutet, das wäre für ca. 15 Jahre 10% der westdeutschen Förderung. 15% des Ölverbrauchs von Schleswig-Holstein würde dann aus „landeseigenen“ Feldern gefördert.

5.) Die HDW, die in Landeshand ist, hat somit eine völlig neuartige Plattform bauen lassen und ist konkurrenzlos auf dem Markt. Extraprofite winken. In den „Leitlinien für die Energiepolitik in Schleswig-Holstein“ ist von der Landesregierung vermerkt: „Im Hinblick auf einen möglichen Technologietransfer ... sind ... auch solche Energietechnologien zu berücksichtigen, die in unserem Lande nicht oder nur in geringem Umfang eingesetzt werden können.“

Mit Inbetriebnahme wären dann fast alle technischen Probleme für das 2. Off-shore Gebiet der BRD in der Nordsee vor der Dithmarscher Bucht gelöst. Würde die Texaco die gleiche Menge Rohöl auf dem Weltmarkt kaufen, müßte sie 1,3 Mrd. DM bezahlen. So fördert sie selbst und behält abzüglich der Investitionen, Lohnkosten und 10% Förderabgabe 800 Mio. DM nach.

Die Landesregierung begrüßte offiziell die Erschließung durch das Konsortium damit, daß „die Gesellschaften auf diese Weise ihre Gewinne wieder dort investieren, wo sie auch anfallen, nämlich im Inland“. Nach unserer Rechnung hat die Texaco AG allerdings nicht nur ihre Investitionskosten, sondern auch noch die neue Raffinerie für 118 Mio. DM durch den Verzicht der Landesregierung auf den Förderzins raus.

Quellenhinweis: Fragen und Antworten zur Energiepolitik in Schleswig-Holstein, CDU-Fraktion des Landtags; Leitlinien für die Energiepolitik in Schleswig-Holstein, Hrsg. Minister für Wirtschaft und Verkehr

Auslieferungen Deutsch-türkische Zusammenarbeit

Hamburg. Nach eigenen Angaben sucht die türkische Militärjunta ca. 7000 „Terroristen“ im Ausland. Die BRD ist das einzige europäische Land, das Verfolgte an die Türkei ausliefert, bis April 1983 in mindestens 23 Fällen. Westdeutsche Behörden zeigen sich insgesamt gegenüber der Junta sehr hilfsbereit bei der Verfolgung der Opposition im Ausland. Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst verfügen über Außenstellen im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf, wie die 19. Kammer des Verwaltungsgerichts Westberlin in einem Asylverfahren (23.2. und 28.2.1983) feststellte. Fotokopien der Aussagen der Asylbewerber gehen in den meisten Fällen an das Justiz- und „manchmal“ an das Innenministerium und von dort oft an „befreundete“ Organisationen, worunter auch türkische Geheimdienste fallen.

Die Versuche türkischer Behörden, den in Hamburg lebenden Türken Hüseyin İnci in ihre Finger zu kriegen, lassen Vermutungen über ein konkretes Zusammenwirken der „Dienste“ zu. İnci lebt seit 1979 in der BRD. In der Türkei war er Mitglied der inzwischen verbotenen Lehrgewerkschaft TÖB-DEK und Sympathisant der revolutionären Organisation Devrimci Yol. Im Mai 1982 verweigerte ihm das türkische Konsulat die Verlängerung seines Passes, um ihn zur Rückkehr in die Türkei zu zwingen, angeblich zur Ableistung seines Militärdienstes, obwohl er eine Freistellung bis Juli 1983 besitzt.

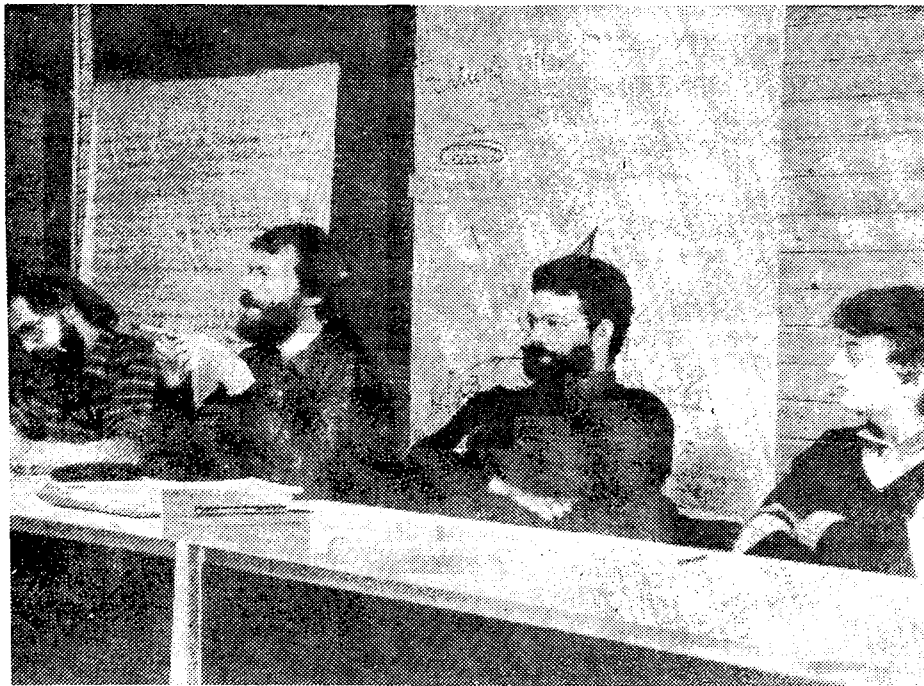
Aus Sorge vor politischer Verfolgung bei einer erzwungenen Rückkehr stellte er Ende 1982 einen Antrag auf politisches Asyl. Davon sind vermutlich türkische Stellen informiert worden, denn in einem Fernschreiben vom 16.5.1983 verlangte nun Interpol Ankara von der Staatsanwaltschaft die sofortige Auslieferung İncis. Es bestünde gegen ihn ein Haftbefehl vom 4.5. 1979 (!) wegen Beihilfe zu versuchtem Totschlag. Dem Abschluß des Asylverfahrens sollte zuvorgekommen werden.

Die Hamburger Staatsanwaltschaft nahm İnci daraufhin in vorbereitende Abschiebehaft. Zwar konnte die Auslieferung durch recht breite Proteste verhindert werden (er wurde gegen Kautionsaus der Haft entlassen und am 21. Juni schließlich als Asylant anerkannt), wie die deutsch-türkische Zusammenarbeit funktioniert, wurde dennoch deutlich.

Gesetzlicher Anspruch auf Bildungsurlaub – Die Kapitalisten waren schon immer dagegen

Folgendes Schreiben erhielt ein Arbeitnehmer in Niedersachsen, der an einem Bildungsurlaubsseminar teilnehmen wollte: „Sehr geehrter ... nach den zur Zeit gültigen Gesetzen kommen wir leider nicht dran vorbei, Ihnen den beantragten Bildungsurlaub zu gewähren. Wie Sie sicher aus den Medien wissen, überlegt der Gesetzgeber eine Änderung dieses Gesetzes in der Erkenntnis, daß nach Meinung vieler damit befaßter Stellen mit diesem ‚Bildungsurlaub‘ Schindluder getrieben wird.

wollte im Januar 1981 bei der VHS Hildesheim an einem Kursus zum Thema „Autogenes Training – Joga“ teilnehmen, der Unternehmer lehnte die Gewährung von Bildungsurlaub mit Verweis auf das Thema ab. Das Arbeitsgericht entschied, daß der Anspruch des Arbeiters berechtigt war, der Unternehmer ist nicht berechtigt, eine inhaltliche Bewertung vorzunehmen. Er kann lediglich aus „dringenden betrieblichen Erfordernissen“ Bildungsurlaub verweigern.



Bildungsurlaubsseminar der DGB Jugend in Niedersachsen

Wirtschaftsexperten vertreten ohnehin die Meinung, daß der sogenannte Erholungsurlaub im internationalen Vergleich zu lang ist und die sonstigen Belastungen für die Betriebe in Deutschland zu hoch sind, so daß unsere Konkurrenzfähigkeit schon lange gefährdet ist. Diese verspätete Erkenntnis sollten wir alle berücksichtigen und überlegen, ob jedes Gesetz zu Lasten des Betriebes ausgenutzt werden soll. Mit freundlichem Gruß ...“

Seit Bestehen des gesetzlichen Anspruchs auf Bildungsurlaub in Niedersachsen (1975) haben die Unternehmer immer wieder versucht, einzelnen Arbeitern und Angestellten die Wahrnehmung dieses Rechts streitig zu machen. Im August 1981 hatte sich das Arbeitsgericht Hildesheim mit einem solchen Fall zu beschäftigen. Ein Arbeiter

Dies geschieht besonders häufig in Kleinbetrieben – 70% aller Teilnehmer am Bildungsurlaub kamen 1981 aus Betrieben mit über 1000 Beschäftigten, 12% aus Betrieben bis 200 Beschäftigte – über häufige Schwierigkeiten bei der Freistellung berichten auch Auszubildende, die 1981 immerhin 12,9% der Teilnehmer ausmachten.

Die Durchsetzung eines Bildungsanspruchs versuchten die Gewerkschaften zunächst über Tarifverträge zu erreichen: Bis 1973 bestanden 198 tarifvertragliche Regelungen über Bildungsurlaub, die über zwei Millionen Arbeitnehmer betrafen. Die Notwendigkeit eines *gesetzlichen Anspruchs auf bezahlten Bildungsurlaub* begründete der Vertreter des DGB auf einer Tagung in Loccum 1967 mit den materiellen Lebensbedingungen der Arbeit-

terbevölkerung, die der Wahrnehmung von Bildungsinteressen entgegenstehen, besonders Schichtarbeit, Akkord und Überstunden, lange Fahrtwege zur Arbeit, enge Grenzen finanzieller Belastbarkeit. „Jeder Arbeitnehmer soll die Chance erhalten, für eine Zeitspanne von jährlich zwei Wochen den durch die Berufsausübung bedingten Beeinträchtigungen entgehen zu sein, um sich intensiv Bildungsveranstaltungen widmen zu können.“ Eine Beschränkung auf bestimmte Personenkreise bzw. eine Altersdifferenzierung lehnte der DGB ab.

Dieser Begründungszusammenhang wird aber in der öffentlichen Debatte – insbesondere hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung von Bildungsurlaub – nicht durchgehalten. In den „Grundsätzen des DGB zum Bildungsurlaub“ (1966) wird dieser mit den Theorien reformistischer Bildungskonzepte begründet: Einerseits um „höheren Qualifikationsanforderungen und größerer Mobilität“ gerecht zu werden, andererseits als Beitrag zu einem „Ausgleich in den unterschiedlichen Bildungschancen“ (Grös, S. 156 u. 158). In der Praxis konzentriert sich gewerkschaftliche Bildungsarbeit auf Seminare zur politischen Bildung; sie ist aber nicht als Massenbildung konzipiert, sondern als Ausbildung von Funktionsträgern. Eine politische Unterweisung wird erst dann für notwendig befunden, wenn jemand eine Funktion übernommen hat: im Betriebsrat, in den Sozialversicherungen, in der Schulpflegschaft etc. (Görs, S. 159). Dem entspricht auch die Erfahrung, daß gewerkschaftliche Bildungsveranstaltungen schon frühzeitig belegt sind und einfache Mitglieder oder unorganisierte Arbeiter sich kaum beteiligen können. Dies dürfte mit ein Grund dafür sein, daß das Bildungsurlaubsangebot bis heute nur geringfügig ausgeschöpft wird.

Zwar ist die Zahl der Teilnehmer an Seminaren von Arbeit und Leben von ca. 3000 (1975) auf über 12000 (1980) gestiegen, aber das Bildungsangebot aller Trägerorganisationen erreicht knapp 1% der Anspruchsberechtigten, das waren 1980 ca. 40000 Teilnehmer.

Im Unterschied zur Gewerkschaft argumentierten die Arbeitgeber von Anfang an von ihrem Klassenstandpunkt aus: Sie sind gegen einen gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub, der *alle* Arbeitnehmer erreicht, und gegen die Übernahme der Kosten. Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeit-

Die Lage der Beschäftigten in der Erwachsenenbildung

Mit dem Erwachsenenbildungsgesetz (EBG) 1970 bekam die Finanzierung von Weiterbildungsveranstaltungen eine gesetzliche Grundlage. Nach § 8 EBG werden die Kosten für hauptamtliche Pädagogische Mitarbeiter (PM) vollständig und für Verwaltungskräfte zu 40% vom Land getragen. Die Zahl der PMs richtet sich nach den Unterrichtsstunden (Ustd) einer Einrichtung und ist in der Stelenschlüsselverordnung von 1977 festgelegt. Nach § 10 EBG erhalten die Träger darüber hinaus eine allgemeine Finanzhilfe, die mindestens 20% der „angemessenen Aufwendungen“ – z.B. Dozentenhonore – beträgt. Laut Runderlaß von 1978 sind das 28 DM pro Ustd für Honorare, Reisekosten und Verwaltungsaufwendungen.

Diese gesetzlichen Bestimmungen bewirken zwei Strukturmerkmale für die Beschäftigten in Einrichtungen der Erwachsenenbildung:

1. Die *Pädagogischen Mitarbeiter* müssen ständig Mehrarbeit leisten. Beispiel: Ein Träger organisiert 10000 Ustd mit zwei hauptamtlichen Mitarbeitern. Wollen sie ihr Bildungsangebot erweitern, müssen diese ein Jahr lang Arbeit für 15000

Ustd leisten; erst dann wird eine Stelle bewilligt. Darüber hinaus besteht seit 1981 ein Stellenstopp, so daß mindestens 80 PM-Stellen nicht besetzt sind. Im Novellierungsentwurf soll die Zahl der PMs an die Einwohnerzahl des Einzugsbereichs gebunden werden. Das hätte für einige Einrichtungen Stellenstreichungen zur Folge. (Vgl. dazu Angaben der Tabelle).

2. Für die *Unterrichtenden* sind gar keine Beschäftigungsverhältnisse als Arbeitnehmer vorgesehen. Ihre Stunden werden auf Honorarbasis zwischen 25 bis 30 DM vergütet. Seit Jahren steigt der Anteil der Dozenten, die ihren Lebensunterhalt aus dieser Tätigkeit bestreiten müssen. Die GEW hat 1981 Entwürfe für Arbeitsverträge in der EB erstellt, die den Einrichtungen übersandt wurden. Diese wiederum berufen sich auf das EBG, welches Mittel für Sozialleistungen an Dozenten nicht vorsieht. Die Versuche, einen Arbeitnehmerstatus einzuklagen, die bei Arbeitsgerichten in Westberlin und Hessen teilweise erfolgreich waren, wurden durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 25.11. 1982 zunichte gemacht. Danach gelten VHS-Dozenten unabhängig vom Unterrichtsumfang als freie Mitarbeiter ohne Sozialversi-

Arbeitsergebnisse der VHS Niedersachsen 1981 / Beispiele

Stadt/ Kreis	Einwoh- ner 7/81	VHS-Per- sonal 1)	Std. Un- terricht
Braunsch.	260 655	14,0	46 061
Götting.	261 272	18,3	43 894
Goslar	171 015	10,5	27 420
Salzg.	113 295	11,5	21 185
Wolfsb.	125 557	22,2	55 655
Hannover	531 066	39,0	124 810
Celle	165 517	6,0	24 486
Osnabr.	157 269	15,0	32 418
Emden	51 085	16,5	18 522
Leer	142 115	14,5	25 383
Wil.haven	98 892	9,5	21 810

1) Päd. Mitarbeiter und Verwaltungsangestellte; Quelle: Stat. Material VII/81 Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsen e.V.

cherungspflicht. Da die Kommunen derzeit ebenfalls ihre freiwilligen Zuschüsse kürzen, ist an einigen Volkshochschulen bereits eine Honorarsenkung im Gespräch.

Die GEW fordert dagegen: Aufhebung des Stellenstopps, Ausbau der Stellen für Pädagogische Mitarbeiter und Verwaltungskräfte, Arbeitsverträge für Dozenten. Die CDU will hingegen eine „Stärkung des ehrenamtlichen Elements“ bei der Neufassung des EBG erreichen. (Hedrich-Papier, S. 3).

geber (BDA) legte diese Auffassung in einer Erklärung zum Bildungsurlaub 1966 dar: „Es muß nochmals betont werden: Bildungshilfe – und Bildungsurlaub ist eine solche – sollte vor allem demjenigen zuteil werden, der bildungswillig und bildungsfähig ist. Diesem Grundsatz kann in der betrieblichen Praxis nicht Rechnung getragen werden, wenn kollektive Rechtsregelungen die Freistellung von der Arbeit zu Bildungszwecken erzwingen.“ Daß die Arbeitgeber besondere Befürchtungen haben hinsichtlich der politischen Bildung im Rahmen von Bildungsurlaub, stellte der Vertreter der BDA, Linke, in Loccum fest: „Man muß doch davon ausgehen, daß Arbeitgeber für solche politischen Maßnahmen Arbeitnehmer freistellen, die zu Gruppen gehören, die in einem ganz anderen Sinne engagiert sind. Mit welcher Berechtigung soll man von den Arbeitgebern Freistellungen für Gruppen verlangen, die eine Anti-Haltung zu der jeweiligen unternehmerischen Position haben?“ (Loccumer Protokolle, S. 100)

Die CDU, die 1974 gegen das Bildungsurlaubsgesetz stimmte, will jetzt durch eine Gesetzesnovellierung der Position der Arbeitgeber entgegenkommen: Keine Teilnahme mehr für Auszubildende, Einzelanerkennung je-

der Veranstaltung mit Einspruchsrecht des DGB, aber auch der BDA! Auflagen für die Teilnehmer – sie dürfen nicht nur aus einem Betrieb oder von einem Verband kommen. Die Aushöhlung des Bildungsurlaubsanspruchs wird bereits seit 1981 durch Mittelkürzungen betrieben; bei Arbeit und Leben verteuerten sich die Seminare von 60 auf 90 DM Eigenbeitrag. Erstmalig seit 1975 ist die Teilnehmerzahl von 1980 auf 1981 rückläufig. Gegen die



Eine Delegation des DGB Hannover überreicht der Landesregierung 20000 Unterschriften gegen die Mittelkürzung in der Erwachsenenbildung.

beabsichtigte Einschränkung des Bildungsurlaubs führte der DGB-Kreis Hannover am 12.6. eine Veranstaltung mit 250 Teilnehmern durch. Aus den Beiträgen der IGM-Vertrauensleute, die zahlreich anwesend waren, wurde deutlich: Die Polemik gegen den „Segelschein“ im Bildungsurlaub ist bloßer Vorwand; die Maßnahmen der CDU richten sich gegen die gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

Der DGB tut sich schwer in der Mobilisierung dagegen. Er fordert zwar den Bildungsurlaub für alle, organisiert ihn aber faktisch nur für Funktionsträger. Diese Lage versucht die Reaktion zu nutzen, um die organisierte Arbeiterbewegung, die von den Einschränkungen besonders betroffen ist, von der Masse zu isolieren. Die Teilnahme an Bildungsurlaubsveranstaltungen der Gewerkschaft stärkt die Kritikfähigkeit und die Solidarität im Betrieb, und das soll unterbunden werden. Ein Mangel der DGB-Veranstaltung war, daß keine weitergehenden Aktionen der Gewerkschaften vorgeschlagen wurden. Die Unterschriftensammlung, die der DGB jetzt durchführt, wird allein gewiß nicht zum Erfolg führen.

Quellenhinweis: Statistische Materialien VII zur Erwachsenenbildung in Niedersachsen 1981, hrsg. vom Landesverband der VHS e.V.; Dieter Gors, Zur politischen Kontroverse um den Bildungsurlaub, WSI Studien zur Wirtschafts- und Sozialforschung Nr. 37, Köln 1978

BDA: Katalog der zu koordinierenden lohn- und tarifpolitischen Fragen; 1978

„... bejaht die Verbreitung und Vertiefung berufsbezogener und staatsbürgerlicher Bildung als eine ständige Aufgabe unserer Gesellschaft sowie des Einzelnen, der Wirtschaft und des Staates. Jegliche Bildungshilfen müssen jedoch in sachgerechter Weise davon ausgehen, daß Bildung ein individueller Prozeß ist, der Bildungswilligkeit und Bildungsfähigkeit im Einzelnen voraussetzt und dessen Begabung, Fleiß und Bereitschaft zu persönlichen materiellen Opfern bestimmt ist. Die generelle Einführung einer allgemeinen Freistellung zu Bildungszwecken wird den Bildungserfordernissen unserer Gesellschaft, insbesondere unserer Wirtschaft und ihrer Mitarbeiter, nicht gerecht. Durch tarifvertragliche Regelungen kann weder der Bildungsbereitschaft noch der Fähigkeit des Einzelnen Rechnung getragen werden; sie behindert auch weitgehend die individuelle Gestaltungsmöglichkeit einer gezielten Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer durch die Betriebe.

Die generelle Freistellung der Arbeitnehmer für Bildungszwecke würde darüber hinaus eine weitere spürbare Verkürzung der effektiven Arbeitszeit bedeuten. Bisherige Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerungen wurden vielfach bereits mit der Notwendigkeit begründet, dem Einzelnen mehr Freizeit für Bildung zu ermöglichen.

Deshalb sind derartige tarifvertragliche Regelungen abzulehnen.“

DGB: Bildungspolitisches Programm; 1982**„6. Weiterbildung
6.2. Forderungen**

6.2.2. Jeder Arbeitnehmer muß Anspruch auf jährlich mindestens zwei Wochen Bildungsurlaub haben. Dafür ist eine Freistellung von Arbeit bei Fortzahlung von Lohn und Gehalt notwendig.

6.2.6. Für Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen muß die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen grundsätzlich unentgeltlich sein. Deshalb ist das Weiterbildungssystem vorrangig durch öffentli-

che Mittel und in der beruflichen Bildung durch die Berufsbildungsabgabe und nicht durch Teilnehmergebühren zu finanzieren, die zu Lasten des Arbeitnehmers gehen.

6.2.7. An der konzeptionellen Gestaltung der öffentlichen und öffentlich geförderten Weiterbildungsangebote für Arbeitnehmer sind die Gewerkschaften zu beteiligen.

6.2.9. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit dient insbesondere der politischen Weiterbildung. Sie ist eine interessenbezogene Weiterbildung für Arbeitnehmer. Deshalb müssen die Gewerkschaften eigenständig und unabhängig die Ziele, Inhalte, Methoden und Organisation ihrer Bildungsarbeit festlegen sowie Teilnehmer und Mitarbeiter auswählen können. Eine staatliche Förderung darf nicht mit Auflagen verbunden werden, die in diese gewerkschaftliche Autonomie eingreifen.

GEW: Beschluß der Landesvertreterversammlung, Niedersachsen; Mai 1983

„Die von der CDU-Landtagsfraktion am 17.5.83 beratenen und jetzt bekanntgewordenen Entwürfe für neue Gesetze zur Förderung der Erwachsenenbildung und zur Freistellung von Arbeit für Maßnahmen der Weiterbildung (Bildungsurlaubsgesetz) stellen einen erheblichen Eingriff in die bewährte und bundesweit anerkannte Struktur der Erwachsenenbildung in Niedersachsen dar. Die Verwirklichung dieser Gesetzentwürfe würde erhebliche Folgen für den Bestand der Arbeitsplätze, für die Arbeitsbedingungen der haupt- und nebenberuflichen Mitarbeiter im Verwaltungs- und pädagogischen Bereich und für die Freistellungsmöglichkeiten bei 'Bildungsurlaubsveranstaltungen' haben.

Die VV (...) fordert deshalb: – das in langjähriger Arbeit aufgebaute Weiterbildungsangebot zu erhalten und Bedingungen zu schaffen, um dieses Angebot entsprechend den steigenden Weiterbildungsbedürfnissen ausbauen zu können,

– die Arbeitsplätze im Erwachsenenbildungsbereich zu sichern und auszubauen, – die politische Bildung weiter vorrangig zu fördern, – die Freistellungsmöglichkeiten für Bildungsurlaubsveranstaltungen in bisherigem Umfang zu erhalten.“

Positionen der verschiedenen Träger der Erwachsenenbildung in Niedersachsen**DAG-Bildungswerk**

für Pluralität der Träger; für Erhöhung des Stellenschlüssels; für die weitere Erfassung von Auszubildenden durch das Gesetz.

Evangelische Erwachsenenbildung (EEB)

für Pluralismus bei den Trägern; für Erhöhung des Stellenschlüssels.

„Es ist nicht zu leugnen, daß die EEB die besondere Förderung der ‚politischen Bildung‘ bisher für sinnvoll gehalten und daher unterstützt hat. Allerdings fordert die EEB für andere Inhalte bzw. Lernbereiche z.B. *familienbezogene Bildung* und *wert- und normenorientierte Bildung* eine vergleichbare Förderung wie die der politischen Bildung.“ (Hervorhebung im Orig.)

Landesarbeitsgemeinschaft für ländliche Erwachsenenbildung e.V. (LEB)

für Träger-Pluralismus; für Erhöhung des Stellenschlüssels.

„Die gleichen Gründe, die für die Höherförderung der politischen Bildung sprechen, gelten auch für Bildungsmaßnahmen aus den Bereichen Ethik und Familienbildung. Die LEB ist deshalb dafür, die bisherige Auszahlungsrate für politische Bildung von 85% auf 75% zu senken und dafür wert- und normenorientierte Bildungsmaßnahmen in diesen Förderungssatz einzubeziehen.“

Anteile der Landeseinrichtungen am Arbeitsumfang der politischen Bildung und der gesamten Unterrichtsstunden:

Einrichtung	Anteil Pol.Bild.	Anteil Ustd.ges.
AuL	53,7%	7,2%
LEB	38,2%	8,2%
EEB	13,0%	5,8%
KEB	12,0%	6,9%
DAG	14,5%	7,6%
VHS	12,3%	65,0%

Finanzhilfe des Landes:

Arbeit und Leben erhielt 24,1%, die Volkshochschulen erhielten 43,2%. Die Einrichtungen mit hohem Anteil politischer Bildung erhalten im Vergleich zur Stundenzahl mehr Finanzmittel als die anderen. Daraus resultiert unterschiedliche Betroffenheit von den Finanzkürzungen.

Verknüpfung zwischen Erwachsenenbildungsgesetz (EBG) und Bildungsurlaubsgesetz (NBildUG)**I. Förderungswürdigkeit**

§ 5 des EBG regelt die Anerkennung einer Einrichtung als „förderungswürdig“; es werden formale Kriterien genannt z.B. dreijährige Tätigkeit, planmäßiges Arbeiten etc. Solche Einrichtungen sind in Niedersachsen die VHS, Arbeit und Leben, LEB, KEB, EEB (ländliche, katholische, evangelische EB) und DAG.

§ 1 NBildUG lautet: „Bildungsurlaub dient der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung in anerkannten Einrichtungen“. D.h. Bildungsurlaubsseminare der obengenannten Einrichtungen gelten als anerkannt, ohne weitere inhaltliche Überprüfung.

II. Umfang der Förderung

§ 10 EBG legt fest, daß Veranstaltungen der politischen Bildung zu 100% finanziert werden. Da die meisten Bildungsurlaube als politische Seminare ausgeschrieben werden, haben sie Anspruch auf diese Förderung. Die 100% beziehen sich aber nicht auf die tatsächlichen Kosten, sondern auf einen Pauschalbetrag, derzeit 36 DM pro Teilnehmer und Tag. Dieser Betrag wurde in den letzten Jahren nicht mehr erhöht. Da aber die tatsächlichen Unterbringungskosten höher liegen, mußten schon aus diesem Grund die Teilnehmerbeiträge erhöht werden.

Hinzukommt, daß mit dem Haushaltsgesetz 1981 die 100-prozentige Förderung per Verordnung auf 85% reduziert wurde. Dies hatte weitere Kostensteigerungen für die Teilnehmer zur Konsequenz.

Bildungsurlaub Niedersachsen Veranstalter und Teilnehmer

1	2	3	4	5
75	29	347	8985	0,45
76	45	926	15059	1,00
77	47	1182	17696	1,20
78	47	1377	21937	1,43
79	69	1979	27686	1,59
80	69	2368	34111	1,88

Erläuterung: 1: Jahr,
2: Zahl der Veranstalter,
3: Zahl der Veranstaltungen
4: Zahl der Teilnehmer,
5: Teilnehmer in % der Lohnabhängigen in Nds.

Quelle: Dritter Bericht über die Durchführung des Niedersächsischen Gesetzes über den Bildungsurlaub; Niedersächsischer Landtag, Drucksache 9/2851

Portugal: Regierung für EG-Beitritt

Die Regierung des Sozialisten Soares hat in ihrem Programm, das am Freitag letzter Woche vom Parlament gegen die Stimmen der Kommunistischen Partei verabschiedet wurde, drastische Kürzungen der Staatsausgaben und eine Verschlechterung des Lebensstandards der Massen festgelegt. Das Programm unterstreicht den Willen der Regierung, den EG-Beitritt zu vollziehen. Portugal hat 13 Mrd. Dollar Auslandsschulden, sein Leistungsbilanzdefizit betrug 1982 3,3 Mrd. Dollar. Die Inflationsrate liegt bei 20%. Der Internationale Währungsfonds und die imperialistischen Gläubiger haben umfassende Sparmaßnahmen gefordert. Die Regierung will im nächsten Monat Verhandlungen über neue Kredite mit dem IWF aufnehmen. Sie hat jetzt eine Reihe von Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel und Steuererhöhungen angeordnet. Eine der wichtigsten Forderungen der Imperialisten ist, daß der verstaatlichte Sektor der portugiesischen Wirtschaft für privates Kapital frei wird. Sofort nach der Verabschiedung des Regierungsprogramms legte

Israelischer Kriegsminister: Neue Drohungen

Arens, der Nachfolger des israelischen Kriegsministers Scharon, der den Oberbefehl über die israelischen Truppen während der Invasion in den Libanon hatte, hat neue Drohungen gegenüber den arabischen Völkern und den Palästinensern ausgestoßen. Auf einer Pressekonferenz am 23. Juni, ein gutes Jahr nach dem Beginn der israelischen Invasion in den Libanon und kurz vor dem Jahrestag des Abzugs der PLO aus Beirut, erklärte Arens (Bild): Wenn die syrischen und palästinensischen Truppen den Libanon nicht unverzüglich verlassen – und



so den israelischen Besatzungstruppen vollständig freie Bahn schaffen – werde Israel nichts anderes übrig bleiben, als die Invasion des Libanon des letzten Jahres zu wiederholen. Das ist eine eindeutige Drohung ge-

gen Syrien und vor allem gegen die palästinensischen Truppen im Libanon. Die Zionisten versuchen, die schwierige Lage der PLO zu nutzen, und die Palästinenser erneut zu demoralisieren. Man erinnere sich: Ein Bestandteil der Besetzung des Libanon durch die zionistischen Truppen waren die Massaker an den Palästinensern in den Lagern Sabra und Shatila. Gelegenheiten für erneute Greuelthaten gegenüber den Palästinensern im Libanon haben die Zionisten mehr als genug. Noch immer halten sie 7000 libanesischen und palästinensischen Kriegsgefangene gefangen, hunderttausende Palästinenser leben im besetzten Südlibanon.

die Regierung ein Gesetz vor, das die Wirtschaftsbereiche Banken, Versicherungen, Zement und Düngemittel für die in- und ausländische Kapital öffnet.

Aktionen zum 7. Jahrestag von Soweto

Der PAC hat ein Manifest begrüßt, das auf einer Versammlung anlässlich des 7. Jahrestags des Massakers in Soweto von Vertretern 200 schwarzer

Organisationen in Azania verabschiedet wurde und als Kampfziel gegen den rassistischen Kapitalismus eine nicht-rassistische sozialistische Republik fordert. Zum Jahrestag fanden mehr als 20 Veranstaltungen in Azania statt, in schwarzen Bezirken hatten Läden z.T. geschlossen. In Soweto überfiel die Polizei einen Gottesdienst mit 4000 Teilnehmern, erschoss einen, verwundete Dutzende und verhaftete 41 Teilnehmer.

GM/Toyota: Löhne unter Tarifbedingungen

Die General Motors-Kapitalisten, die im nächsten Jahr die stillgelegte Fabrik in Fremont, Kalifornien, als gemeinsames Unternehmen mit den japanischen Kapitalisten von Toyota wiedereröffnen wollen, haben strikt abgelehnt, die 5000 Mitglieder der Automobilarbeitergewerkschaft UAW zu den bisherigen Bedingungen wieder einzustellen. Nach dem geltenden Tarifvertrag sind sie verpflichtet, die Arbeiter auf der Grundlage der Dauer der Betriebszugehörigkeit einzustellen. Löhne und Zulagen sind nach dieser Dauer gestaffelt. Die General Motors-Kapitalisten wollen die UAW zu einem neuen Vertrag zwingen, durch den sie die höheren Löhne und Zulagen beseitigen oder sie stellen nur die Arbeiter mit den niedrigsten Löhnen ein. Vorsitzende von 28 UAW-Bezirken haben Streikabstimmungen gefordert, damit die UAW den Tarif mit Streiks gegen General Motors sichert.

Mexiko: Regierung hebt Löhne an

Der mexikanische Gewerkschaftsbund hat den Beschluß der Regierung, die Mindestlöhne um 15% zu erhöhen, als völlig unzureichend bezeichnet. In den vergangenen Wochen hatten hunderttausende mexikanische Arbeiter und Angestellte gegen die Lohnleitlinien der Regierung, die Erhöhungen von 12,5% vorsahen, gestreikt. Die Streikenden forderten Tarifierhöhungen von mindestens 25% bis 50%.

Die FMNL operiert vor San Salvador

Etwa 30 Kilometer nördlich der Hauptstadt San Salvador hat die Befreiungsbewegung FMNL eine strategisch wichtige Brücke gesprengt und damit die Verbindung nach Norden zur Stadt Suchito unterbrochen. Seit Tagen hält die Befreiungsbewegung einen fünf Kilometer breiten Streifen entlang der einzigen Verbindungsstraße nach Suchito besetzt. In

Suchito liegt die einzige noch von den Soldaten des Regimes gehaltene Garnison zwischen der Hauptstadt und der von der Befreiungsarmee kontrollierten nördlichen Region des Landes. Diese Operation ist Teil der Kämpfe der FMNL, die sie zusammengefaßt hat in der Kampagne: „Gegen Reagans Aggression, El Salvador wird siegen“. Die Aktionen

der FMNL zielen darauf, das, was das Regime seine „Wirtschaft des Krieges“ nennt, zu sabotieren und die Bewegung der Regimetruppen in Richtung der befreiten Regionen zu unterbinden. Die FMNL hat in mehreren Angriffen den Verkehr auf den wichtigsten Überlandstraßen unterbrochen. Die wichtigste Operation war die Besetzung und Zerstörung des hauptsächlichen militärischen Kommunikationszentrums in der Provinz Morazan, das auf der höchsten Erhebung der Provinz installiert war. Obwohl das Regime in Morazan 4000 Soldaten eingesetzt hat, konnte die FMNL diese wichtige Position zerstören. Anfang Juni eroberten und vernichteten die FMNL-Soldaten ebenfalls ein Kommunikationszentrum, das 122 Kilometer von San Salvador entfernt liegt. Damit fielen für den größten Teil des Landes die Telefonverbindungen aus. Bei diesem Angriff, der 20 Stunden dauerte, setzte die FMNL Mörser ein. Bild: FMNL-Truppen übergeben gefangene Regime-Soldaten an das Rote Kreuz.



Chile

Die Front der Gewerkschaften gegen die Junta festigt sich

Zu einem Zeitpunkt, wo die chilenischen Arbeiter unter schwierigsten Bedingungen – Kupferminen unter Militärkontrolle, totale Nachrichtensperre – einen Generalstreik organisieren mit dem Ziel der Freilassung der inhaftierten Gewerkschaftsführer, sprechen die Sozialausschüsse der CDU dem chilenischen Botschafter ihre Hoffnung aus, daß Pinochet nicht mit „gleichen Unrechtsmethoden“ wie im „kommunistischen Machtbereich“ reagiere. Nachdem die CDU prinzipiell alle Unterdrückungs- und Ausplünderungsmaßnahmen gegen das chilenische Volk begrüßt hat, so die Herrschaft des Christdemokraten Frei, so den

Steigerung der Arbeitslosigkeit auf 22% im letzten Jahr.

Diese Lage ist mit Grund für einen zweiten „Tag des nationalen Protestes“, zu dem das „Nationalkommando der Arbeiter“ (CNT), ein Zusammenschluß von sechs Gewerkschaften, und der Verband der Fuhrunternehmer aufgerufen hatten. Im ganzen Land gab es Aktionen, die von Formen des „zivilen Ungehorsams“ über Versammlungen, Demonstrationen, Langsamarbeiten bis hin zu Sabotageaktionen, die den Busverkehr in den Süden des Landes z.T. lahmlegten, reichten.

Die Forderungen, wie sie von Rodolfo Seguel, Vorsitzender des CNT und



Arbeiter in Chile am 1. Mai dieses Jahres

Sturz Allendes und den Putsch Pinochets, wollen sie jetzt den bürgerlichen Kräften, die inzwischen auch an den Aktionen gegen die Militärjunta beteiligt sind, den Rücken stärken. Durch die katastrophale wirtschaftliche Lage verschlechtert sich auch deren Situation immer mehr.

Das Land ist durch die fast völlige Aufhebung der Importzölle mit billigen Waren aus imperialistischen Ländern überschwemmt worden, so daß die eigene Produktion der Konkurrenz nicht standhalten konnte und zusammenbrach. Inzwischen müssen Weizen, fast der gesamte Bedarf an Speiseöl und 40% des Zucker- und Maisbedarfs importiert werden. Durch die Abwertung des Peso von Mai 1982 bis April 1983 um fast 100% sind die Preise entsprechend gestiegen. Die Real-löhne sind um 27% gesunken bei einer

zugleich der Gewerkschaft der Kupferbergarbeiter, auf einer Pressekonferenz vorgetragen wurden, sind: Beendigung des Ausnahmezustands, wie er seit 1973 besteht, die Respektierung der Menschenrechte und Aufhebung aller Verfassungsartikel, die die bürgerlichen Freiheiten beschränken, Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Rechte, Aufhebung von Gesetzesbestimmungen, die die „Arbeitgeber bevorzugen“, Rückkehr der Exilierten, Abhaltung von Parlamentswahlen, zu denen Parteien aller politischen Richtungen zugelassen werden sollen. Es wird eine Abkehr von der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik gefordert. An erster Stelle der „wirtschaftlichen“ Forderungen steht ein Dringlichkeitsprogramm zur Linderung der Arbeitslosigkeit und ein „Beschäftigungsprogramm für Haushaltsvorstände“ zur Sicherung eines Mindesteinkommens.

Die Militärjunta ließ am zweiten Aktionstag 1351 Personen verhaften, vier wurden erschossen, mindestens zwanzig verletzt. Einen Tag später wurde Seguel verhaftet. Die Arbeiter in drei der vier staatlichen Kupferminen streikten mit der Forderung nach Freilassung Seguels. Die Junta ließ die Minen unter Militärkontrolle stellen und im Verlauf der folgende Woche wurden die Führungen der im CNT zusammengeschlossenen Gewerkschaften verhaftet, soweit sie nicht untertauchen konnten.

Diese Aktionen, für jeden Monat ist ein „Tag des nationalen Protestes“ geplant, sind möglich durch eine Reorganisation der Gewerkschaften und die Tätigkeiten einer Organisation wie das 1980 gebildete CODEPU (Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes – umfaßt die Organisationen, die in der „Unidad Popular“ zusammengeschlossen waren). Das CODEPU betreibt die Organisation der Bevölkerung zur Durchsetzung ihrer sozialen und rechtlichen Forderungen. Zugleich gibt es Bestrebungen zur Bildung einer Einheitsfront zum Sturz der Diktatur, wie sie sich in einem gemeinsamen Aufruf der Kommunistischen, der Sozialistischen, der Radikalen Partei Chiles und des MIR niederschlagen.

Quellenhinweis: taz, 14.6.–24.6.83; FAZ, 14.6.–25.6.; Kölner Stadtanzeiger, 23.6.; Lutte Ouvrière, 18.6.; Chile-Dokumentation „Was ist CODEPU“, 8–9/1982

Brasilien

Streikbewegung im öffentlichen Dienst

Anfang Juni hatte der brasilianische Zentralbankchef nach Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds erklärt, mit drastischen Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben, insbesondere im öffentlichen Dienst, seien weitere Kredite des Internationalen Währungsfonds zu erhalten. Zu seinem „Sanierungspaket“ gehören die Privatisierung von Staatsbetrieben und vor allem eine „Abschwächung“ der halbjährlichen Anpassung der Einkommen an die Inflationsrate, die z.Zt. monatlich zehn Prozent beträgt – also weitere Lohnsenkungen.

Für die Erhöhung ihrer Löhne und für gewerkschaftliche Rechte befanden sich über 500 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bei den Gemeinden, den Ländern und dem Bund in der letzten Woche im Streik. Die Streikbewegung konzentriert sich auf die bevölkerungsreichsten Bundesstaaten Rio Grande do Sul, Sao Paulo, Rio de Janeiro und Parana und auf die Hauptstadt Brasilia. Ausgangspunkt war der Streik der über 40 000 Beschäf-

tigten des Gesundheitswesens, darunter 200 Ärzte im Bundesstaat Sao Paulo, die bereits seit über einem Monat die Arbeit in den Krankenhäusern von 32 Städten zum Erliegen brachten. In Rio Grande do Sul streiken in 40 Städten über 70% der Beschäftigten verschiedener Sozialeinrichtungen. In Rio de Janeiro befinden sich 50000 der 140000 Beschäftigten des Gesundheitswesens und der Sozialversicherungen im Streik. In Sao Paulo Stadt werden 44 Krankenstationen, 47 der 150 Kinderkrippen und fünf große Krankenhäuser bestreikt. Am Montag, den 13. Juni, nahmen in Brasilien die Beschäftigten der Stadtreinigung den Streik für die Erhöhung ihrer Löhne um 120% auf. Damit erhöhte sich die Zahl der Streikenden im öffentlichen Dienst allein in Brasilia auf über 120000.

Zu den Streiks aufgerufen hatte das Nationale Streikkomitee der Bundesbeschäftigten, denen sich nach und nach Landes- und Gemeindebeschäftigte anschlossen. Die wichtigsten Streikforderungen sind: 13. Gehalt; 70% Lohnerhöhung rückwirkend ab Mai; neues Dienstrecht und gewerkschaftliche Rechte im öffentlichen Dienst.

Mit Drohungen und Entlassungen versuchen die Dienstherren die Streikbewegung zu brechen. In Brasilia wurden am 17. Juni 400 streikende Beschäftigte eines Bundesinstituts suspendiert. In Sao Paulo und in anderen Städten ging die Polizei gegen Streikende vor. An einer Protestveranstaltung von mehreren Tausend in Sao Paulo gegen die Polizeieinsätze beteiligten sich Vertreter von Oppositionsparteien, z.B. der PT (Arbeiterpartei) und der PTB (Brasilianischen Arbeiterpartei) und der Gewerkschaften, die sich mit den Forderungen der Streikenden solidarisierten.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung vom 3.6.83; Xinhua News Agency vom 10.6.83; Folha de Sao Paulo vom 15./16./17.6.

Azania Schwarze Bergarbeiter erkämpfen Tarif

Am 17.6. mußten die Minenkonzerne im südafrikanischen Siedlerstaat, vertreten durch die „Chambers of Mines“, zum ersten Mal einen Tarifvertrag mit einer schwarzen Gewerkschaft, der „National Union of Mineworkers“ (NUM), abschließen. Der Vertrag gilt für ca. 6000 schwarze Bergarbeiter in verschiedenen Arbeitsbereichen von neun Gold-, Platin- und Kupferbergwerken. Eine Anhebung der Mindestlöhne um 13,9 bis 15,6%, der übrigen Löhne in geringerem Maße, konnte von der NUM durchgesetzt



„Wohnräume“ der azanischen Bergarbeiter in den Lagern auf dem Minengebiet

werden. Die Minenkonzerne wollten eine Erhöhung um nicht mehr als 8%. 1982 lagen die Mindestlöhne bei ca. 100 – 130 Rand (für Über- bzw. Untertagearbeit). Trotz der Erhöhung erreichen sie auch jetzt nicht die offizielle Armutsgrenze, die in Johannesburg für eine sechsköpfige Familie schon 1979 bei 172 Rand lag.

Die National Union of Mineworkers ist mit inzwischen rund 25000 Mitgliedern die größte schwarze Gewerkschaftsorganisation in den Minen. Ihr Aufbau wurde im August 1982 auf der Jahreskonferenz der „Konföderation der Gewerkschaften in Südafrika“ (CUSA) beschlossen. Auf der Gründungsversammlung im Dezember 1982 wurde die Registrierung durch das Arbeitsministerium als Kriterium der Anerkennung zurückgewiesen und gleich eine Anerkennung durch die „Chambers of Mines“ angestrebt, wie sie jetzt mit dem Tarifabschluß faktisch durchgesetzt wurde.

Die „Konföderation der Gewerkschaften in Südafrika“ (CUSA) ist ein Zusammenschluß von inzwischen elf schwarzen Gewerkschaften. Anfang des Jahres hat die Mitgliederzahl 100000 überschritten, 40000 mehr als 1982. 33 Anerkennungsvereinbarungen mit Kapitalisten konnten Gewerkschaften der CUSA inzwischen durchsetzen, mehr als die Hälfte in der Lebensmittellindustrie. Neben der NUM wurden letztes Jahr Gewerkschaften für die azanischen Arbeiter im Hotel-, Textil- und Gemeindebereich aufgebaut.

Daß die ausländischen und inländischen Kapitalisten die schwarzen Gewerkschaften in dieser Form anerkennen müssen, ist praktisch ein Ergebnis der großen Kämpfe, die die azanischen Arbeiter im letzten Jahr geführt haben.

Quellenhinweis: taz 20.6.83, Facts and Reports K, F 1983, Politische Berichte 15/82

Frankreich Angriffe der Kapitalisten auf die Sozialversicherung

Der Vorsitzende des französischen Kapitalistenverbandes Gattaz hat am 14.6. die Forderungen der Kapitalisten für den Haushalt 1984 vorgetragen: Die im März dieses Jahres beschlossenen Steuererhöhungen und die Erhöhung der Beiträge für die Sozialversicherungen sollen, soweit sie die Arbeiter und Angestellten betreffen, aufrechterhalten werden. Allerdings müßten endlich die Beiträge der Kapitalisten zur Sozialversicherung gekürzt werden, die Steuererleichterungen, die den Kapitalisten mit den Haushaltsbeschlüssen im März zugestanden worden waren, erhöht werden, der Personalaufwand im Staatsapparat gesenkt und die Löhne im öffentlichen Dienst nicht erhöht werden.

Der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltsminister Delors legte am 23.6. die Rahmenplanung für den nächstjährigen Haushalt vor: Danach sollen die Löhne und Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst um nicht mehr als 5,8% steigen, das ist die Höhe der von der Regierung für 1984 geschätzten Inflationsrate. Gleichzeitig soll ein Stellen- und Einstellungsstop im öffentlichen Dienst verhängt werden. Delors schlägt weiterhin vor, die „Sondersozialabgabe“ von 1% auf alle steuerpflichtigen Einkommen, die im März für ein Jahr beschlossen worden war, auch 1984 weiter zu erheben. Darüber hinaus hat der Sozialminister Bérégouvy jetzt bekanntgegeben, wie noch in diesem Jahr weitere 4 Mrd. FF (ca. 122 Mio. DM) in der Krankenversicherung „eingespart“ werden sollen.

Die Pflegekosten der staatlichen Krankenhäuser sollen um 6% niedriger als die bisherigen Haushaltsansätze



Einig ist sich die Regierung über den weiteren Ausbau des Rüstungsetats (Bild: Verteidigungsminister Hernu).

sein. Die zinslosen Darlehen der regionalen Krankenversicherungen an die staatlichen Krankenhäuser sind beseitigt, die Krankenhäuser müssen ihre Kredite in Zukunft zu üblichen Zinssätzen aufnehmen. Die Apotheker sollen eine Sonderabgabe von vier Prozent ihrer Gewinne an die Sozialversicherung abführen, die Preiserhöhung für Medikamente um 2% wird vom 1.7. auf den 1.10. verschoben. Den Hauptteil der vier Mrd. FF will der Sozialminister durch Kürzung der Rückerstattung für Medikamente und medizinische Hilfen bei den Versicherten holen: 3,1 Mrd. FF sollen weitere Kürzungen bei den Zuschüssen der Versicherungen zu Brillen, Zahnersatz usw. einbringen.

Quellenhinweis: Handelsblatt v. 15.6. bis 24./25.6.; Le Monde, 23. u. 24.6. 1983

USA

Sterberate der Kinder der Armen gestiegen

Die Kürzungen, die die Reagan-Regierung im Bereich der medizinischen Versorgung vorgenommen hat, haben für die Armen dramatische Auswirkungen. Die US-Regierung strich 1982 18% der Gelder des Gesundheitsprogrammes für Mütter mit niedrigem Einkommen und ihre Kinder. Im Staat Maryland z.B. wurde 10% der bisher Berechtigten die medizinische Versorgung genommen. In der Stadt St. Louis wurde das Personal für dieses Gesundheitsprogramm um die Hälfte verringert. Die Zahl derjenigen Frauen, die daher notwendige Kontrolluntersuchungen während der Schwangerschaft nicht vornehmen lassen konnten, schätzt das Gesundheitsamt der Stadt St. Louis dort auf 1400.

Die ohnehin schlechten Lebensbedingungen der Armen hat die Reagan-Regierung noch dadurch weiter verschlimmert, daß sie die Zahl der hilfeberechtigten Familien mit abhängigen Kindern drastisch gesenkt hat. Diese bekamen über die Unterstützung auch den Krankenversicherungsschutz zugesprochen. Besonders betroffen durch den Entzug sind schwarze Familien. Sie erhielten 43% dieser Familiengelder. Die schlechte Ernährung, die fehlenden Vor- und Nachsorgeuntersuchungen haben die Sterblichkeitsrate der Säuglinge 1982 in elf Staaten der USA ansteigen lassen. In Michigan, wo die Arbeitslosenrate im Dezember 1982 bei 17,3% lag – mehr als die Hälfte der Arbeitslosen hat keine Krankenversicherung – stieg die Sterberate der Kinder im ersten Lebensjahr, zum ersten Mal seit 1945, von 12,8 im Jahr 1980 auf 13,8 1981 pro 1000 Lebendgeborene an. Die Sterberate der schwar-

zen Säuglinge ist doppelt so hoch. Die Zahl der Embryos, die im Mutterleib absterben, ist in den USA von 10 auf 12,2 pro 1000 von 1979 bis 1981 gestiegen.

Die Reagan-Regierung strich das Gesundheitsprogramm für Kinder und Jugendliche zusammen. Im Staat Maryland z.B. wurde damit einem Fünftel der bisher Berechtigten die Versorgung genommen. Insgesamt in diesem Staat etwa 7400. In St. Louis können 1983 600 Jugendliche, so schätzt das Gesundheitsamt, die an Bleivergiftung leiden, wegen der gestrichenen Bundesgelder nicht mehr medizinisch behandelt werden. Die notwendige Diät entfällt. Die Bundesgelder für Vorsorgeimpfungen will die US-Regierung so kürzen, daß 1984 nur noch 2,9 Mio. Jugendliche geimpft werden können. 1981 waren es 6,3 Mio.

Die Arbeitslosen können nur hoffen, daß sie und ihre Familien nicht krank werden. Die Hälfte der Arbeitslosen verliert schon einen Monat nach Beginn der Arbeitslosigkeit den Versicherungsschutz, der an die Beschäfti-



Reagan-Regierung: Die Kinder der Alten mit geringem Einkommen sollen ab 1984 für die Heimpflegekosten aufkommen

gung gebunden ist. Nach offiziellen Zahlen standen im Dezember 1982 5,3 Mio. Arbeitslose ohne diesen Schutz da, zusammen mit den Familienangehörigen sind davon 11 Mio. betroffen. Die Automobilarbeitergewerkschaft UAW weist daraufhin, daß in Wirklichkeit 25 Mio. im Zusammenhang der Arbeitslosigkeit keinen Versicherungsschutz besitzen. Krankenversicherungen abzuschließen ist für die meisten Arbeitslosen bei den geringen Arbeitslosengeldern unerschwinglich.

Die Forderung des Gewerkschaftsbundes AFL-CIO nach einer bundesweiten Gesundheitsversorgung hat die Regierung zurückgewiesen: Die staatliche Krankenversicherung sei keine Wohlfahrtseinrichtung.

Quellenhinweis: National Journal, Nr.21/1983; State of Black America 1983

Italien

Krachende Niederlage der Christdemokraten

Zwei Ziele hatte die italienische Großbourgeoisie bei den Parlamentswahlen am 26./27. Juni im Auge: Stärkung der Christdemokraten (DC) und Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit für eine Koalition der „Mitte“, die auf die Stimmen der Sozialisten (PSI) nicht mehr angewiesen gewesen wäre. Beide Ziele hat die Kapitalistenklasse nicht erreicht: Die DC hat die krachendste Niederlage ihrer ganzen Geschichte eingesteckt. In den letzten zwanzig Jahren hatte diese Partei stets Wahlergebnisse zwischen 38,3 Prozent und 39,1 Prozent erzielt. Diesmal hatte sich der Großindustriellenverband deutlicher als je mit ihr identifiziert (und umgekehrt). Jetzt hat die DC nur 32,9 Prozent der Stimmen erhalten. Für eine „Koalition der Mitte“ fehlten in der letzten Kammer neun Sitze, jetzt sind es 23.

Die Stimmenverluste der Christdemokraten sind fast ausschließlich ihren bisherigen Koalitionspartnern (vor allem den Republikanern und den Sozialisten) und den Neofaschisten, die das zweitbeste Ergebnis seit dem Krieg erreichten, zugutegekommen. Obwohl z.B. die Republikaner die DC an arbeiterfeindlicher „Rigorosität“ noch zu übertreffen suchten, können die Gewinne der kleinen Mittelparteien die schwere Niederlage der Hauptpartei der Bourgeoisie politisch nicht wettmachen. Daß die Sozialisten für die Bildung der neuen Regierung unentbehrlich sind, wird einen stramm reaktionären Kurs erschweren.

Die von der Kommunistischen Partei (PCI) angestrebte „Demokratische Alternative“ – eine Koalition etwa aus PCI, PSI, Republikanern und Sozialdemokraten, wie sie in vielen Gemeinden und Regionen bereits besteht – ist jetzt zwar auch auf nationaler Ebene rechnerisch möglich geworden, aber ganz unwahrscheinlich. Die PCI hat ihren Stimmenanteil mit 29,90 Prozent (– 0,5 Prozent) knapp behauptet. Die PSI gewann 1,6 Prozent hinzu. Die links von der PCI stehende „Democrazia Proletaria“ erreichte 1,5 Prozent und sieben Abgeordnete (1979: 0,8 Prozent, kein Sitz). Die entfernt den Grünen vergleichbare Radikale Partei, die zwar Listen aufgestellt, aber zur Stimmenthaltung aufgerufen hatte, erhielt 2,2 Prozent (– 1,3 Prozent); auf ihrer Liste wurde der wegen „Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands“ angeklagte „Autonome“ Toni Negri gewählt.

Quellenhinweis: Repubblica 28.6.; Rundfunksendungen

Austritt aus der EG – nur wenn die Plünderrechte der EG gewahrt bleiben

Schon 1972 hatten die Bewohner von Kaladlit Nunat (das ist der Name der dänischen Kolonie Grönland) im Rahmen der dänischen Volksabstimmung mit großer Mehrheit gegen den Eintritt in die EG gestimmt, die dänische Regierung setzte sich über diese Abstimmung hinweg und führte Kaladlit Nunat 1973 mit in die EG. 1982 führten die Bewohner der Kolonie, die 1979 ihre innere Autonomie gegenüber Dänemark durchgesetzt hatten, eine erneute Abstimmung gegen die EG-Mitgliedschaft durch. 52% der Wahlberechtigten stimmten für einen Austritt aus der EG. Die Imperialisten in der EG ließen sich Zeit mit den Verhandlungen über das Austrittsverfahren, sie verwiesen darauf, daß ein solches Verfahren be-

sonders kompliziert sei, weil in den Römischen Verträgen nicht vorgesehen. Tatsächlich hofften sie aber darauf, daß die Wahlen am 12. April 1983, Wahlen für die „innere“ Regierung von Kaladlit Nunat, ein anderes Kräfteverhältnis im Parlament schaffen würden: So kommentierte z.B. die Zeitschrift „EG-Magazin“ nach der Volksabstimmung 1982: „Aber es ist noch gar nicht so sicher, daß Grönland tatsächlich aus der EG ausscheidet. Sollte nämlich die proeuropäische Atassut-Partei die im kommenden Jahr anstehenden Wahlen für das lokale Parlament in Godthab gewinnen, könnte sie die Austrittsverhandlungen abbrechen.“

Die Enttäuschung der EG-Mitglied-

staaten über den Wahlausgang im April dieses Jahres war deutlich. Von den 26 Sitzen des Parlaments haben die schon in den vier Jahren zuvor regierende Siumut (Nationale Unabhängigkeitspartei) zwölf, die Inuit Ataqatigiit (Vereinigte Eskimo) zwei und die Atassut (Demokratische Partei) zwölf Sitze errungen. Die Parlamentsmehrheit ist nach wie vor gegen die EG-Mitgliedschaft, die Siumut und die Inuit Ataqatigiit unterstützen beide die „Anisa“, einen Zusammenschluß der Gegner der EG. Die Inuit Ataqatigiit tritt darüberhinaus für die vollständige Selbständigkeit Grönlands auch gegenüber den dänischen Kolonialherren ein. Sie kämpft für das Recht der Inuit (Eskimos), über ihre natürlichen Ressourcen selbst zu verfügen und tritt für die Abschaffung des privaten Eigentums an Grund und Boden, das die Kolonialherren eingeführt haben, und für die Beseitigung der privaten Verfügung über die Fischreichtümer innerhalb der 200-Seemeilen-Zone vor der Küste des Landes ein.

Geschichte der dänischen Kolonialisierung Grönlands

Die Stammväter der jetzigen Grönländer, die Thule-Indianer, breiteten sich um 900 auf Grönland aus. Sie jagten Seehunde und Wale. Im 13. Jahrhundert nahm zunächst der norwegische, dann der dänische König Grönland in Besitz. Dieser schlug aus dem Geschäft mit den grönländischen Fellen, die in Europa sehr gefragt waren, reichlich Gewinn. Alle heutigen Städte in Grönland entstanden aus Handelsstationen, die zwischen 1728 und 1797 errichtet wurden. 1776 wurde die KGH (Königliche Grönländische Handelsgesellschaft, heute noch größtes Unternehmen Grönlands) gegründet, die das Alleinrecht auf den Handel mit Grönland erhielt.

Eine Klimaverbesserung 1920 hatte zur Folge, daß der Dorsch mehr und mehr nach Norden in die Gewässer Grönlands zog. Viele Grönländer wurden Fischer.

Im 2. Weltkrieg wurde Grönland von amerikanischen Truppen besetzt und war fünf Jahre von Dänemark abgeschnitten. Danach wurde auf Dänemark sowohl von grönländischer Seite als auch von der UNO Druck ausgeübt, den Kolonialstatus Grönlands zu ändern. 1953 wurde Grönland ein „gleichberechtigter“ Teil Dänemarks. Ein grönländischer Landesrat sollte zu wichtigen Entscheidungen seine Meinung sagen. Meistens mußte er aber die Vorhaben der dänischen Seite gutheißen.

Dänemark begann, eine Fischindustrie großen Stils auf Grönland zu errichten. Der Industrialisierungsplan sah vor, daß die Bevölkerung aus den dörflichen Gemeinden in wenige Städte ziehen sollte. Viele Grönländer verloren ihren Fischerberuf und wurden Fabrikarbeiter. Zur finanziellen Durchführbarkeit setzte Dänemark fest, daß die Löhne der Grönländer niedriger als die der Dänen sein sollten. Facharbeiter und Handwerker waren ohnehin meist Dänen. Die Hauptsprache im 1. Schuljahr war dänisch.



Demonstration gegen die Vergabe von Erdölkonzessionen.

1972 wurde in Dänemark über die Mitgliedschaft in der EG abgestimmt. 70 Prozent stimmten in Grönland dagegen. Als Teil Dänemarks mußten die Grönländer aber Zwangsmitglied der EG werden. Der Dorschbestand war Mitte der 60er Jahre zum Teil wegen Überfischung durch fremde Flotten katastrophal zurückgegangen.

1975 wurde durch ein Ereignis vielen Grönländern klar, wer Herr im Haus war: Der dänische Staat verkaufte Konzessionen über grönländisches Gebiet an internationale Ölgesellschaften. Das dänische Mineralgesetz war plötzlich in aller Munde: „Die Rohstoffe Grönlands gehören dem dänischen Staat.“

Die Zwangsmitgliedschaft in der EG und die Frage des Eigentums an den Bodenschätzen stärkte die Bewegung für Selbstbestimmung. 1979 wählten die Grönländer ihr eigenes Parlament und ihre eigene Regierung. Einen wichtigen Punkt konnten sie jedoch nicht durchsetzen: Das Eigentumsrecht an Bodenschätzen haben sie noch nicht. Die Regierung konnte einige Schritte zur Unabhängigkeit einleiten: z.B. wurde Grönländisch an Schulen Hauptsprache, die Beziehungen zu den übrigen Inuit wurden gestärkt, gleicher Lohn für gleiche Arbeit wurde vom öffentlichen Arbeitgeber akzeptiert. Der dänische Staat hat jedoch noch viele Druckmittel in der Hand, so z.B. die jährliche finanzielle Unterstützung.

Quellenhinweis: Grönland pa vej, hrsg. v. Folkebevægelsen mod EF

Im Februar dieses Jahres hat die EG-Kommission einen ersten Vorschlag veröffentlicht, wie die EG den Forderungen der Inuit nachkommen solle. Dieser Vorschlag ist der Forderung nach Selbständigkeit auch nur gegenüber der EG vollständig entgegengesetzt. Die Kommission übernahm zum Teil den Vorschlag der dänischen Regierung, „daß für Grönland die Bestimmungen über die Assoziation der überseeischen Länder und Gebiete (ÜLG) gelten sollen“. Die Kommission stellt fest: „Grönland entspricht nämlich den Bedingungen für einen ÜLG-Status, die gemäß Artikel 131 EWG-Vertrag folgende sind: ein Land oder Gebiet, das mit einem Mitgliedstaat besondere Beziehungen unterhält; hierbei muß es sich um ein außereuropäisches Land oder Hoheitsgebiet handeln; diese Länder oder Hoheitsgebiete müssen die Merkmale eines Entwicklungslandes haben ... Wegen der besonderen Merkmale Grönlands sind andererseits aber besondere Bestimmungen notwendig.“

Der ÜLG-Status sieht vor, daß die Handelsbeschränkungen und Zölle für Agrar- und Industrieerzeugnisse, die sonst zwischen EG-Staaten und Nicht-EG-Mitgliedern üblich sind, nach wie vor aufgehoben sind, ebenso die Freizügigkeit des Personen-, Dienstleistungs- und vor allem des Kapitalverkehrs nicht beseitigt ist. Die Imperialisten in der EG sind sich einig, daß insbesondere für die Fischerei in den Gewässern von Kaladlit Nunat Sonderregelungen getroffen werden müssen: „Die neue Regelung muß Maßnahmen umfassen, die für Grönland und die Gemeinschaft bindend sind ... und der Gemeinschaft die Wahrung ihrer Fanginteressen in den grönländischen Gewässern sichern müssen.“

Die „Fanginteressen“ der EG-Staaten in diesen Gewässern sind beträchtlich, fast die Hälfte aller Fänge der Fischereikapitalisten aus EG-Staaten stammt aus diesen Gewässern, die Fänge, die von Kaladlit Nunat aus getätigt werden, nicht eingerechnet. Eine der wichtigsten Begründungen, die die Inuit gegen die Mitgliedschaft in der EG ins Feld führen, war jedoch von Anfang an, daß die EG-Mitgliedschaft die Leerfischung ihrer Gewässer durch westeuropäische Fischereikapitalisten bedeute. Der Vorschlag der Kommission soll diesen Zustand nicht beseitigen, sondern – so erklärt die Kommission – die „Fortsetzung der herkömmlichen Fischereitätigkeit der Flotten der Mitgliedstaaten ermöglichen“.

Die „Anisa“ argumentiert gegen diesen Vorschlag der Kommission mit der Feststellung, daß die Inuit unmöglich ihre eigene Fischereiflotte und -industrie aufbauen könnten, wenn die Fangflotten aus den EG-Staaten wie bisher in den Gewässern von Kaladlit

Nunat fischen, denn zahlreiche Fischbestände seien sowieso schon bedroht von der Überfischung. Außerdem sei es Angenehmheit der Inuit, über den Aufbau ihrer Wirtschaft zu entscheiden. Wenn die Imperialisten in der EG den Vorschlag der Kommission durchsetzen können, können sie die koloniale Ausbeutung und Ausplünderung des Landes ungeniert fortsetzen.

Neben den Fischgründen verfügt das Land über zahlreiche Bodenschätze, von denen dänische und andere Konzerne aus imperialistischen Ländern bis jetzt Zink, Blei, Graphit und Kryolith, das für die Aluminiumproduktion benötigt wird, ausplündern. Sie haben sich die Minengelände durch Eintragung ihres Besitztitels angeeignet. Da die Inuit keinen privaten Landbesitz

haben, davon waren knapp 60% Fisch und Fischereiprodukte und 35% Bergbauprodukte. Pro Kopf der Bevölkerung war dieser Export mit 4225 Dollar höher als der dänische, der pro Kopf 3085 Dollar betrug.

Die Löhne der Inuit in der Exportindustrie sind um ca. 50% niedriger als die der dänischen Arbeiter, die Lebensmittelpreise sind – bedingt durch die Anpassung an die EG-Preise – jedoch genauso hoch wie in Dänemark und höher. Seit 1977, als die Arbeiter der Blei- und Zinkmine in Marmorilik den ersten großen Streik gegen die Niedriglöhne für einheimische Arbeiter durchführten, konnte sich die Gewerkschaftsbewegung festigen. Die Inuit Ataqtigiti berichtet, daß die Gewerkschaften ihre Mitgliedschaften um



Die EG-Imperialisten wollen nicht nur den Zugriff auf die Fischgründe sichern, sondern auch auf die reichen Bodenschätze. (Bild: Blei- und Zinkmine in Marmorilik)

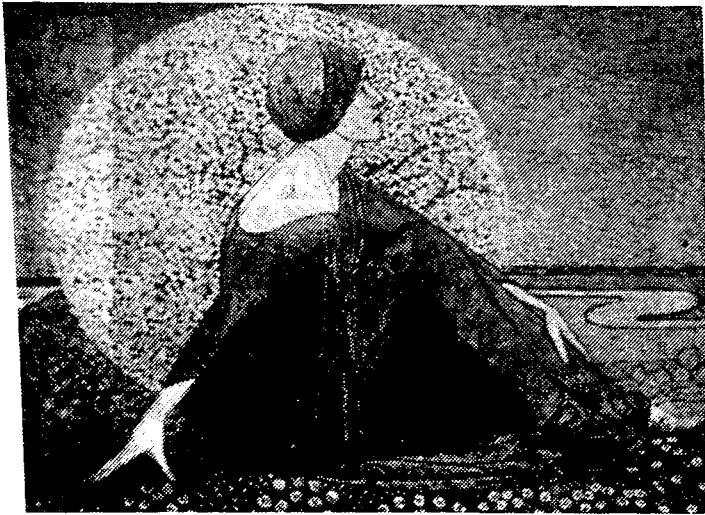
kannten, war das Land „herrenlos“ – und in imperialistischer Logik auch „umsonst“ zu haben.

Gegen die Behauptung der dänischen Kolonialherren und der anderen EG-Mitgliedstaaten, ein selbständiger Staat Kaladlit Nunat sei nicht existenzfähig, weist die „Anisa“ darauf hin, daß erstens der Wert der Fischfänge der EG-Staaten in einem Jahr mit 380 Mio. DM schon so hoch sei, wie die jährlichen EG-Zuschüsse, die zudem für Projekte aufgewandt würden, die in der Hauptseite den Plünderungsinteressen der EG-Staaten nützten, wie Flughäfen, Straßen zu den Bergwerken usw. Zweitens müßten jetzt die Inuit in der Fischereiindustrie und in den Bergwerken vorwiegend für den Export produzieren. Ca. 70% des heimischen Fischfangs wird exportiert und fast die gesamte Bergwerksproduktion. Im Jahr 1981 exportierten die Kolonialherren und imperialistischen Ausplünderer Güter im Wert von 207 Mio. Dol-

mehr als ein Drittel erhöhen konnten, ein Schwerpunkt ihres Kampfes liegt in der Beseitigung der Lohnunterschiede zwischen den dänischen und einheimischen Arbeitern. Die Gewerkschaften der Fischereiarbeiter und der Bergarbeiter unterstützen den Kampf für den Austritt aus der EG.

Die Imperialisten in der EG haben den Vorschlag der Kommission begrüßt und damit deutlich gezeigt, daß sie den vollständigen Austritt von Kaladlit Nunat nicht hinnehmen wollen. Das „EG-Magazin“ drohte nach der Abstimmung für den Austritt aus der EG: „Viermal so groß wie Frankreich, zehnmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland – doch nur von 50000 Menschen bewohnt ... Unruhe im höchstens Norden wird die Folge sein?“

Quellenhinweis: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Nr. 1/1983; EG-Magazin, Nr. 3/82; Neue Zeit, Nr. 18 und 20/ 1983; Fischer Weltalmanach 1983; Kommunistische Volkszeitung v. 16. April 1979; Neue Zürcher Zeitung v. 7.3.1982; Thomas Jeier, Die Eskimos, Düsseldorf 1977



H. Vogeler

Vom Liebling der Bourgeoisie zum sozialistischen Kämpfer

Er malte romantische Bilder von grünen Fluren und plätschernden Bächlein, illustrierte Märchen der Gebrüder Grimm und Rilke-Bücher, entwarf Bestecke, Möbel und Häuser. Das deutsche Bürgertum der Jahrhundertwende feierte ihn, und wie selbstverständlich meldete er sich 1914 zum Kriegsdienst: Heinrich Vogeler, Künstler des deutschen Jugendstils. 1917 forderte er vom Kaiser „Wahrheit statt Lüge“ und landete im Irrenhaus, 1918 war er Arbeiter- und Soldatenrat in Osterholz. Er wurde Mitglied der KPD und begründete die Assoziation revolutionärer bildender Künstler. Für die Rote Hilfe schuf er Plakate, die Rote Armee warf seine Flugblätter 1941 hinter der deutschen Front ab.

Gegensätze und Widersprüche im Leben dieses Mannes verdeutlicht eine Ausstellung, die im Mai/Juni in Berlin zu sehen war und vom 20. August bis 11. November nach Hamburg kommt.

Sie beginnt mit Märchenbildern, gemalt in Öl, als Zeichnungen und Radierungen. Es folgen Entwürfe für Silberbestecke und Buchillustrationen, auch romantische Gedichte. Ein Beispiel: „Meinem Fenster gegenüber / über die Mauer / steckt ein blühender Baum seine fröhlichen Äste / ein Frühlingswirbel / ein bunter Blütenschauer.“

Vogeler malt, illustriert, radirt – bestimmt durch romantische Verklärung der Natur, Ablehnung der Großstadt

und der Industrie – und erzielt im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hohe Preise und Ehrungen. Gegen 1910 deuten Entwürfe für Bahnhöfe und Häuser an, daß er beginnt, sich mit der Gesellschaft, ihrer Veränderung zu befassen.

Gleichwohl meldet er sich 1914 als Kriegsfreiwilliger. Die Heeresleitung setzt ihn als Zeichner ein, bemüht, eine propagandistische Stütze für ihren Krieg zu finden. Die Bilder „Das Leiden im Kriege“ (1915) und „Der Invalide“ (1916) vermitteln jedoch schon dessen zerstörerische Wirkung, ohne seine Ursachen oder Triebkräfte zu erklären. 1917 erhält Vogeler dann den Auftrag für ein Kriegsanzuleihen-Plakat. Das Plakat kommt nie zustande. Stattdessen schreibt er im Januar 1918 das „Märchen vom Lieben Gott“, in seinem Brief „eines Unteroffiziers an den Kaiser“. Dort erscheint Gott auf dem Potsdamer Platz mit Flugblättern für Frieden auf Erden. Er wird wegen Landesverrats erschossen. Der Brief geht an General Ludendorff, und Vogeler kommt für zwei Monate in eine Landesirrenanstalt.

Er beginnt in der Folgezeit, die Grundlagen des Sozialismus zu studieren und startet gleichzeitig den Versuch, in seinem Haus, dem Barkenhof, über den Aufbau einer Landkommune seinen Vorstellungen einer gemeinwirtschaftlichen, klassenlosen Ordnung näher zu kommen. Die Sache

scheitert, auch die Mitgliedschaft in der KPD dauert wegen seiner Rebellion gegen Autorität, wegen seines Hangs zum Anarchismus nur bis 1928. Seine Werke aber belegen den fortwährenden Kampf gegen die Reaktion und für eine sozialistische Ordnung.

Die Ausstellung beinhaltet u.a. einige Skizzen und Bilder aus dem Hamburger Hafen (1927/28), eine Reihe von Plakaten für die Rote Hilfe (s.a. Foto), antifaschistische Flugblätter oder auch das beeindruckende Bild „Reichsbischof Müller stützt Hitler, Terror und Krieg“ (1933). Eine Ton-Dia-Schau vermittelt einen ausgezeichneten Eindruck vom wichtigsten Inhalt seiner Arbeit der 20er und 30er Jahre, der Propagierung und Vermittlung des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion. Sie zeigt seine Komplexbilder, unterlegt mit den Texten seiner Vorträge auf vielen Veranstaltungen, auf denen er seine Reiseindrücke den deutschen Arbeitern vermittelte. Die Bilder selbst, die als Wandgemälde gedacht waren und von denen es keine Originale in der Ausstellung gibt, setzen sich aus vielen Einzeldarstellungen zusammen. So schildert das Bild „Im Herzen des Basars wächst die Kooperative“ den mannigfaltigen Kampf für wirtschaftliche Unabhängigkeit in Zentralasien, ein anderes zeigt die Bändigung der Natur beim Aufbau von Elektrizitätswerken, Sägewerken, dem Ausbau der Eisenbahn.

Der Befreiungskampf zersetzt die USA

Der dokumentarische Film „El Salvador – ein neues Vietnam“ ist in den USA produziert und wird in der BRD mit deutschen Untertiteln gezeigt. Die Autoren entlarven die imperialistische Propagandalüge, der Befreiungskampf beruhe auf ausländischer kommunistischer Infiltration. Ausführlich dokumentiert der Film die mit Unterstützung der USA betriebene Landreform, die ähnlich wie in Vietnam die Großgrundbesitzer nicht angestastet hat und vor allem zur Vertreibung der Bauern und Landarbeiter genutzt wird. Die Beteiligung der US-Imperialisten an der Ausbeutung und Ausplünderung El Salvadors hingegen greift der Film nicht an, sondern in der Hauptsache die Tatsache, daß die USA ein durch und durch korruptes und terroristisches Regime militärisch und politisch an der Macht halten. Diesen Gesichtspunkt dokumentiert der Film ausführlich. Ebenso die Tatsache, daß die Befreiungsfront FLMN/FDR ihre politischen und militärischen Erfolge nur erringen konnte, weil sie die Unterstützung der Masse der Bauern, Landarbeiter und Arbeiter hat. Angesichts dieser Tatsache gehen die Autoren davon aus, daß die FLMN/FDR den US-Imperialisten eine ähnliche Niederlage wie in Vietnam beibringen wird. Der Film propagiert als Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte in den USA die Einstellung jeglicher Unterstützung des Militärregimes durch die US-Regierung, jedoch nicht die Beseitigung jeglicher imperialistischer Einmischung, wie z.B. der „Entwicklungshilfe“.

Der Prinz ist tot, es lebe die Prinzessin

Wie rechtfertigt eine Frau, die mal „links“ war, sich mal beim KBW und mal beim KB politisch aufgehoben hat, ihre Abkehr von revolutionärer Tätigkeit und Hinwendung zur Hoffnung, in dieser Gesellschaft doch noch etwas zu werden? Sie muß finanziell unabhängig, aber nicht normal lohnabhängig werden. Sie schreibt also ein Buch, das einen sicheren Markt findet. Sie paßt sich der Strömung der Leute an, die glauben, durch Veränderung der Sprache gesellschaftliche Veränderungen bewirken zu können. Also klotzt sie in ihren ansonsten umgangssprachlich gehaltenen

Text Schreibweisen hinein, die Emanzipation der Frau vom chauvinistischen Mann signalisieren sollen, also „jemand“, „frau“ statt „man“. Das unbestimmte Fürwort „man“, das kein bestimmtes Geschlecht bezeichnet, auch keine Zahl, war schon zu althochdeutscher Zeit aus dem Substantiv „man = Mensch“ entstanden. Die Autorin hat sich mit Mittelhochdeutsch besonders befaßt. Man muß ihr Absichten unterstellen, wenn sie nun mit „frau“ daherkommt. Sie weiß, daß dieses Wort früher nicht allgemein gebraucht wurde, sondern daß mhd. „vrouwe“ die Herrin, die feudale Dame bezeichnete. Sie will demnach herrschen, ohne an den Klassenverhältnissen etwas zu ändern. Sie verspricht sich ihre persönliche Befreiung vom Aufstieg der Intellektuellen zur Teilnahme an der Herrschaft. Den Kommunisten wirft sie vor, sie hätten ihr 1976/77 zugemutet, die Unterdrückung der Frau als Nebenwiderspruch zu behandeln. Sie setzt dagegen, daß dies eben ihre wichtigste Erfahrung war und daß sie keine Lust hat, sich mit §218 und Leichtlohngruppen zu befassen. Mit ihren ausgewählten Schilderungen ihrer Beziehungen zu Männern und ihrer sexuellen Erfahrungen häuft sie Material auf zum Beweis ihrer These, die schwierigen Beziehungen zwischen Männern und Frauen seien das Entscheidende, das ihr im Weg steht, um „Freiheit statt Chauvinismus“ in die Tat umzusetzen. Da sie sich gegen den Kampf zur Emanzipation der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung entschieden hat, mag das für sie auch zutreffen.

Svende Merian, Der Tod des Märchenprinzen, Rowohlt TB 5149, 8,80 DM

Schwarzbuch Strauß, Kohl & Co.

Anfang 1983, noch vor der letzten Bundestagswahl, brachte Bernt Engelmann sein „Neues Schwarzbuch Strauß, Kohl & Co.“ auf den Markt. „Dieses Schwarzbuch, das fünfte in elf Jahren, ist vor allem für diejenigen bestimmt, die sich bisher für Politik wenig interessiert haben, zu jung zum Wählen waren oder erst jetzt darauf gekommen sind, daß man mehr wissen muß, wenn man wichtige Entscheidungen treffen soll oder mit anderen argumentieren will.“

Da wird enthüllt, daß Helmut Kohls reichster Gönner in jungen Jahren der damalige recht bedeutende Chef und

Großaktionär des Pegulan-Konzerns mit Hauptsitz in Frankenthal bei Ludwigshafen war – ein gewisser Dr. Ries – der auch recht freundschaftliche Beziehungen zu F.J. Strauß pflegte. Dieser Kohl-Mäzen konnte auf eine recht stürmische Vergangenheit zurückblicken, hatte er sich doch in den durch die Faschisten eroberten polnischen Gebieten und durch Enteignungen von jüdischem Kapital recht flott bereichert, um nach der Niederlage als „Vertriebener“ weiter zu wirken.

Ein Beispiel: 1953 bescheinigte ihm das Ausgleichsamt bei der Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz), daß der Antragsteller beim Ausgleichsamt Frankenthal die Feststellung der folgenden Vertreibungsschäden beantragt hat: 1. Geschäftsanteil an der Oberschlesischen Gummiwerke GmbH, Trzebinia über 1455000 RM Nennbetrag (Kapitalforderung), 2. Geschäftsanteil an der Gummiwerke Wartheland AG, Litzmannstadt über 500000 RM, 3. Verlust eines Einfamilienhauses mit 10 Zimmern in Trzebinia, Kreis Krenau (OS) – Grundvermögen.

Auch fehlten ihm nicht die entsprechenden Verbindungen. So hatte Ries in jungen Jahren als Student in der schlagenden Verbindung Suevia in Heidelberg den ihm anvertrauten „Fuchs“ Hanns Martin Schleyer zu betreuen.

Da wird enthüllt, daß die von der CDU/CSU im Wahlkampf 1976 verwendete Parole „Freiheit oder/statt Sozialismus“ letztlich auf einen gewissen Dr. Eberhart Taubert zurückgeht, der schon in jungen Jahren in der Nazi-Propagandazentrale wirkte, um später dann Leiter der Rechtsabteilung der Pegulan-AG zu sein. Taubert war auch der Initiator eines Judenhetzfilms der Nazis, in dem die Juden mit Ratten und Schmeißfliegen bildlich verglichen wurden. Strauß wiederum hatte Taubert während seiner Zeit als Verteidigungsminister zum Berater für psychologische Kriegsführung nach Bonn geholt.

So werden noch weitere Enthüllungen über gegenseitige Verbindungen der Reaktionäre und Industriellen wie Biedenkopf, Missbach, Flick und Strauß dargestellt.

Ein lohnendes Buch über bedeutende Machenschaften wichtiger Reaktionäre.

Bernt Engelmann, Neues Schwarzbuch Strauß, Kohl & Co., Köln 1983, 9,80 DM

Stefan Heym über den 17. Juni 1953

Widersprüche im Volk und ihre Nutzung durch die Imperialisten

„Das Parteimitglied ist verpflichtet: ... die Selbstkritik und Kritik von unten zu entwickeln, furchtlos Mängel in der Arbeit aufzudecken und sich für ihre Beseitigung einzusetzen; gegen Schönfärberei und die Neigung, sich an Erfolgen in der Arbeit zu berauschen, gegen jeden Versuch, die Kritik zu unterdrücken und sie durch Beschönigung und Lobhudelei zu ersetzen, anzukämpfen ...“ Dies ist ein Auszug aus dem Statut der SED, verabschiedet auf deren IV. Parteitag im April 1954, also nach den Ereignissen des 17. Juni 1953. Stefan Heym stellt ihn seinem Roman „Fünf Tage im Juni“ quasi als Leitmotiv voran, als Dokumentation dafür, daß die SED aus ihren Fehlern Lehren zu ziehen vermochte.

Am 9. Juni 1953 veröffentlicht das Politbüro des ZK der SED ein Kommuniqué, in dem es heißt: „Das Politbüro des ZK der SED ging davon aus, daß seitens der SED und der Regierung der DDR in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurde, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Anordnungen gefunden haben wie z.B. der Verordnung über die Neuordnung der Lebensmittelkartenversorgung, über die Übernahme devastierter landwirtschaftlicher Betriebe, in außerordentlichen Maßnahmen der Erfassung, in verschärften Methoden der Steuerhebung usw. Die Interessen solcher Bevölkerungskreise wie der Einzelbauern, der Einzelhändler, der Handwerker, der Intelligenz wurden vernachlässigt ...“ Als eine Maßnahme zur Korrektur von gemachten Fehlern wird die Erhöhung der Arbeitsnormen betrachtet. Der Ministerrat der DDR hatte am 28. Mai 1953 beschlossen: „Ein großer Teil der Arbeiterschaft hat erkannt, daß die gegenwärtigen Normen größtenteils den Fortschritt hemmen. In vielen Betrieben sind deshalb Arbeiter dazu übergegangen, ihre Normen freiwillig zu erhöhen ... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik kommt gleichzeitig dem Wunsche der Arbeiter, die Normen generell zu überprüfen und zu erhöhen, nach ...“

Der Roman Stefan Heyms, in dem auch eine Reihe von Dokumenten wie die oben zitierten abgedruckt sind, beginnt am 13. Juni 1953. Martin Witte, Mitglied der Parteileitung und Vorsitzender der Gewerkschaft in dem VEB Merkur, ist mit der Normerhöhung nicht einverstanden und hat darüber eine Auseinandersetzung mit seinem Parteisekretär Bangartz. „Das Ganze ist eine Frage der politischen und ideologischen Erziehung.“ Bangartz hob die Stimme. „Wir, die Partei, sind die Triebkraft, der Vortrupp der Massen. Willst du, daß wir hinterhinken, es uns leichtmachen, Auseinandersetzungen vermeiden?“ „Ich will“, erwiderte Witte, „daß wir differenzieren zwischen denen, die ihre Norm erhöhen können, und denen, die es nicht können, weil die Voraussetzungen dafür nicht vorhanden sind. Ich will, daß wir nicht anordnen, sondern überzeugen. Ich will, daß wir zumindest die einflußreichsten Arbeiter im Betrieb für die Sache gewinnen, statt alle gegen uns aufzubringen.“

Auch in den Werkhallen wird die Auseinandersetzung über die Normerhöhung geführt. Da ist Kallmann, der schon unter dem Kaiser, der Republik und Hitler gearbeitet hat und stolz darauf ist, immer seine Pflicht getan zu haben. „In Fragen der Ökonomie kannte er sich aus; man war nicht umsonst zwanzig Jahre und mehr in diesem Betrieb ...“ Sie haben Leistung weit über Norm aus uns herausgekitzelt, indem sie uns das Zweifache und Dreifache dafür zahlten; und dann drehen sie sich herum und sagen: Ihr habt ja gezeigt, daß ihr's könnt – und erhöhen die Norm.“ Das war die Rechnung, dachte Gadebusch, die jeder Arbeiter verstand.“ Fred Gadebusch, der Mann mit den organisierten Westkontakten, offenbar Mitglied einer Untergrundorganisation – Ostbüro der SPD kann man vermuten.

Stefan Heym beschreibt tagebuchartig, wie sich die Dinge entwickeln bis zum 16. Juni, an dem sich einige hundert Arbeiter auf dem Betriebsgelände versammeln, um gegen die Normerhöhung zu protestieren. Witte erklärt sich bereit, zum Ministerrat zu fahren, um die Forderungen dort vorzutragen und verhindert damit vorerst, daß es zum Streik kommt. „Und wenn er den Mann nicht fand in den wenigen Stunden, die ihm zur Verfügung standen, oder wenn der Mann auf den Beschlüssen von gestern beharrte, auf Vorschriften und Bestimmungen? Dann kam es zum Streik im Werk – und nicht ohne Berechtigung. Er erschrak vor dem einen

Gedanken: aber der war nicht mehr aus dem Schädel zu bannen und zeugte bereits neue Zweifel: müßte ich nicht auf Seiten der Kollegen sein, eigentlich, und wo stehe ich denn, politisch betrachtet, ihr Sprecher, entsandt von ihnen, ihre Forderungen zu vertreten höhererorts oder bin ich ein Schuft, ein doppelzüngiger, dem jedes Mittel recht, um ein paar Stunden zu gewinnen ...“

Er fährt zum Ministerium, gerät in die Demonstration in der Stalinallee, spricht mit den Genossen der Parteileitung. Das Ministerium hat die Normerhöhung bereits zurückgenommen. Am Abend tagt das Parteikollegium. Walter Ulbricht spricht: „... ist es nach wie vor richtig, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, aber es ist falsch, auf administrativem Wege Normerhöhungen zu verfügen ... Zweifellos besteht das Grundübel bei uns darin, daß mit den Methoden des Administrierens gearbeitet wird ... Die erste Aufgabe ist die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern ... haben wir die Absicht, die Investitionen vor allem in der Schwerindustrie und bei der Polizei bedeutend zu kürzen ...“

Stefan Heym, Fünf Tage im Juni, Goldmann TB 7107, 14,80 DM

Der Sachverständigenrat „Angebotspolitik“ statt „Nachfragepolitik“

Schon unter der SPD/F.D.P.-Koalition wurde die monetaristische „Angebotspolitik“ zur erklärten Wirtschaftsdoktrin des Sachverständigenrates. Rechtzeitig zur Vorbereitung des Regierungswechsels brachte das Institut der Deutschen Wirtschaft dann 1982 einen Sammelband von Aufsätzen unter dem Thema „Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre“ heraus. Die Autoren sind Mitglieder des Sachverständigenrates (Sievert und Fels) und Vertreter seines Kurses. Die Einladung ausländischer „Angebotspolitiker“ sollte dazu dienen, eine zukünftige Wirtschaftspolitik der CDU/CSU/F.D.P. von der Reagan in den USA und Thatchers in Großbritannien abzugrenzen (1).

„Zwischen der ‚supply-side-economics‘ (in etwa angebotsseitige Wirtschaftspolitik – d. Verf.) in den USA, der ‚strukturellen Anti-Inflationspolitik‘ Großbritanniens, dem pragmatischen Kurs Japans und deutschen angebotsorientierten Konzeption des Sachverständigenrates gibt es sehr ausgeprägte Unterschiede.“

Bevor im folgenden die Besonderheiten der speziell „deutschen angebotsorientierten Konzeption“ vorgestellt werden sollen, mag eine kurze Gegenüberstellung von „Angebotspolitik/Monetarismus“ und „Nachfragepolitik/Keynesianismus“ in historischer Abfolge zweckmäßig sein. Denn schließlich:

„Die Frontstellung, die heute quer durch die Wissenschaft geht und natürlich auch die Parteien und die großen Verbandsstrukturen ergriffen hat, heißt ‚nachfrageorientierte‘ und ‚angebotsorientierte‘ Wirtschaftspolitik, oder um es in ganz komplexen Begriffen zu bezeichnen: ‚Keynes oder Neo-Klassik‘.“

Angebotspolitik / Monetarismus – Nachfragepolitik / Keynesianismus

Die sogenannte „Angebotspolitik“ (die „neo-liberale“ und auch „neo-konservative“ Wirtschaftspolitik), deren gegenwärtig vorherrschende theoretische Begründung der Monetarismus ist, knüpft in ihren Grundpositionen an die sogenannte „neo-klassische“ Grundrichtung der bürgerlichen Wirtschaftstheorie an. Diese Neoklassik (Vertreter waren u.a. Walras (1834–1910), Pareto (1848–1923), Marshall (1842–1942)) variiert das Grundthema der bereits von Marx mit besonderer Sorgfalt kritisierten bürgerlichen Vulgärökonomie: Angebot und Nachfrage regeln den Preis und zwar je nach subjektiver Wertschätzung des Gutes, es herrscht vollständige Konkurrenz. Wenn sich alle marktgerecht verhalten, besteht gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht mit „Vollbeschäftigung“. Krisen gibt es keine, außer durch Nichtbeachtung der genannten Grundregeln.

Daß diese Theorien die kapitalistische Wirtschaft nicht erklären, macht sie weder theoretisch noch praktisch ungefährlich. Auch ein Kochrezept erklärt nicht die chemische Zusammensetzung der Speisen und doch können sich die Köche damit verständigen, wie sie was anrichten und zubereiten wollen.

Keynes (1882–1946) und der Keynesianismus konnten und können genauso wenig wie die anderen bürgerlichen Wirtschaftstheorien die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft und die Ursachen der kapitalistischen Krise erklären. Aber, der Keynesianismus ist das Produkt der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Um der Bourgeoisie Mittel zur Beeinflussung der kapitalistischen Krise zu geben, muß Keynes sie als Tatsache auch theoretisch akzeptieren. Das tut er unter der Annahme eines „Gleichgewichtes bei Unterbeschäftigung“.

Um empirische Tatsachen der Krise theoretisch akzeptieren zu können, ohne an den Grundfesten des Privateigentums und der kapitalistischen Produktion zu rühren, verlegt er ihre Ursachen aus der Ökonomie in die „Psyche“. Seine drei „psychologischen Grundgesetze“ sind deshalb der sinkende „Hang zum Verbrauch“, die zunehmende „Liquiditätsvorliebe“ und die psychisch bedingte Verschlechterung der „Erwartungen zukünftigen Kapitalertragnisses“ (in gewisser Weise eine Art psychologischer Fassung vom tendenziellen Fall der Profitrate). Im Unterschied zu den Neoklassikern, für die die Gesamtwirtschaft einfach die Summe der vielen Einzelkapitalisten ist, untersucht Keynes gesamtwirtschaftliche Größen (Konsum, Investition, usw.). Dabei untersucht er Entwicklungen der Gesamtwirtschaft in Analogie zum Einzelkapitalisten. Das Mittel zur Beeinflussung dieser Größen ist der Staat, der „ideelle Gesamtkapitalist“ (Marx).

Den Zweck seiner wissenschaftlichen Bemühungen brachte Keynes auf die zündende Formel:

„Unterbeschäftigung ist vorhanden, weil die Unternehmer ihre Profite eingebüßt haben ... Wollen wir nicht zum Kommunismus übergehen, so gibt es kein anwendbares Mittel, um der Unterbeschäftigung Herr zu werden, als den Unternehmern wieder eine angemessene Profitspanne zu verschaffen.“ (2)

Der Keynesianismus ist zwar Produkt der Krise, aber seine bisher für die Bourgeoisie erfolgreiche Anwendung liegt gerade in der Zeit nach ihrem Tiefpunkt (1933–1938) oder in der Phase des Anzuges neuer großer Krisen, wo sich die Bourgeoisie von einer „Regulierung des Marktes“ Nutzen verspricht. Die New-Deal-Politik Roosevelts in den dreißiger Jahren in den USA und die Vorherrschaft des Keynesianismus in den sechziger Jahren (Kennedy in den USA, Schillers Globalsteuerung in der BRD) waren Blütezeiten dieser Bourgeoisipolitik.

Da der Keynesianismus die Position der Kontrolle wirtschaftlicher Entwicklung durch den bürgerlichen Staat vertritt, bietet er theoretische und praktische Ansatzpunkte für reformistische Positionen und zugleich für reaktionärste und faschistische Wirtschaftspolitik. Der New-Deal Roosevelts in den USA und der Faschismus waren nur zwei Seiten des gleichen Keynes'schen Grundtheorems: der direkten Regulierung kapitalistischer Wirtschaft durch und im Interesse des imperialistischen Staates.

Die deutsche angebotsorientierte Konzeption

Die neoklassische Angebotstheorie bzw. der Monetarismus ist einerseits der historische Vorläufer des Keynesianismus, andererseits die demagogische Kritik an den Folgen keynesianisch begründeter Wirtschaftspolitik.

In der gegenwärtigen Entwicklung der kapitalistischen Krise haben die Angebotspolitiker und Monetaristen gegenüber den Keynesianern in der SPD und den Gewerkschaften einen eindeutigen demagogischen Vorteil, wenn sie behaupten, die Krise läge nicht an mangelnder Nachfrage, sondern an den Produktionsbedingungen. Das Rationelle daran ist, daß im gesellschaftlichen Durchschnitt trotz wachsendem Mehrwert der Profit bezogen auf das gesellschaftlich insgesamt angelegte Kapital sinkt. Angebotspolitik heißt demnach Senkung der Kosten des „Faktorangebots“ an die Kapitalisten, der Produktionsmittel und der Ware Arbeitskraft, damit wiederum die Preise des produzierten Angebots gesenkt werden können und so Konkurrenzvorteile gegenüber den imperialistischen Rivalen durchzusetzen sind.

Wie nun Vertreter der speziell „deutschen“ Angebotspolitik propagieren, soll sich diese Angebotspolitik in drei wesentlichen Punkten von der anderer imperialistischer Länder unterscheiden:

1. Zwar gilt grundsätzlich: „Daß Angebotspolitik nötig sein kann, beruht zunächst einmal darauf, daß – zu hohe – Einkommensansprüche mit Marktmacht durchgesetzt werden, nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt.“

Aber die Angebotsvertreter legen sich ausdrücklich nicht darauf fest, daß unter anderen Bedingungen nicht auch wieder „Nachfragepolitik“ veranstaltet werden könnte.

„Ebenso leugnen bei uns auch die überzeugtesten Angebotstheoretiker nicht die prinzipielle Möglichkeit einer keynesianischen Situation, die mit nachfragepolitischen Waffen bekämpft werden muß.“

Diese aktuelle und nicht prinzipielle Begründung der Angebotspolitik durch ihre westdeutschen Vertreter erlaubt ihnen für die Zukunft die verschiedensten Entwicklungen (3). Änderungen der Wirtschaftspolitik können durch die Bourgeoisie anders als Ende der sechziger Jahre ohne Änderungen der Regierungsparteien durchgesetzt werden, z.B. in Richtung drastischer wirtschaftlicher Staatsmaßnahmen. Gegenüber den Gewerkschaften verschafft sich die Reaktion den Vorteil, Hoffnungen auf eine Änderung der CDU/CSU/F.D.P.-Wirtschaftspolitik zu Gunsten der Gewerkschaften zu stützen, obwohl ihr nichts ferner liegt als das. Rüstungsprogramme und staatliche Arbeitsdienste können nachfragepolitisch begründet werden.

Die zweite Besonderheit der deutschen Angebotspolitik soll im Gegensatz zur US-amerikanischen sein:

„Es ist schon angedeutet worden, daß sich die Position des Sachverständigenrates von der Reaganschen Politik vor allem in der Betonung der Notwendigkeit, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, unterscheidet.“

Was dieser Satz tatsächlich bedeutet, wird klar, wenn man die verstreuten hämischen Bemerkungen über das fehlende zentralisierte System indirekter Steuern zusammen nimmt. Die „deutsche“ Angebotspolitik will nämlich im Unterschied zu Reagan alle Steuervorteile, die sie den Kapitalisten liefert, direkt durch Erhöhung der indirekten Steuern der Lohnabhängigen wieder hereinholen. Beispiel hierfür ist die nächste Mehrwertsteuererhöhung am 1. Juli. Ein anderes Beispiel dieser Politik sind die Pläne, den Gewerbesteuer ausfall durch neue Gemeindesteuern wieder auszugleichen. Also die zweite Besonderheit: Lohnsenkung plus Steuererhöhung für die Lohnabhängigen – Steuerbefreiung für die Kapitalisten.

Schließlich und vor allem aber gehört zur deutschen Angebotspolitik:

„Im Profil der angebotsorientierten Konzeption des deutschen Sachverständigenrates gehört unbestritten und zentral – im Gegensatz vor allem zu Großbritannien – der ‚beschäftigungspolitische Konsens‘. Sein Ziel ist, daß für mehrere Jahre ‚der volkswirtschaftliche Produktivitätsfortschritt für die Aufgabe, mehr als eine Million neue Arbeitsplätze zu schaffen, und nicht für neue Lohnsteigerungen genutzt werden soll‘ (Sievert). Nach Berechnungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft liegt der

Korrekturbedarf der Reallöhne – um zu einem fühlbar höheren Beschäftigungsniveau zu kommen – bei nur drei bis vier Prozentpunkten. . . Der Schlüssel dazu könnte in einer umfassend tarifvertraglich zu regelnden Gewinn- und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer liegen.“

Diese Politik des „beschäftigungspolitischen Paktes“ hat auch die neue Bundesregierung verkündet. In ihrem Jahreswirtschaftsbericht schreibt sie:

„Solange die Arbeitslosigkeit hoch ist, seien Tarifvereinbarungen geboten, bei denen die Reallohnentwicklung hinter der Produktivitätssteigerung zurückbleibe. . . Zu Recht spricht sich der Rat ferner für eine stärkere Differenzierung der Tarifabschlüsse nach Branchen, Regionen und Qualifikationen aus.“

Zur Angebotspolitik des Sachverständigenrates und der Bundesregierung gehört also das exemplarische Einreißen von Tarifverträgen aus besonderen Gründen. In Gebieten und Branchen höherer Arbeitslosigkeit müßten z.B. Sonderregelungen erlaubt sein. Ein Köder dabei ist die Verkürzung der Arbeitszeit, aber nur, wenn letztlich Lohnsenkungen dabei herauskommen.

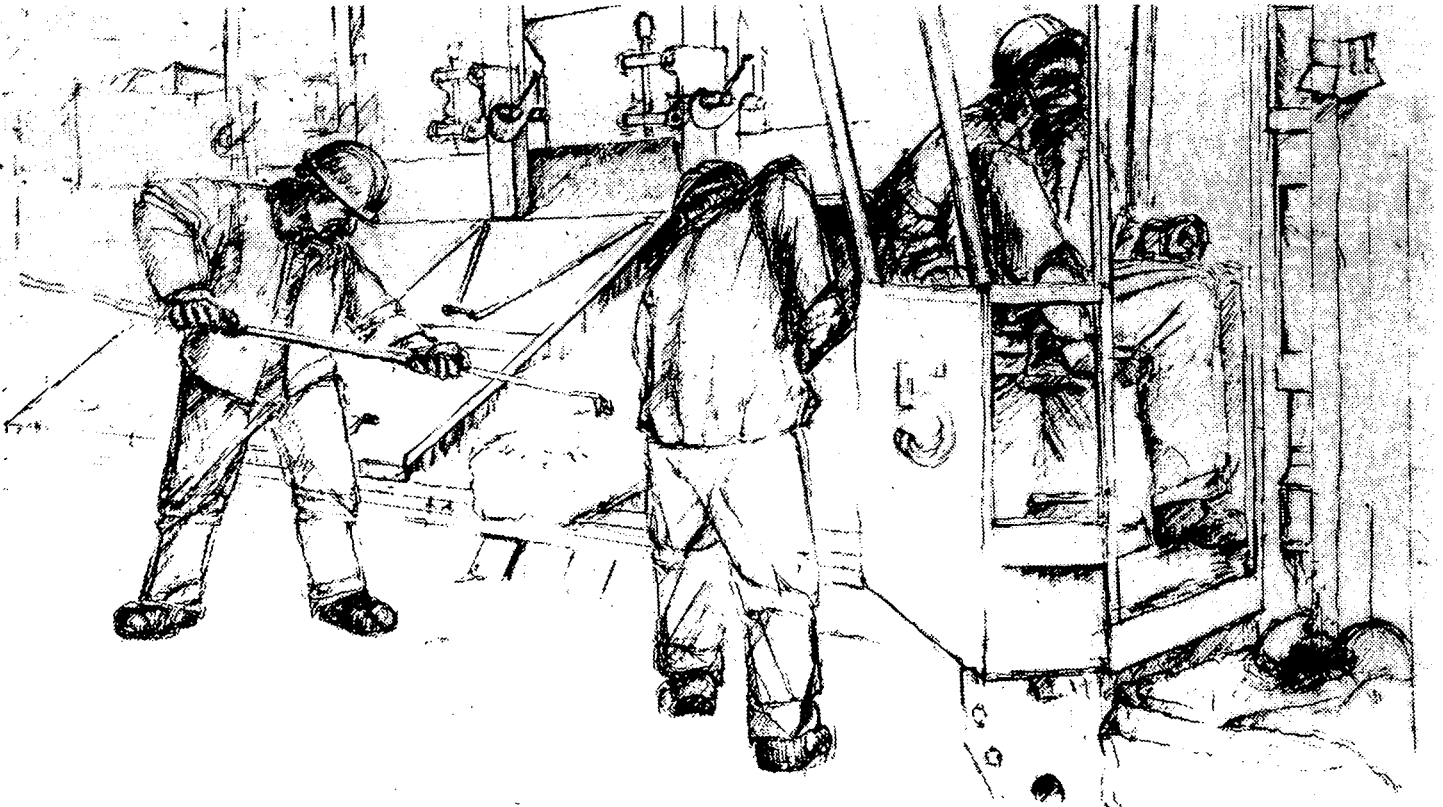
Lohnsenkung plus Steuererhöhung für die Lohnabhängigen plus Duldung durch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung ist also der geplante westdeutsche Angebotskurs. Außerdem natürlich die praktische Verfolgung der allgemeinen Grundsätze der Angebotspolitik:

- Förderung und Steuerentlastung für Profit und Vermögen;
- „marktkonforme Sozialpolitik“, das heißt Senkung aller staatlich vermittelten Bestandteile des Lohnes und aller in die Reproduktion der Lohnabhängigen fließenden gesellschaftlichen Mittel. Wie Stützelt entwickelt, ist das Ziel der private Almosenempfänger und die Zerschlagung der Sozialversicherungen durch ihren „marktkonformen Umbau“.
- Forschungs- und Strukturpolitik nach dem Grundsatz Hilfe zur profitablen Selbsthilfe und staatlicher Einsatz nur bei Großprojekten.

Nach hundert Tagen Kohl/Genscher-Regierung bemäht die Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ zuviel Kontinuität von Schmidt zu Kohl. Nach den Plänen der Finanzbourgeoisie, soll die angebotsorientierte Wendepolitik erst richtig anfangen.

(1) Otto Vogel (Hrsg.), Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre, Leitbilder und Strategien; Köln 1982. Hieraus sind die nicht näher gekennzeichneten Zitate entnommen; (2) Zit. nach W. Hofmann, Theorien der Wirtschaftsentwicklung, Band 3; Berlin 1979. Siehe auch Arbeiterkampf vom 30.5.1983, Krisentheorie Keynesianismus; (3) Aufschlußreich ist hierzu: H. Mattfeld, Das Krisenkonzept der deutschen Rechten im historischen Vergleich. Von der Selbstheilungsdoktrin zum rechten Keynesianismus

Bleistiftskizze



Arbeitsstudie aus einem Aluminiumwerk, dat., Kunstgruppe Hamburg

Rentensanierung = Rentnerver- elendung / Rentenverteilung

Betrachtet man bloß die wichtigeren, so sind zumindest drei Geschützte mit großer Reichweite zur Rentensenkung geladen:

1. Das Rentenniveau im Verhältnis zum Brutto- und Nettolohnniveau. Seitens des Arbeitsministeriums werden gleichzeitig Pläne für sowohl die Einführung der Besteuerung der Renten wie zur Anpassung nach der aktuellen Nettolohnentwicklung vorbereitet.

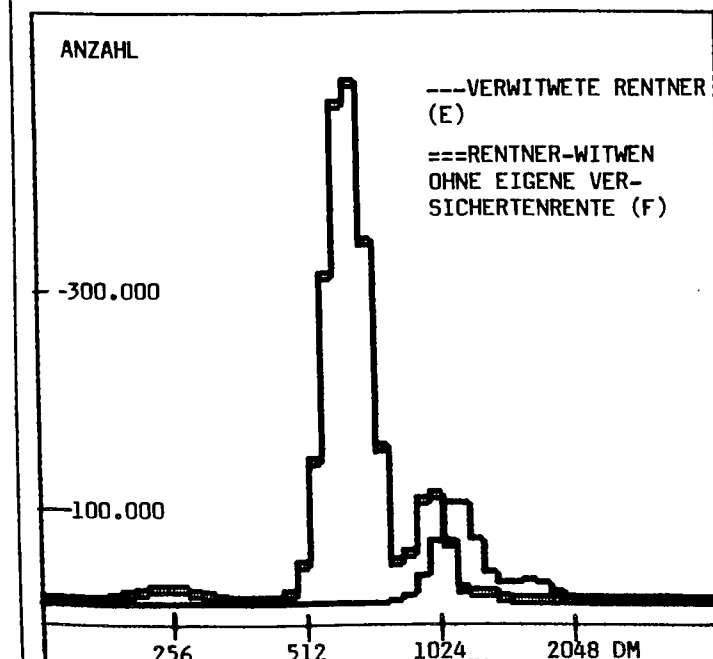
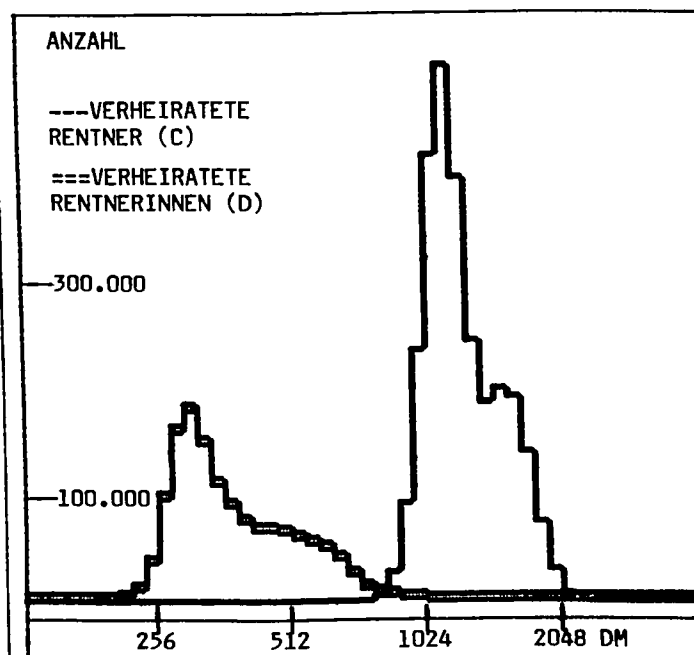
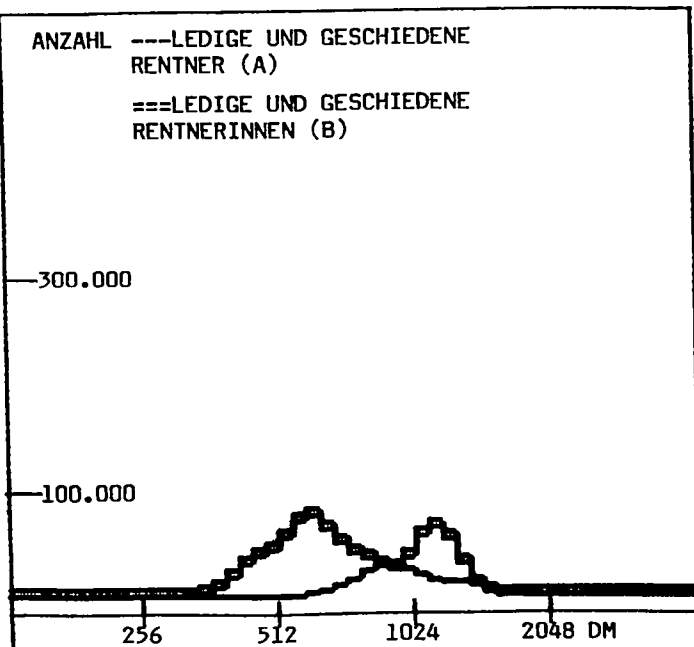
2. Das Rentenniveau im Verhältnis zur Lebensarbeitszeit. Die "84er-Reform" zur Gleichstellung verwitweter Männer und Frauen ist inzwischen von jeder anfangs bekundeten Absicht zur Verbesserung der Rentenansprüche der Frauen vollständig befreit. Dem enorm gestiegenen und dauernd weiter ansteigenden Zugang bei den Erwerbsunfähigkeitsrenten soll die Anerkennung erschwert werden. Und zur Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern sollen die Unterschiede in der vorzeitigen Verrentung zwischen 58 und 65 Lebensjahren beseitigt werden. Eine Maßnahme, die mit Unterstützung eines bevorstehenden Verfassungsgerichtsurteils unmittelbar darauf berechnet ist, erheblich höhere Abschläge von den vorgezogenen Altersruhegeldern - gerecht verteilt - durchzusetzen.

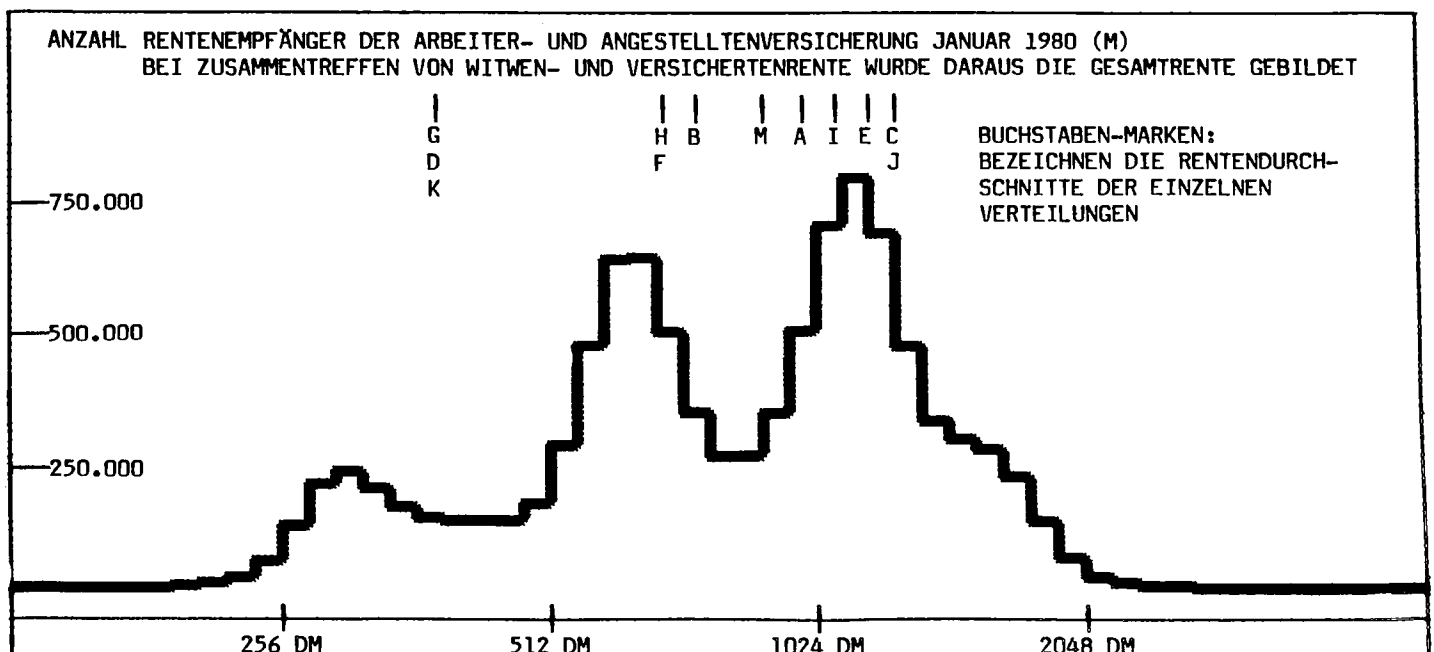
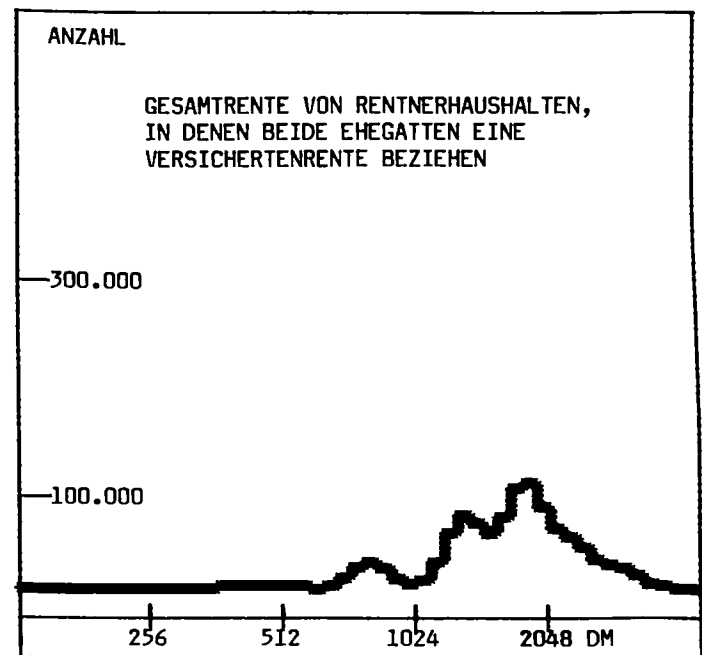
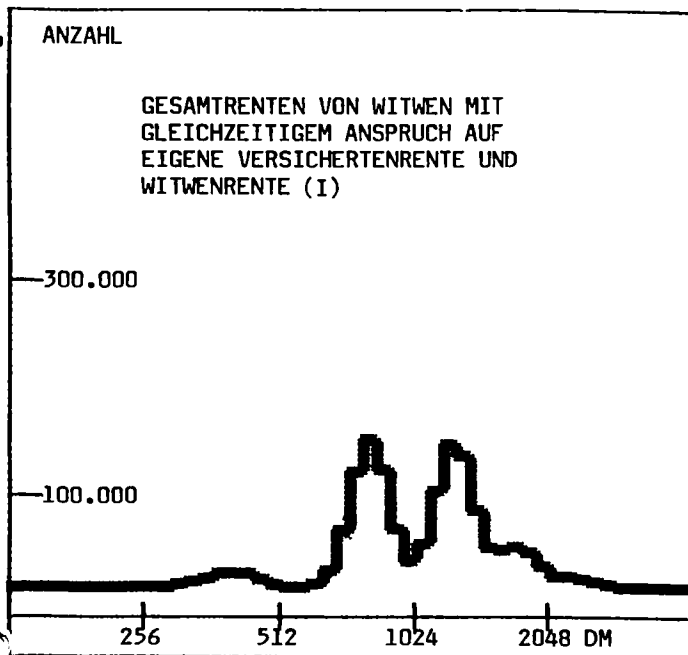
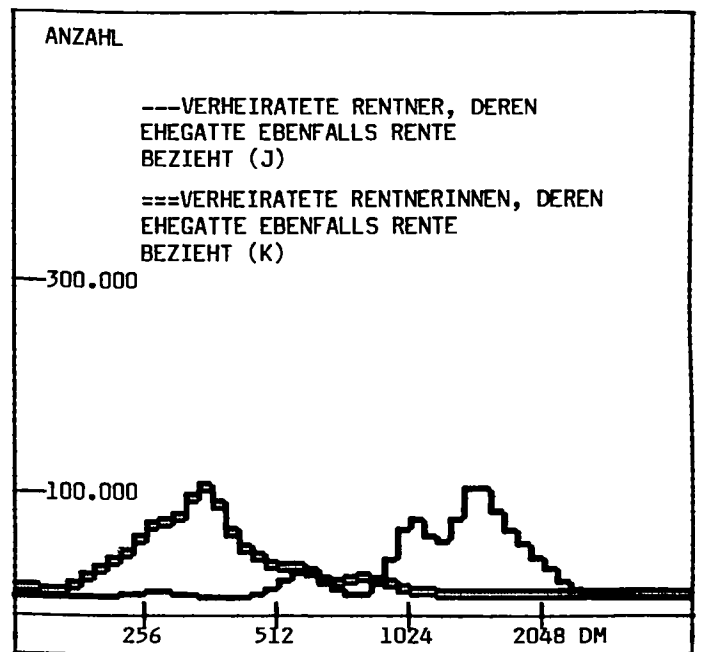
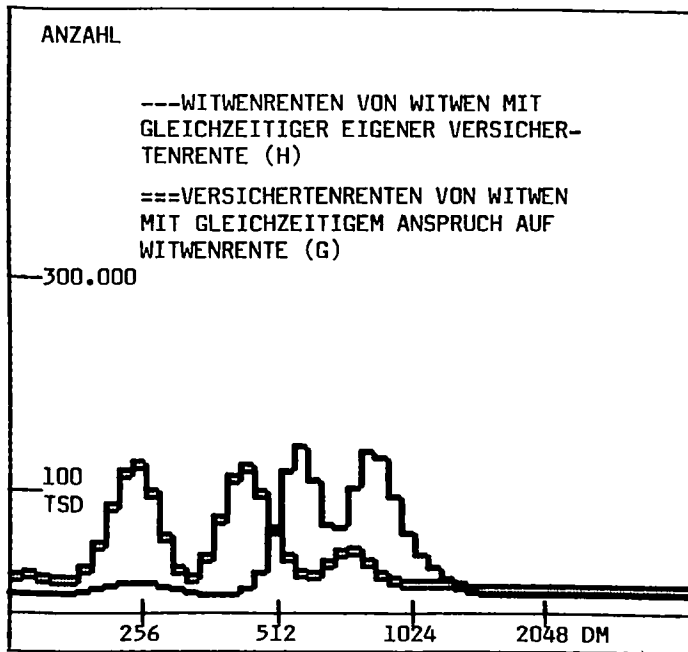
3. Das Rentenniveau im Verhältnis zur Rentnerzahl. Dieses Geschütz wird von der CDU-Kommission zur "Rentensanierung" aufgefahren. In die Rentenformel soll ein Faktor eingebaut werden, der das Verhältnis zwischen Anzahl der Erwerbstätigen und Rentnern berücksichtigt: nehmen die Rentner im Verhältnis zu, sinken die Renten. Damit wird gegen die Arbeiterbevölkerung eine Politik eingeschlagen, die die Nazis vor 50 Jahren zum Programm erklärten und die in den KZ-Berechnungen über optimale Verwertung der (KZ-)Arbeiter den deutlichsten Ausdruck fanden.

Bevor man sich auf die Auseinandersetzung mit den einzelnen unverfrorenen "Zumutbarkeiten" der Reaktion einläßt, ist es angebracht, grundlegend klarzustellen: Unzumutbar ist das Elend, das das Rentnerdasein für den erheblichen Teil der Empfänger von gesetzlichen Altersrenten bedeutet, materiell wie sozial.

Die nebenstehenden Verteilungsrechnungen veranschaulichen dies. Sie sind berechnet auf der Basis einer Erhebung des Verbandes der Rentenversicherungsträger (VDR) und geben Zusammensetzung und Höhe der Renten für die etwa 9,5 Mio. Rentenempfänger der gesetzlichen Versicherung im Januar 1980 an. Die Betrachtung der Verteilung aller Rentenempfänger nach der Höhe ihrer (Gesamt-)Rente ergibt ganz eindeutig: lediglich in der dritten (oberen) Zone, die von den ledigen oder geschiedenen Rentnern mit im Durchschnitt 973 DM bis zu den verheirateten Männern mit durchschnittlich 1224 DM reicht, kann man davon sprechen, daß Mindestanforderungen an das Auskommen gedeckt werden können. Darunter jedoch bzw. unter dem Durchschnitt aller Rentenempfänger von 900 DM liegen 5,2 Mio. bzw. 55% der erfaßten Rentner. Dabei ist das Zusammentreffen von Witwen- und Versichertenrente berücksichtigt. Weniger als 550 DM monatlich und damit Renten, die selbst vom Sozialamt als nicht mehr ausreichende Existenzgrundlage betrachtet werden, haben ca. 2 Mio. Rentner. Das diese Verhältnisse durch das Zusammenleben von Personen mit jeweils eigenen Rentenansprüchen kaum gemildert werden, zeigen Umfang und Höhe der Verteilungen der "verbundenen Leben": der Rentnerehepaare und der Witwen mit eigener Rente und Witwenrente.

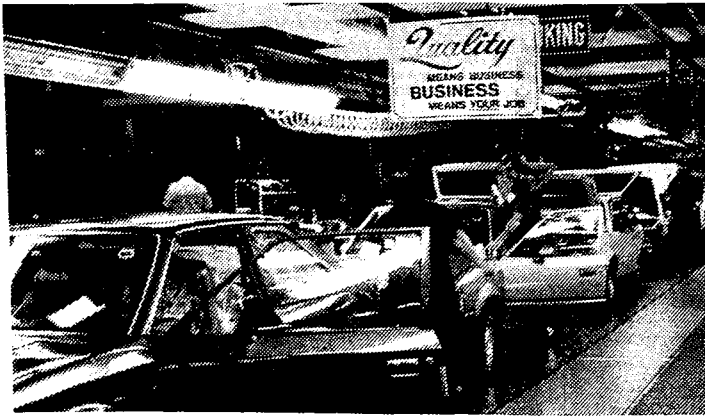
Quelle: Erste Ergebnisse der Stichprobenerhebung zur Reform 1984, Sonderdruck des VDR 1982





USA

Welche Schranken ziehen die Gewerkschaften den Kapitalisten?



Für ca. 1,8 Mio. Bundesbeschäftigte will die Reagan-Regierung einen einjährigen Lohnstopp erzwingen. Vor wenigen Wochen trat der erste Funktionär der vor zwei Jahren verbotenen Fluglotsengewerkschaft Patco eine mehrwöchige Haft an. Die US-Presse berichtet vom Aufblühen „schmutziger Arbeiten“, von Tagelöhnerarbeit, von Zwangsarbeitslagern und Heimarbeit. Welche Schranken können die Gewerkschaften dem Wüten der Kapitalisten ziehen?

Renten „sanierung“

Eine wahrhaft christlich-demokratische „Rentensanierung“ bahnt sich an

In den letzten Tagen hat die Bundesregierung ihre Renten-„sanierungs“gesetze für 1984 fertiggestellt und dem Bundestag zugeleitet. Die „Beibehaltung der 84er Rentenerhöhung“ schält sich als eine Anhäufung brutalster Zumutungen für die Rentner und alten Lohnabhängigen heraus: Beseitigung von Ansprüchen auf Arbeitsunfähigkeitsrenten, obwohl die Kapitalisten die Ar-

beitsintensität weiter erhöhen, Senkung der Renten der Witwer auf den Elendssatz der Witwenrenten, proklamiert als neue „Gleichberechtigung“, neuerliche Senkung des sowie schon für Millionen Rentner unzumutbar niedrigen Rentenstandards, weitere Einschränkungen der Frühverrentungsmöglichkeiten für Frauen. Für 1984 kündigt Blüm eine „große“ Rentenreform an.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/51 74 57

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Südostoberbayern

EG-Randzone und Niedriglohnzone für Arbeitskraft

Ausgebootet
und belogen
Gorenje hat
uns betrogen

Demonstrationen und Streik haben die Schließung der Gorenje-Körting-Werke in Grassau nicht verhindern können. Klöckner-Humboldt-Deutz droht, ebenfalls sein Zweigwerk im Chiemgau zu verlagern, sofern die Bayerische Staatsregierung nicht für die Erfüllung der Forderungen der KHD-Kapitalisten sorgt. Das Ministerium für Wirtschaft

und Verkehr betont, es sei angesichts der einseitigen Wirtschaftsstruktur der Region und trotz des hohen Lohnniveaus beständig bemüht, industrielles Kapital anzusiedeln und zu fördern. Immerhin komme dem südostbayerischen Raum eine besondere wirtschaftliche und politische Bedeutung als „Randzone der EG“ zu.

Palästina

Schwierige Auseinandersetzungen unter den Palästinensern

Die Auseinandersetzung in der PLO über die Konsequenzen aus der Niederlage, die ihr die Imperialisten und deren Statthalter in Israel beigebracht haben, werden geführt seit dieser Niederlage. Der Beschluß, aus Beirut abzuziehen, ist innerhalb der PLO einstimmig gefaßt worden. Der palästinensische Nationalrat hat nach dieser Niederlage freimütig erörtert und betont, daß die Einheit der Palästinenser unabdingbar ist.

